

29. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2018

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

100 Jahre soziale
Dreigliederung

Europa: Was war?
Was will werden?

Betrachtungen
und Berichte

Zeichen
der Zeit

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Funktionale gesellschaftliche Differenzierung und Idee der sozialen Dreigliederung – Ansätze einer Synthese (André Bleicher) _____ 3

Europäische Integration: Was war? Was will werden? (Stefan Padberg) _____ 10

Betrachtungen und Berichte

50 Jahre Club of Rome (Roland Benedikter) ____21

Silvio Gesell in der Münchner Räterepublik 1919 (Helmut Woll) _____ 23

Dreigliederung für alle? (Michael Wilhelmi) ____24

Dreigliederung in der Artabana-Bewegung entdecken (Michael Schreyer) _____ 25

Netzwerktreffen 2018 in Freiburg (C. Strawe) _26

Zeichen der Zeit

Der Mietenwahnsinn und das Bodenrecht (Manfred Kannenberg-Rentschler) _____ 27

Halbzeitwahlen in den USA (Roland Benedikter) _____ 28

Überraschung in Syrien (Kai Ehlers) _____ 31

Termine und Initiativen

Landwirtschaftliche Tagung in Dornach _____ 32

Wege zur Qualität: Schulungsprogramm 2019__ 33

Tagung „Wege zu einer Neuordnung des Geldes“ _____ 34

Tagung „Soziales und Gesundes“ _____ 34

SEKEM: Mission und Ziele _____ 34

Tagung „Vom Kind im Menschen“ _____ 35

BildungsART 19 | umBildung der Zukunft _____ 35

Waldorf 100 _____ 36

100 Jahre Dreigliederung: Zwei Veranstaltungen:

ImPuls für die Zukunft (Stuttgart) _____ 38

FEST und Symposion (Achberg) _____ 39

Zwei Termine am Jahresanfang _____ 41

Werkstatt und Kolloquium: Rätegedanke, Selbstverwaltung, Mitbestimmung _____ 44

Aufruf zum Kostenausgleich 2019 der Initiative Netzwerk Dreigliederung _____ 42

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 30,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Editorial

Viele Menschen empfinden das Lastende der gesellschaftlichen Probleme unserer Tage, bemerken, dass bisherige Antworten immer weniger tragen. Sie sind dadurch existenziell verunsichert. Viele fühlen sich mitverantwortlich für das Schicksal der Menschheit und des Planeten, manche werden aktiv, engagieren sich in Projekten und Einrichtungen für nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche Erneuerung. Aus einem solchen Gefühl der Mitverantwortlichkeit keimte in den Jahren 1917 bis 1922 der Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus.

Nicht wenige Anhänger R. Steiners waren damals von seinem Engagement für dieses Anliegen eher befremdet. Mancher denkt heute noch, mit der Dreigliederungsbewegung sei ein Irrweg beschritten, Spiritualität mit Gesellschaftspolitik vermischt worden und das Ganze sei deshalb schlicht gescheitert. So richtig es ist, dass die angestrebte gesamtgesellschaftliche Transformation nicht stattgefunden hat, so gibt es bis heute eine Debatte über eine funktionale Differenzierung der Gesellschaft, die sich ja keineswegs auf die „Dreigliederungsszene“ beschränkt. Zahlreiche Initiativen sind entstanden, die sich für Freiheit und Selbstverwaltung im Schul-, Bildungs- und Hochschulwesen, für mehr Demokratie und eine stärkere Orientierung der Politik an den Menschenrechten sowie für eine auf Kooperation setzende „solidarische Ökonomie“ einsetzen.

So entstanden und entstehen Mut machende Beispiele, die in der Praxis Aspekte einer künftigen Welt im sozialen Leben antizipieren und damit letztlich auch den Bemühungen um eine Erneuerung von den Wurzeln her Schubkraft verleihen können. Die großen Tagungen aus Anlass der ersten 100 Jahre seit dem Höhepunkt der Volksbewegung für die Dreigliederung 1919 werden hoffentlich diese praktischen Ansätze sowie die großen Linien der Dreigliederungsidee für eine größere Öffentlichkeit sichtbar machen und helfen, in Verbindung zu treten mit anderen Engagierten der Zivilgesellschaft sowie den Dialog mit innovativ denkenden Menschen in Politik und Wirtschaft zu stärken.

Auch 2019 ist die Initiative Netzwerk Dreigliederung auf die finanzielle Mitträgerschaft der Netzwerker/innen angewiesen. Am Schluss des Heftes finden Sie/findet Ihr einen entsprechenden Aufruf zum Kostenausgleich. ■

Ich wünsche uns allen ein gutes neues Jahr 2019.



100 Jahre Einsamkeit:¹

Funktionale gesellschaftliche Differenzierung und Idee des dreigliederten sozialen Organismus – Ansätze einer Synthese

André Bleicher

Vorbemerkung: Walter Benjamin – Der Engel der Geschichte

Es gibt ein „Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Was wir Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.“

Walter Benjamin (1974, S. 691 f.) schrieb seine berühmte neunte geschichtsphilosophische These, als die nationalsozialistische Armee sich seinem geliebten Paris näherte, der dem Versprechen der Zivilisation geweihten Zufluchtsstätte. Benjamin schildert in der tragischen Gestalt des Engels der Geschichte einen – esoterischen – Akteur, der sich vergeblich bemüht, für das Versprechen der Zivilisation auf dem langen Marsch durch die

Zerstörung einzutreten. Nie hat sich für Benjamin die Zukunft trostloser dargestellt als im Jahr 1940, als der zum Faschismus gewordene Kapitalismus und der zum Stalinismus mutierte Sozialismus einen Pakt geschlossen hatten, um die Welt zu überfallen und zu beherrschen.² Heute, zu Beginn des 21sten Jahrhunderts, wachsen die Trümmer weiter gen Himmel, obwohl der Faschismus nur mehr gespenstische Erinnerung ist und der Sozialismus sich gänzlich aufgelöst hat.

Ein weitgehend entfesselter Kapitalismus nährt Markttyrannen und unsägliche Ungleichheiten im globalen Maßstab, während die wiedererstandene Demokratie sich allzu oft nur als schwache Verhüllung von Machtinteressen, Entrechtung und Gewalt erweist. Wieder einmal wird der Engel der Geschichte von einem Sturm hinweggefegt, einem terroristischen Sturm, der vom Paradiese her weht.

Die Sozialwissenschaften hatten sich in ihren Anfängen mit dem Engel der Geschichte verbündet: Sie suchten in den zerstreuten Fragmenten der Moderne nach Ordnung und bemühten sich, das Versprechen des Fortschritts einzulösen. So kurierte Karl Marx (1859) den Sozialismus von der Entfremdung, Emile Durkheim (1893) rehabilitierte die organische Solidarität gegen Anomie und Egoismus. Max Weber (1905) konnte trotz seiner dunklen Vorahnungen einer „Polarnacht von eisiger Finsternis und Härte“ in der Rationalisierung Freiheiten entdecken und der Entzauberung der Welt Bedeutung abgewinnen. Aber dann verfiel sich der Sturm des Fortschritts in den Flügeln der Sozialwissenschaften – hatten sich die Begründer der Soziologie noch aufgemacht, die Welt zu verändern, so wurde sie seitdem nur allzu oft konserviert. So konnten in den 1960er Jahren Neil Smelser und Martin Lipset (1961, S. 1–8) verkünden, dass die moralische – d.h. die auf transformative Handlung ausgerichtete – Vorgeschichte der Soziologie endlich abgeschlossen sei und ihrer Aufnahme in die Wissenschaft nichts mehr entgegenstände. Die professionelle Elite der Sozialwissenschaften war von Comteschen Visionen ergriffen worden, eine positivistische Seuche breitete sich aus, die sich allerdings – wie auch die früheren Versuche ‚reiner Wissenschaft‘ – als sehr kurzlebig erwies. Ein paar Jahre später

² Walter Benjamin nimmt sich, nach einem erfolglosen Versuch, illegal über die Pyrenäen nach Spanien zu gelangen, in der Nacht vom 26. auf den 27. November 1940 in Port-Bou das Leben. Das Bild des Angelus Novus, Anfang der 1920er Jahre von Paul Klee erworben, hatte Benjamin ins französische Exil begleitet. Georges Bataille gelingt es, den Engel der Geschichte sowie einen Koffer mit Benjamins schriftlichem Nachlass vor den Nationalsozialisten zu verstecken, indem er diese in der Bibliothèque National un auffindbar einlagerte. Über Theodor W. Adorno gelangte der Engel – wie von Benjamin bereits 1932 bestimmt – an Benjamins Freund Gershom Scholem. Dieser verfügte wiederum, dass das Bild nach seinem Tod als Schenkung dem Jerusalemer Museum übergeben wird. Dort hängt seit Ende der 1980er Jahre Benjamins Engel der Geschichte. Sein schreckenstarrer Blick mahnt nach wie vor daran, dass die Dinge in der Welt immer noch so geschehen, wie sie geschehen.

Fluchthelfer Benjamins waren Lisa und Hans Fittko (1994), welche, unterstützt von Varian Fry, Flüchtende über die spanische Grenze brachten. Lisa und Hans Fittko sind an dieser Stelle zu erwähnen, weil sie in ihrer Haltung eine unmittelbare Antwort auf die während des Netzwerktreffens geäußerte Frage, ob man mit Dreigliederung Geld verdienen könne, vorweggenommen haben. Die Zusammenarbeit mit Varian Fry wäre nämlich um ein Haar gescheitert, als Fry anbot, sie für die Flüchtlingshilfe zu bezahlen. Lisa Fittko berichtet, dass Hans Fittko das Treffen daraufhin sofort verlassen wollte, mit den Worten: „Er [Varian Fry, AB] versteht nicht, was das ist, ein politischer Mensch, dass man etwas tut, weil es getan werden muss.“ (vgl. Eckart 2006, eine etwas andere, aber inhaltlich ähnliche Version findet sich unter: http://www.varianfry.org/fittko_en.htm, abgerufen am 10.12.2018)

¹ Überarbeiteter Vortrag vom 23. November 2018, gehalten im Rahmen des Netzwerktreffens 2018 im Rudolf-Steiner-Haus in Freiburg

entzündete sich an den Hochschulen Bewegungen für Meinungsfreiheit, Bürgerrechte und Frieden und diese klagten die Konsenssozialwissenschaften der unkritischen Übernahme positivistischer wissenschaftlicher Methoden an. Der Engel der Geschichte hatte im Sturm mit den Flügeln geschlagen.

In exile on main street – soziale Dreigliederung: die Unbekannte im Strom funktionaler Differenzierungen

Die Sozialwissenschaften betrachten seit ihren Anfängen gesellschaftliche Entwicklung in aller Regel als zunehmende Ausdifferenzierung von Teilbereichen, welche sich von den vormaligen Bindungen an ihre sozialen Umwelten lösen, indem sie ein teilautonomes System herausbilden. Einfache Gesellschaften sind segmentär differenziert. Sie bestehen vertikal und horizontal aus relativ gleichartigen Segmenten, horizontal sind dies: Familien, Clans, Stämme oder später Reiche etc. Gleichzeitig weisen diese Segmente eine vertikale Schichtung auf, die im Wesentlichen nach unterschiedlichen Rollen ausgerichtet ist. Am bekanntesten ist die auf Platons „Der Staat“ zurückgehende Schichtung nach Nähr-, Wehr- und Lehrstand.

Mit der Moderne ereignet sich indes eine grundsätzliche Umkehr der Entwicklungsrichtung. Gesellschaften entwickeln sich – vereinfacht gesagt – seitdem nicht mehr primär weiter, indem sie eine verfeinerte Stratifizierung (Schichtung) ausbilden, sondern sie beginnen damit, sich nach Funktionen zu gliedern. – Nur die Moderne weist eine funktionale Differenzierung auf und löst – entwicklungsgeschichtlich betrachtet – die stratifikatorische Differenzierung, welche für vormoderne Hochkulturen typisch war, ab. Abweichend von der Standardsicht der historischen Wissenschaften entsteht eine solche funktional differenzierte Gesellschaft in einem Prozess dreier Revolutionen (Parsons 1964). Der Einschub, abweichend von der Standardansicht der Geschichtswissenschaften, ist an dieser Stelle von Bedeutung, da die historische Modernisierungstheorie (Hobsbawm 1962) von einer europäischen Doppelrevolution ausgeht. Hobsbawm hebt in seinem Standardwerk „Das lange 19. Jahrhundert“ darauf ab, dass es vor allem die politische Revolution in Frankreich in Verbindung mit der industriellen Revolution in England waren, welche die Moderne konstituierten. Mit der politischen Revolution in Frankreich konstituiert sich ein verselbständigtes politisch-rechtliches System, mit der industriellen Revolution in England nimmt ein von traditioneller Regulierung befreites wirtschaftliches System seinen Ausgang. Daher spricht Hobsbawm von einer französisch-englischen Doppelrevolution. Diese ist im Lichte funktionaler Differenzierung jedoch zu ergänzen um die Bildungsrevolution (Parsons 1964). Diese ereignet sich, indem etwa Universitäten Lehr- und Forschungsfreiheit einfordern und erkämpfen. Funktionale Differenzierung ist somit Ergebnis eines revolutionären Prozesses, welcher in der Trennung zuvor fusionierter gesellschaftlicher Bereiche besteht. In der industriellen Revolution spaltet sich die Ökonomie von einer politisch verfassten Gemeinschaft ab; in der Französischen Revolution – und in jeder weiteren bürgerlichen Revolution bis hin zur Februarrevolution in

Russland 1917 – sucht sich die Politik aus den Fesseln einer traditionell geprägten Gemeinschaft zu befreien. Die Fusion dieser beiden Bereiche war typisch für das ancien régime. Mit der Bildungsrevolution erheben Erziehung und Wissenschaft den Autonomieanspruch gegenüber der Gemeinschaft. – Wie fundamental umwälzend dieser Vorgang ist, wird deutlich, führt man sich die Funktionsweise islamischer Gottesstaaten vor Augen, die eine solche funktionale Differenzierung verweigern. Im Unterschied zum historischen Modell des langen 19. Jahrhunderts hebt Parsons weiterhin darauf ab, dass die Kristallisation rechtlicher Normen bereits im 17. Jahrhundert begann und „formal gesetztes Recht“ (Weber 1972) die Wasserscheide zwischen Tradition und Moderne markiere.

Der Gedanke Parsons legt nahe, eine dreigliedrige funktionale Differenzierung sei gewissermaßen in den Sozialwissenschaften der *common sense*, doch so einfach stellt sich die Sachlage nicht dar. Der gemeinsame Nenner unter den Sozialwissenschaftlern ist zunächst einmal nur der, dass alle die funktionale Differenzierung als Kennzeichen moderner Gesellschaft verstehen. Herbert Spencer³ unterscheidet die militant-hierarchischen vormodernen Gesellschaften, welche durch industrielle Gesellschaften der Moderne abgelöst würden, und obwohl Spencer die Moderne mit Differenzierung verbindet, vermag er diese Differenzierung nicht hinreichend genau zu beschreiben und charakterisiert stattdessen die Moderne durch die Ablösung der Dominanz des Staates mittels des freien Spiels der Kräfte, d.i. der Markt. Hervorzuheben ist allerdings, dass Spencers Idee einer Entwicklungsgesetzmäßigkeit von „incoherent homogeneity to coherent heterogeneity“ (zitiert nach Rüschenmeyer 1985, S. 167) immer organisch gedacht wird. Anders formuliert: Nach Spencer bedeutet funktionale Differenzierung nicht die Auflösung einer Gesellschaft in voneinander isolierte Teilfunktionen, sondern umfasst immer auch die notwendige Integration dieser Teilfunktionen zu einem gesellschaftlichen Ganzen, welches er mit einer organismischen Begrifflichkeit zu beschreiben versucht.

Es ist Emile Durkheim, der in seiner Idee der funktionalen Differenzierung dieses Ganze der Gesellschaft von Spencer übernimmt und entscheidend über Spencer hinausgeht. Durkheim sucht nach dem Kitt, der vormoderne Gesellschaften zusammengehalten hat und sieht die Solidarität als Form gesellschaftlicher Integration an. Vormodernen Gesellschaften ordnet er eine ‚mechanische Solidarität‘ zu, die auf Ähnlichkeiten beruht. Mechanische Solidarität resultiert daraus, dass sie zwischen Akteuren geübt wird, welche über die gleichen Deutungsmuster und Wahrnehmungsschemata verfügen sowie ähnliche oder gleiche normative Regeln verinnerlicht haben. Vormoderne Gesellschaft ist für Durkheim (1893, S. 181) eine „[...] Gesamtheit von Glaubensüberzeugungen und Gefühlen, die allen Mitgliedern einer Gruppe gemeinsam sind [...]“. Mechanische Solidarität erfolgt also auf der Basis von Ähnlichkeiten. Schwieriger stellt sich für Durkheim das Problem dar, wie funktional differenzierte Gesellschaften zusammengehalten werden, denn intuitionistisch

³ Zu Spencers Bedeutung für die Sozialwissenschaften siehe Rüschenmeyer (1985, S. 164–170).

erfasst Durkheim unmittelbar das Problem. Eine Gesellschaft, welche in Teile zerlegt wird, muss die Frage beantworten, ob und auf welche Weise diese Teile wiederum ein Ganzes ergeben. Gerade weil die moderne Gesellschaft aufgrund der drei o.g. Revolutionen in höchst heterogene Teile zerfällt, was sich immer wieder in konkreten Phänomenen der Verselbständigung einzelner Teile – im 19ten Jahrhundert vor allem der kapitalistischen Ökonomie – gegenüber dem Ganzen manifestiert, macht sich Durkheim Sorgen darum, dass das Ganze – siehe Benjamins Engel der Geschichte – auch vollständig zerfallen könnte. Der Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzer wird in der Moderne alles andere als selbstverständlich.⁴ Statt nun den naheliegenden regressiven Weg zu beschreiten und der Konservierung der Vormoderne um des Erhalts eines erlebbaren Ganzen das Wort zu reden, entwickelt Durkheim die Idee einer neuen Form der Solidarität, mächtig genug, um die Teilfunktionen zusammenzufügen: die organische Solidarität. Auch Durkheim (1893, S. 237) bedient sich einer biologischen Analogie, indem er die funktional differenzierten Teile einer Gesellschaft mit Organen vergleicht. Moderne Gesellschaften gleichen somit höheren Lebewesen, insofern sie ein „[...] System von verschiedenen Organen, von denen jedes eine Sonderrolle ausübt und die ihrerseits aus differenzierten Teilen bestehen [...]“, darstellt. Durkheim erkennt, dass die mechanische Solidarität notwendigerweise mit zunehmender Individuation zurückgedrängt werden muss und erodieren wird. Durch das ganze 19te Jahrhundert zieht sich die Angst vor dieser Verusterfahrung und die Bemühung der Wiederbelebung eines solchen Kollektivbewusstseins. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang der Versuch der Romantiker, die einem durch die katholische Religion zusammengefassten Mittelalter nachzutrauern und davon träumen, ein neu geeintes und alle einigendes Christentum wieder zu beleben (Novalis 1799).⁵ All diese nostalgischen Ideen tat Durkheim als illusionär und unnötig ab, da dies in letzter Konsequenz bedeuten würde, eine neue Sozialstruktur mittels einer althergebrachten Kultur integrieren zu wollen, wenn nicht gar intendiert sei, die Revolutionen umzukehren und auf diese Weise auch die Sozialstruktur wieder in den alten Zustand zu überführen. Durkheim setzt dieser regressiven Bewegung eine optimistische Sichtweise entgegen und verzichtet auf eine kulturalistische Integration der Gesellschaft, indem er die funktionale Arbeitsteilung als eine sich selbst integrierende begreift, konsequenterweise nennt er diese Form der Solidarität „organische Solidarität“, und meint damit, dass sich die gesellschaftlichen Funktionen wechselseitig ergänzen.⁶

4 Wie Hartmann Tyrell (1985, FN 1) anmerkt, befasst sich in der differenzierungstheoretischen Literatur nur Georg Simmel nicht dezidiert mit dieser Frage.

5 Wie umstritten Novalis' Position selbst unter den Jenenser Romantikern und spekulativen Naturphilosophen war, hat jüngst Peter Neumann (2018, S. 131–137) in seiner großartigen Einführung „Jena 1800, Die Republik der freien Geister“ gezeigt. Daraus lässt sich zumindest lernen, dass die gegenwärtig aufkommende Debatte um Einigung, Zerfall und Befriedung Europas nicht einfach kulturalistisch bewerkstelligt werden kann, indem auf eine scheinbar geteilte Wertebasis rekurriert wird.

6 Kritisch anzumerken bleibt indes, dass alle, die das Konzept Durkheims genauer untersucht haben, darin übereinstimmen, dass seine Analyse gravierende Unklarheiten aufweist. Hans-Peter Müller und Michael Schmid (1988, S. 512) werfen Durkheim als methodischen Fehler vor, dass er die gesellschaftliche Integration für den vormodernen Gesellschaftstyp kulturell herstellt, für die Moderne jedoch sozialstrukturell. Gerade darin besteht jedoch Durkheims entscheidender theoretischer Erkenntnisfortschritt.

Allerdings werden diese Funktionen bei Durkheim nicht spezifiziert, sondern nur auf der Ebene von Rollendifferenzierung beschrieben.

Während bei Herbert Spencer und Emile Durkheim – auch beim hier nur erwähnten Georg Simmel – Differenzierung das zentrale Konzept ihrer Forschung darstellt, verwendet Max Weber den Begriff eher beiläufig, woraus allerdings nicht geschlossen werden darf, Weber (1905) würden gesellschaftliche Differenzierungsvorgänge nicht interessieren. Allerdings beschäftigt er sich nicht mit der zunehmenden Differenzierung von Rollen, sondern mit den sich in der Gesellschaft herausbildenden Makro-Differenzierung. Für Weber entstehen so relativ autonome und miteinander in Widerstreit geratende „Wertsphären“, also gesellschaftlich abgegrenzte Bereiche, welche einer funktionalen Eigenlogik folgen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Ökonomie mit der Funktionslogik des Eigeninteresses, die Politik mit der Funktionslogik des Machtinteresses und schließlich die unter der Funktionslogik des Heilsinteresses zusammengefassten Bereiche der Religion, der Ästhetik und der Erotik. Weber (1920, S. 565–573) arbeitet Spannungen und Konflikte zwischen diesen Wertsphären heraus, die zwischen kapitalistischer Marktkonkurrenz, bürokratischer Regelbefolgung, politischer Staatsräson, ästhetischer Formschöpfung, erotischem Rausch und wissenschaftlichem Erkennen liegen, und stellt fest, dass die verschiedenen Wertordnungen sich „in unauf löslichem Kampf“ untereinander befinden müssen. Nach Weber ist es vor allem die Tendenz zur Ausbildung einer Organisationsgesellschaft und der damit verbundenen bürokratischen Herrschaft, welche es ermöglichen, dass die Konflikte beherrschbar bleiben. Individuen, welche als Mitglieder formaler Organisationen unterschiedlichster Art – ökonomisch, kulturell, politisch – handeln, werden durch die bürokratische Ordnung im Zaum gehalten. Das Sorge – so Weber – dafür, dass die Innenwelten formaler Organisationen gleichsam pazifizierte Räume darstellen, in denen dann auch die Konflikte zwischen den verschiedenen Wertsphären nicht mehr ungehemmt zum Tragen kommen.

Dieser kurze Abriss der soziologischen Klassiker zeigt, dass diese eine differenzierungstheoretische Agenda ausgearbeitet haben, welche in folgende Leitfragen gebündelt werden kann:

- Was differenziert sich? Die Klassiker sehen vor allem zwei Differenzierungsvorgänge; die der Rollen (Berufe) und – hier wichtiger – die der gesellschaftlichen Teilsysteme.
- Wie differenziert sich moderne Gesellschaft? Im Unterschied zur vormodernen stratifizierten Gesellschaft betonen die Klassiker, dass es sich nicht um eine vertikale Differenzierung, sondern um eine funktionale (damit horizontale) Differenzierungsform handelt.
- Worauf geht die Differenzierung der modernen Gesellschaft zurück? Die Klassiker haben sozialstrukturelle Ursachen (die drei Revolutionen) dafür ausgemacht, weshalb die Moderne ihren spezifischen Weg eingeschlagen hat.

■ Was hält die moderne Gesellschaft als Ganze zusammen? Die Klassiker haben nach entsprechenden den Differenzierungsformen moderner Gesellschaften adäquaten Integrationsformen gesucht und die Gefahr gesellschaftlicher Desintegration als Schattenseite aller Differenzierungsformen ausgemacht.

Auch wenn die funktionale Dreigliederung Steiners beinahe zeitgleich mit Webers Arbeit zur gesellschaftlichen Differenzierung entstanden ist, so kommt ihr doch bis heute ein eigentümlicher Außenseiterstatus zu. In keinem der Standardwerke zur funktionalen Differenzierung von Gesellschaften findet sich auch nur ein Hinweis auf diese spezifische Ausarbeitung funktionaler Gliederung einer Gesellschaft. Dies mag vordergründig daran liegen, dass die organismische Diktion Steiners in den Sozialwissenschaften seit Durkheim kaum mehr Verwendung findet und vor allem seit dem deutschen Faschismus in der Sozialwissenschaft nicht mehr gebräuchlich ist (Nikles und Weiß 1975).

Es soll an dieser Stelle jedoch wenigstens in Grundzügen Steiners Begriff des sozialen Organismus dargestellt und gegen einige andere Organismuskonzeptionen abgegrenzt werden. Steiner beginnt seine Bestimmung der Gesellschaft mit einem Vergleich zum menschlichen Organismus. Dieser Vergleich ist möglich, da – so Steiner – beide Systeme funktional gegliedert sind (Steiner, GA 23, S. 7ff.), der Vergleich wird also auf den Vergleich der Funktion beschränkt. Im menschlichen biologischen Organismus wirken danach als relativ eigenständige Funktionen Sinnes-Nerven-System (SNS), Atem-Kreislauf-System (AKS) und Stoffwechsel-Gliedmaßen-System (SGS) als Funktionen (Steiner GA 21, S. 150–163). In derselben relativen Eigenständigkeit existieren in der Gesellschaft wirtschaftliche, rechtliche und geistig-kulturelle Kräfte. Dabei gilt, dass sich das Wirtschaftsleben zum sozialen Organismus verhält, wie das SNS zum menschlichen Organismus, das Rechtsleben wie das AKS und das Geistesleben wie das SGS. In dieser Aussage aber erschöpft sich im Grunde schon Steiners Vergleich zwischen Gesellschaft und menschlichem Organismus.

Methodisch verwendet Steiner diesen Vergleich zunächst als ein ausschließlich didaktisches Mittel. Am Beispiel des menschlichen Organismus soll geübt werden, ein Ganzes in relativ selbständigen Funktionen zu denken. Auf diese Weise, so die Hoffnung, würde es leichter fallen, auch in gesellschaftlichen Zusammenhängen deren je spezifische Funktionen zu erkennen. Es geht also nicht um eine bloße Übertragung biologischer Tatsachen auf das Soziale, denn solche Schlüsse stellen schon methodisch für Steiner keine Erkenntnisse dar.⁷ Erkenntnis ist nur zu erreichen, wenn an den sozialen Phänomenen selbst die angegebenen Funktionszusammenhänge festgestellt werden. Sie müssen also empirisch zu belegen sein.

In Steiners Vergleich steckt aber noch mehr. Der Vergleich zwischen zwei verschiedenen Organismen richtet sich vor allem auch darauf, anzugeben, was beiden gemeinsam ist: der allgemeine Begriff des Organismus und damit die Totalität, das Ganze, in biologischer wie

gesellschaftlicher Hinsicht. Allgemein gefasst ist festzustellen, dass jeder Organismus drei Funktionen enthält, die sich zum Ganzen des Organismus verhalten, wie spezifische Funktionen, nämlich Aufbau, Vermittlung und Abbau. Beim menschlichen biologischen Organismus bedeutet dies z.B. dass das SGS den Aufbau des Organismus vornimmt, während das AKS vermittelnd tätig ist und das SNS den Organismus abbaut. Im Unterschied zu einem Mechanismus bedeutet das aber auch, dass die einzelnen Funktionen sich nicht als nur zusammengesetzte Teile verhalten. Organische Funktionen entstehen nicht räumlich nebeneinander und werden dann aufeinander bezogen, sondern indem sie entstehen, wirken sie schon wechselseitig aufeinander. Zudem sind sie räumlich gesehen im ganzen Organismus gleichermaßen vorhanden. Das gleichzeitige Entstehen und Aufeinanderwirken der Funktionen macht gerade das Ganze des Organismus aus. Daher kann ein Teil des Organismus nur in seinem unmittelbaren Bezug zum Ganzen verstanden werden, was das Verständnis nicht gerade einfach macht. Eine zentrale Schwierigkeit liegt in der Aussage, die Funktionen seien zwar „...ihrer Wesenheit nach streng voneinander geschieden“, aber rein räumlich betrachtet treten alle drei Tätigkeiten überall im Organismus gemeinsam auf (Steiner, GA 23, S. 57). Dies kann etwa so verstanden werden, dass die verschiedenen Funktionen zwar einerseits aufeinander wirken und sich gegeneinander bedingen, jedoch gleichzeitig jeweils einen eigenen Aufgabenbereich haben, den jede nur selbst erfüllen kann. So ist z.B. das AKS bedingt durch die Zufuhr von Nahrungsstoffen aus dem Magen- und Darmsystem des SGS. Aber zur gleichen Zeit ist nur ersteres in der Lage, den nötigen Sauerstoff über die Lunge aufzunehmen und über den Blutkreislauf dem SGS zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet, es existiert eine funktionale organismische Integration, welche den oben dargestellten Zerfallstendenzen entgegenwirkt. Auf welche Weise dieser Zusammenhang im sozialen Organismus vorgestellt werden kann, wird sich weiter unten zeigen.

Zunächst ist noch zu klären, wie die Stellung des Einzelnen in einem sozialen Organismus und dessen Funktionen gedacht werden kann. Steiner unterscheidet deutlicher als die soziologischen Klassiker zwischen den funktional differenzierten Bereichen und dem einzelnen Akteur. So bringt dieser zwar die gesellschaftlichen Funktionen durch sein Handeln hervor, doch ist er selbst getrennt von diesen zu sehen; auf diese Weise steht der Einzelne mit allen drei funktionalen Bereichen der Gesellschaft in Beziehung: Dem Rechtsleben gehört er durch die Verfassung an, das Wirtschaftsleben nutzt er zumindest als Konsument und im Geistesleben steht er durch seine Fähigkeiten. Hinzu kommt jedoch, dass der Einzelne von keiner der drei Funktionen vereinnahmt werden kann, wie das noch in Ständegesellschaften der Fall war (Steiner, GA 186, S. 165 und GA 23, S. 140).⁸ Denn das einzelne Individuum ist keiner der drei

⁷ Vgl. dazu Steiners Erkenntnisbegriff in GA 2 und GA 4

⁸ Um dies einmal auch literarisch darzustellen, sei auf Alexandre Dumas ‚Drei Musketiere‘ verwiesen. Athos, Prothos und Aramis sollen, Dumas gibt dies überdeutlich zu verstehen, die drei Stände der französischen Gesellschaft vor den drei Revolutionen repräsentieren. Athos verkörpert den Schwertadel, Porthos den Bürger als Edelmann, den bourgeois gentilhomme, und Aramis endlich die Geistlichkeit. Diese Dreierheit wird jedoch ergänzt um einen Vierten, der den drei anderen Musketieren sowohl gleich- als auch übergeordnet ist: d'Artagnan. D'Artagnon personifiziert keinen der gesellschaftlichen Stände, er

Funktionen zuzuordnen. Will man nun Steiners Idee des sozialen Organismus mit anderen organischen Gesellschaftskonzepten vergleichen, so zeigt sich zum ersten ihr Unterschied zu allen Ständegesellschaften, wie sie z.B. bei Platon, Johannes von Salisbury oder auch den deutschen Romantikern wie z.B. Adam Müller und idealistischen Philosophen – Fichte – zu finden sind. Denn diese teilen Akteure in funktionelle Klassen oder Gruppen ein, so dass ihre Aufgaben von vornherein schon durch Geburt von der Gesellschaft festgelegt sind. Bei Steiner hingegen werden nicht Individuen, sondern die gesellschaftlichen Funktionen gegliedert und auf diese Weise vom Menschen abgelöst. Aber auch von den organismischen Ansätzen der funktionalen Differenzierung (etwa Spencers) grenzt sich Steiner dezidiert ab und wirft diesen vor, lediglich mittels Analogieschlüssen eine Übertragung von Merkmalen der Naturorganismen auf gesellschaftliche Zusammenhänge vorzunehmen und damit eine eigenständige empirische Untersuchung der Gesellschaft zu unterlassen. Eine solche versucht Steiner, indem er die aus den drei Revolutionen hervorgegangenen, relativ autonomen gesellschaftlichen Bereiche begrifflich zu fassen versucht und in ein Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben gliedert.

Das Geistesleben

Inhaltlich lässt sich die erste der drei gesellschaftlichen Funktionen folgendermaßen beschreiben: Das Geistesleben setzt unmittelbar bei den Fähigkeiten des Einzelnen an: „Alles dasjenige, was beruht auf der [...] Begabung des einzelnen menschlichen Individuums, was hineinkommen muss in den sozialen Organismus auf Grundlage dieser [...] Begabung“, bezeichnet Steiner (GA 23, S. 63) als Geistesleben. Dabei legt er (Steiner GA 79, S. 245) die Definition von Geistesleben extensiv aus: „Ich rechne [...] nicht nur das mehr oder weniger abstrakte Geistesleben oder das spirituelle Leben in das geistige Gebiet hinein, sondern ich rechne alles in das geistige Gebiet hinein, was auf menschlichen, geistigen und physischen Fähigkeiten beruht.“ Damit umfasst das Geistesleben nicht nur die kulturellen Produktionen einer Gesellschaft, sondern alle Aktivitäten, die der Ausbildung, Entfaltung oder Wiederherstellung von Fähigkeiten, seien sie geistigen, psychischen oder physischen Ursprungs, dienen. Um diese Aktivitäten hervorbringen zu können, besteht das Geistesleben aus spezialisierten Einrichtungen (Organisationen im Weberschen Sinne) und deren Beziehungen untereinander. Im Zentrum der Organisationen des Geisteslebens stehen Schulen und Universitäten, die der Ausbildung von Fähigkeiten gewidmet sind, wie auch Krankenhäuser, Rehabilitationszentren, und bei Steiner auch Organisationen der Resozialisierung⁹,

personifiziert ihre Einheit in einer affektiv integrierten Gesellschaft.

Leider verfügen wir über keine entsprechende literarische Darstellung einer funktional differenzierten Gesellschaft. Julia Fuchte, Studentin der Cusanus Hochschule, versucht in einer Form der ‚social fiction‘ soziale Dreigliederung in Literatur zu transformieren. Leider wurde dieses Vorhaben von der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland nicht gefördert.

⁹ Überdies sieht Steiner auch die Rechtsprechung in Strafrechtssachen als Aufgabe des Geisteslebens an, da hier je im Einzelfall die für den Delinquenten angemessene Strafe zu finden ist. Was jedoch eine Rechtsverletzung ist, muss notwendig vom Rechtsleben definiert sein. Die Resozialisierung setzt dann unmittelbar am Einzelnen an und

die der Wiederherstellung von Fähigkeiten dienen. Steiner spricht hier ausschließlich von Korporationen des Geisteslebens; er meint damit sowohl die einzelnen Organisationen als auch die Koordinationsorgane der Einzelorganisationen, die sich schließlich zu einem Kulturrat zusammenfassen.

Das Rechtsleben

Die zweite gesellschaftliche Funktion wird von Steiner als Rechtsleben oder einfach als Staat bezeichnet. Das Wesen des Rechts ist es nach Steiner, allgemeingültige soziale Urteile, die übereinstimmend von Menschen getroffen werden, festzustellen und zu garantieren. Der Begriff der Rechtsstaatlichkeit besteht darin, dass Regelungen, die in ein bestimmtes Gebiet fallen, für alle in gleicher Weise verbindlich gemacht werden (Steiner, GA 328, S. 35 und GA 23, S. 62). Ausgangspunkt der Rechtsregelungen ist die Mündigkeit des Einzelnen (Steiner GA 23, S. 20), mithin derjenige Bereich gesellschaftlichen Zusammenlebens, in dem alle in gleicher Weise urteilsfähig sind. Mündigkeit als menschliche Eigenschaft lässt sich differenzieren: einmal nach dem Gesichtspunkt der Fähigkeit zur Mündigkeit, also als Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln, oder zum anderen als Bedürfnis nach Mündigkeit, als Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Diese Spannung drückt sich nun in Gesetzesform aus: zum einen in der Definition von Freiheitsrechten, welche die Möglichkeit der Selbstbestimmung garantieren, und in der Definition von Schutzrechten, welche dann greifen, wenn im Ausagieren des Freiheitsspielraums derselbe überschritten wird. Verfassungsgemäß werden die aus diesem Konflikt resultierenden Aufgaben an Organisationen delegiert, welche als Legislative die Freiheits- und Schutzrechte definieren oder sie als Exekutive durchsetzen. Die Jurisdiktion ist nur bezüglich des öffentlichen Rechts eine Organisation des Rechtslebens, hinsichtlich des Straf- und Privatrechts ist sie unter das Geistesleben zu subsumieren (Steiner, GA 332a, S. 95f.).

Das Wirtschaftsleben

Das Wirtschaftsleben hat seinen Ursprung in der Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten und seine Aufgabe in der Organisation von Produktion, Zirkulation (Handel) und Konsumtion der Waren (Steiner, GA 23, S. 71). Eine solche Definition des Begriffs Wirtschaftsleben bedingt, dass nicht nur die Produktions- und Zirkulationsorganisationen zum Wirtschaftsleben gerechnet werden, sondern auch die Konsumtionsebene. Dabei kommt insbesondere dem Handel, mithin dem Tausch von Waren, als Zentrum des Wirtschaftslebens eine besondere Bedeutung zu, da dort das Konsumenteninteresse, nämlich Bedürfnisbefriedigung mittels Waren, auf die Möglichkeiten der Produktion trifft, die unter Einsatz von Fähigkeiten, Waren erzeugt. Die Organisationen, die die Funktionen der Wirtschaft hervorbringen, sind einerseits die Unternehmungen der Produktions- und Zirkulationssphäre sowie die Organisationen der Konsumentensphäre, also Korporationen innerhalb des

zielt darauf ab, dessen Soziabilität wieder herbeizuführen (Steiner, GA 332a, S. 106 f. und GA 328, S.92 f.).

Wirtschaftslebens, andererseits jedoch auch die Koordinationsorgane, in denen die Abstimmung der einzelnen Organisationen zu leisten ist: die Assoziationen.

Die Gliederung und das Zusammenwirken der drei Funktionen des sozialen Organismus

Aus den angegebenen unterschiedlichen Aufgaben der drei Funktionen des sozialen Organismus leitet Steiner die Notwendigkeit ab, dass alle drei Bereiche sich selbst verwalten müssen und auf dieser Grundlage zusammenarbeiten. Denn in jedem Gebiet äußern sich jeweils unterschiedliche Interessen, die sich nur dann sachgerecht sozial auswirken können, wenn sie in ihrer Entstehung getrennt sind und nicht vermischt werden. So gilt zum Beispiel für die Ausbildung und den Einsatz menschlicher Fähigkeiten, dass sie geschwächt und zum Teil auch unmöglich gemacht werden, wenn staatlich-planerisch darüber bestimmt wird oder vom Wirtschaftsleben Forderungen erhoben werden, die nur ökonomische Verwertbarkeit der Akteure im Auge haben. Dagegen entwickeln sich menschliche Fähigkeiten in der besten Weise, wenn dabei auf die Anlagen und Interessen des einzelnen Menschen geschaut wird. Was z.B. Bildung und Ausbildung betrifft, können dies für Steiner nur selbstverwaltete Einrichtungen bewerkstelligen, in welchen Lehrkräften freie Hand gelassen wird, die Pädagogik auf den zu erziehenden Menschen abzustimmen. Denn wenn die geistigen Korporationen in diesem Sinne für den Einzelnen da sind, ist auch die Möglichkeit geschaffen, dass der Einzelne die bestmöglichen Fähigkeiten erwirbt und wiederum in den sozialen Organismus einbringen kann. Die Befürchtung bloßer Willkür im Erziehungswesen ist nach Steiner nicht zu gewärtigen, wenn durch die Konkurrenz der Organisationen der im Geistesleben Tätige angehalten wird, den Bedürfnissen seiner Auszubildenden gerecht zu werden.

Kritisch sieht Steiner (GA 23, S. 74 ff.) auch die Vermischung von Rechtsfragen mit der Wirtschaft. Dies zeigt sich einerseits ganz offensichtlich, wenn Staatsorganen mit ihren bürokratischen Interessen die Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmen obliegt. Denn jene haben immer die Tendenz wirtschaftliche Sachfragen von außen zu steuern, weil sie ihre Existenz aus einem Gebiet ableiten, das sich selbst aus lediglich politischen Gesichtspunkten gebildet hat. Deshalb müssen Staatsorgane zwangsläufig ihre politischen Funktionen und Interessen unmittelbar in die Organisation und Bewertung der Warenproduktion hineinragen. Oftmals wird eine staatliche Wirtschaftspolitik als notwendige Korrektur von unerwünschten Marktprozessen begründet. Dies beweist für Steiner nur den Mangel rein marktwirtschaftlicher Organisation, aber nicht die wirtschaftliche Effizienz des Staates. Das Marktversagen kann durch den Staat nicht wirklich behoben werden (Staatsversagen).

Abstrakt gefasst ergibt sich für das Wirtschaftsleben, dass es einerseits mit den Rechtsgesetzen als gegebene Regelungen zu rechnen hat und andererseits vom Geistesleben entgegennehmen muss, was ihm an Fähigkeiten der Menschen zufließt, wie auch die Naturgegebenheiten die Möglichkeiten der Warenproduktion vorschreiben. Zugleich schafft und regelt es die Warenbeziehungen, welche den materiellen Boden

abgeben, auf dem sich die beiden anderen Glieder entfalten können.

Wie die drei gesellschaftlichen Funktionen sinnvoll zusammenarbeiten, wenn sie ihre Interessen selbständig entwickeln können, zeigt Steiner beispielhaft am Recht auf Erziehungseinkommen für Familien. Dabei bringen Vertreter aller drei Gebiete ihre Kompetenzen ein. Das Geistesleben liefert mit seinen Fähigkeiten die Gutachten, nach denen die Rechtsorganisation die Rechtsbestimmungen erlässt, wobei von den Assoziationen des Wirtschaftslebens die wirtschaftlichen Möglichkeiten aufgezeigt werden. Die Festlegung der Höhe des Erziehungsgeldes bestimmt aber zuletzt allein das Rechtsbewusstsein, das sich durch den Staat geltend macht, weil es eine allgemein menschliche Frage ist, wie wichtig die Erziehung der Kinder eingeschätzt wird (Steiner, GA 23, S. 127 ff.).

Das Verhältnis der drei Glieder kann bei ihrem Zusammenwirken abstrakt so angegeben werden: Das Rechtsleben ist den beiden anderen gesellschaftlichen Funktionen durch seine Gesetzgebungsfunktion übergeordnet, das Geistesleben in alle Bezüge eingeordnet und das Wirtschaftsleben untergeordnet. D.h. natürlich nicht, dass der Staat inhaltlich in die anderen funktionalen Bereiche hineinregieren kann. Stattdessen ist seine Aufgabe gerade auch darin zu sehen, deren Selbständigkeit abzusichern. Die Freiheit des Geisteslebens ist so gesehen der staatsrechtlich garantierte Schutz der eigenen Selbstverwaltung und damit Befreiung. Dasselbe gilt auch für das Wirtschaftsleben, sodass der Staat die hohe Kunst erfüllen muss, sich auf sich selbst und rein rechtliche Aufgaben zu beschränken. Diese Zusammenhänge lassen sich durch den Organismusgedanken ergänzen. Demnach kommt dem Geistesleben die aufbauende Funktion der Gesellschaft zu, während das Wirtschaftsleben dieselbe abbaut und verbraucht. Das Recht vermittelt die Beziehungen der Glieder untereinander. Die Funktionen von Aufbau und Abbau beziehen sich auf die wirksamen sozialen Fähigkeiten der Menschen in dem sozialen Organismus. D.h. das Geistesleben sorgt dafür, dass immer neue Fähigkeiten der Menschen vorhanden sind, wodurch die Beziehungen im sozialen Organismus aufgebaut werden. Dagegen tendiert das Wirtschaftsleben dazu, die Menschen im Produktionsprozess mit ihren Fähigkeiten zu verschleifen, wodurch dem sozialen Organismus die Kräfte und Möglichkeiten für den Erhalt seiner Beziehungen immer wieder entzogen werden.

Wenn – wie eingangs dargestellt – die Sozialwissenschaften in ihrem Ursprung sich mit dem Engel der Geschichte verbündet hatten, um in den Fragmenten der Moderne nach Ordnung zu suchen und das Zerbrochene wieder zusammenzufügen, dann stellt die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus einen der mächtigsten Versuche dar, die Ordnung zu rekonstruieren und in Einrichtungen zu übersetzen. Denn keiner der oben skizzierten Versuche hat funktionale Differenzierung dergestalt ernst genommen und die daraus abgeleitete Autonomie der gesellschaftlichen Bereiche, aber auch deren Zusammenwirken, so konsequent teleologisch gedacht. Das liegt sicherlich daran, dass zumindest Weber, aber auch Durkheim sich tendenziell auf die Rolle des erklärenden Sozio-

logen zurückziehen und die transformative Funktion der Sozialwissenschaften ablehnen. Auf diese Weise wird soziale Dreigliederung aus dem Bereich der Wissenschaft in den Bereich sozialer Heilslehre gerückt, da nach Steiner Sozialwissenschaften nicht allein erklärenden, sondern auch gestaltenden Charakter tragen. Diese scheinbar minimale Differenz hat jedoch gravierende Auswirkungen: Wer nur das Vorhandene beschreiben und erklären will, die Gesellschaft jedoch nicht gestalten will, wird notwendigerweise Ansätze ausgrenzen, welchen eine Gestaltungsabsicht eigen ist. Das ist die eine Hälfte der Erklärung für den Exilstatus sozialer Dreigliederung im mächtigen Strom der Ansätze funktionaler Differenzierung. Die andere Hälfte ist der Tatsache geschuldet, dass von anthroposophischen Sozialwissenschaftlern der Brückenschlag zu den bestehenden oder sich entwickelnden Ansätzen geradezu sorgfältig vermieden wurde, es nimmt daher nicht Wunder, dass der Engel der Geschichte einstweilen ein glückloser Engel geblieben ist.

Heiner Müller – Glückloser Engel

Heiner Müller (2008, S. 53) hat in seinem Werk dreimal auf Benjamins Engel der Geschichte Bezug genommen. Dabei ist bedeutsam, dass Müller dem Erschrecken des Engels über die Zerstörungen im Prozess der Geschichte einen weiteren Schreckensmoment hinzufügt:

„Hinter ihm schwemmt Vergangenheit an, schüttet Geröll auf Flügel und Schultern, mit Lärm wie von begrabenen Trommeln, während vor ihm sich die Zukunft staut, seine Augen eindrückt, die Augäpfel sprengt wie ein Stern, das Wort umdreht zum tönenden Knebel, ihn würgt mit seinem Atem. Eine Zeit lang sieht man noch sein Flügelschlagen, hört in das Rauschen die Steinschläge vor über hinter ihm niedergehen, lauter je heftiger die vergebliche Bewegung, vereinzelt, wenn sie langsamer wird. Dann schließt sich über ihm der Augenblick: auf dem schnell verschütteten Stehplatz kommt der glücklose Engel zur Ruhe, wartend auf Geschichte in der Versteinerung von Flug Blick Atem. Bis das erneute Rauschen mächtiger Flügelschläge sich in Wellen durch den Stein fortpflanzt und seinen Flug anzeigt.“

Abweichend von Benjamin wird Müllers Engel nicht nur verfolgt von der katastrophalen Vergangenheit, sondern eingeklemt zwischen ihrem Geröll und der ‚gestauten‘ Zukunft (man lese: Utopie), unter deren Erwartungsdruck er erlahmt: Er wird quasi gesteinigt und erstarrt zu Stein. Aber: Das Aufbrechen der Versteinerung, bzw. des Stillstands der Geschichte, wird als möglich gedacht, das Rauschen der Flügelschläge werde dereinst zu hören sein, wenn der Engel den Stein aufsprengt und wieder fliegt. In den 1970er Jahren nennt Müller daher seine Kunstproduktion konsequent „Texte, die auf Geschichte warten“.

Die funktionale Differenzierung ist ebenso ein Text, der auf Geschichte wartet, denn sie ist einstweilen unvollendet und vermag daher ihre eigentliche Kraft nur begrenzt zu entfalten. Und gleichzeitig ist die funktionale Differenzierung, da das gesellschaftliche Ganze nicht hinreichend genau spezifiziert werden konnte, perma-

nent von der Gefahr des Zerfalls bedroht. Funktionale Differenzierung wartet daher – im Müllerschen Sinne – noch auf ihre Geschichte, soziale Dreigliederung wartet – das war der Sinn des ersten Teils – mit ihr, denn sie ist ein Teil der Geschichte sozialer Differenzierung. Wie dieser Text jedoch Geschichte zu werden vermag, ist in einer weiteren Darstellung zu klären.

Literatur

- Benjamin, W. (1974): Über den Begriff der Geschichte. Gesammelte Schriften, Frankfurt am Main
- Dumas, A. (2010 [1845]): Die drei Musketiere. Frankfurt am Main
- Durkheim, E. (1893 [1988]): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main
- Eckart, H.; Eckart H. mit L. Fittko (2006): Meine Biografie liegt in der Weltgeschichte. Ruprichterot, Abacus Medien, Hörbuch
- Fittko, L.(1994): Mein Weg über die Pyrenäen. Erinnerungen 1940/41. Ravensburg
- Hobsbawm, E. (1962): The Age of Revolution. 1789 – 1848. New York
- Marx, K. (1859 [1969]): Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx, Friedrich Engels (Hg.), Werke, Bd. 13, Berlin
- Müller, H. (2008): Die Gedichte. Werke 1. Frankfurt am Main
- Neumann, P. (2018): Jena 1800. Die Republik der freien Geister. München
- Nikles, B.W.; Weiß, J. (1975): Gesellschaft. Organismus – Totalität – System. Hamburg
- Novalis (1799 [1977]): Die Christenheit oder Europa. In: Novalis, Dichtungen, Reinbek bei Hamburg. S. 35–52
- Parsons, T. (1964): Evolutionary Universals in Society. In: American Sociological Review, 29, S. 339–357
- Platon (1982): Der Staat. Stuttgart
- Smelser, N.J.; Lipset, M. (1961): Sociology: The progress of a decade. Englewood Cliffs, NJ
- Rüschmeyer, D. (1985): Spencer und Durkheim über Arbeitsteilung und Differenzierung. Kontinuität oder Bruch? In: Luhmann, N. (Hg.), Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee. Opladen
- Steiner, R. (1886 [2002]): Grundlinien einer Erkenntnistheorie der Goetheschen Weltanschauung. GA 2, Dornach
- Steiner, R. (1894 [1995]): Die Philosophie der Freiheit. GA 4, Dornach
- Steiner, R. (1917 [1983]): Von Seelenrätseln. GA 21, Dornach
- Steiner, R. (1918 [1990]): Die soziale Grundforderung unserer Zeit – In geänderter Zeilage. GA 186, Dornach
- Steiner, R. (1919 [1976]): Die Kernpunkte der sozialen Frage. GA 23, Dornach
- Steiner (1919 [1977]): Die soziale Frage. GA 328, Dornach
- Steiner, R. (1919 [1976]): Soziale Zukunft. GA 332a, Dornach
- Steiner, R. (1921 [1988]): Die Wirklichkeit der höheren Welten. GA 79, Dornach
- Weber, M. (1905 [1975]): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: Weber, M., Die protestantische Ethik I, Hamburg
- Weber, M. (1920 [1978]): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen
- Weber, M. (1922 [1972]): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen

André Bleicher, geb. 1963; Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie, Gründungsmitglied des Lorenz Oken Instituts, Herrschried, und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, dessen Vorstandsmitglied er seit 2015 ist. Tätigkeit als Organisations- und Kooperationsentwickler in Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BTU Cottbus und der Universität Leipzig, Gastprofessor für Comparative Institutionalism an der Universität Lumière II Lyon, Professor für Business Development and Economics an der FH Salzburg, seit 2012 an der Hochschule Biberach, seit 2017 dort Rektor.

Die europäische Integration und der Nationalstaat:

Was war? Was will werden?

Stefan Padberg

Ein Schreiner, der einen Tisch herstellt, oder eine Frisörin, die ihre Dienstleistung an einem Kunden erbringt, handelt in Normalfall planvoll, das heißt, das Ergebnis wird im Allgemeinen den vorge-dachten, vorgeplanten Absichten entsprechen. Es steht sozusagen vorher schon fest. Eine „historische“ Betrachtung, die die Entstehung des Tisches so zeigt, als wüsste man nicht, was der Plan hinter den einzelnen Handlungen war und ist, machte keinen Sinn.

Bei der Betrachtung komplexer sozialer Phänomene wie zum Beispiel der europäischen Integration lassen sich bestenfalls die Absichten einzelner Akteure oder Akteursgruppen identifizieren. Eine Betrachtung jedoch, die davon ausgeht, dass alles so geplant war, wie es gekommen ist, wird der sozialen Wirklichkeit nicht gerecht. Zu viele verschiedene Akteure mit zu vielen verschiedenen und mitunter gegensätzlichen Interessen wirken dabei bewusst und unbewusst aufeinander ein.

Hier hat man keine andere Chance, als sich zu vergewärtigen, wie sich „alles“ entwickelt hat. An einer solchen „evolutiven“ Betrachtung lassen sich am ehesten noch die großen Linien erkennen, denen die Entwicklung, oftmals hinter dem Rücken der Akteure, gefolgt ist. Wir beginnen deshalb unseren Streifzug durch die Geschichte der Vereinigung Europas – in Nordamerika. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung war geschichtlich der erste Fall der Bildung einer Nation, eines Nationalstaats. Ohne die Idee bzw. das Konzept des Nationalstaats ist aber die politische Entwicklung im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, die schließlich Motivation für die europäische Integration war, nicht verstehbar.

1776: Die Geburt der amerikanischen Nation

Das Konzept des Nationalstaats ist eng verknüpft mit der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung. Die Siedler in den britischen Kolonien waren der britischen Krone verpflichtet. Dies war in den Kolonien weithin akzeptiert. Strittig war einerseits, dass sie ihre eigenen Angelegenheiten ohne Einmischung von London regeln wollten. Und andererseits forderten sie: „*No taxation without representation*“. Es ging also im Kern um demokratische Selbstbestimmung, darum, über die eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden und eine eigene Regierung wählen zu können.

Der durch die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung ausgelöste Krieg mit England dauerte acht Jahre und endete schließlich mit dem Frieden von Paris 1783. Im Feuer der Schlachten von Lexington, Boston und Yorktown entstand „*the American Nation*“.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren das erste staatliche Gebilde in der Geschichte, dem eine Verfassungsidee und ein bestimmtes Menschenbild zu Grunde lag. „*We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness. – That to secure these rights, Governments are instituted among Men, deriving their just powers from the consent of the governed, – That whenever any Form of Government becomes destructive of these ends, it is the Right of the People to alter or to abolish it, and to institute new Government, laying its foundation on such principles and organizing its powers in such form, as to them shall seem most likely to effect their Safety and Happiness.*“

Dies gehört auch heute noch zur selbstverständlichen Grundüberzeugung jeder Bürgerin und jeden Bürgers in den USA. Um nur ein aktuelles Beispiel zu zitieren: George Friedman, der bekannte US-amerikanische Publizist, sagte kürzlich in einem Vortrag in Ungarn über „*The Necessity of Nationalism*“: „*Liberalism begins with one principal: the right of national self-determination. It is not simply democracy, but democracy in a nation. Liberalism invented two concepts: one concept was the concept of democracy – you get to select your leaders –, and the other was the concept of a nation – leaders of what? of nations. [...] Liberalism and nationalism are the same!*“¹ Für ihn sind Liberalismus und Nationalismus identisch, zwei Seiten einer Medaille. Demokratie gibt es nur innerhalb festgelegter staatlicher Grenzen. Der Stolz auf die eigene Nation ist dabei nicht nur der Stolz auf den eigenen Staat, sondern auch ein Stolz auf die kulturellen Leistungen, die die eigene Nation geprägt haben, und der Respekt vor den Traditionen der Vorväter und -mütter, denen man letzten Endes die Existenz verdankt.

¹ George Friedman, Vortrag „The Necessity of Nationalism“, Juni 2018 auf der Brainbar Konferenz, Ungarn (siehe <https://brainbar.com> und <https://www.youtube.com/watch?v=eovlYNFopgw>); vgl. auch George Friedman, Pulverfass Europa. Krisenherde, die den Kontinent bedrohen, Kulmbach 2015

Es geht auch um den emotionalen Unterbau, um das, wofür du bereit bist, dein Leben aufs Spiel zu setzen. Alles andere habe in der rauen Wirklichkeit des Kampfes der Nationen keinen Bestand. Dabei geht es nicht nur um Kriege mit anderen Nationen. George Friedman legt eindrücklich dar, dass die Idee der amerikanischen Nation ihre Feuerprobe im amerikanischen Bürgerkrieg zu bestehen hatte. Wenn sich nicht genügend Menschen gefunden hätten, die bereit gewesen wären, für diese Idee zu kämpfen und zu sterben, wäre sie untergegangen.

1789: Die Geburt der französischen Nation

Ähnlich wie durch die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung entstand durch die Französische Revolution auch eine Nation. Die Idee der Menschenrechte, die Parole „*Liberté, Égalité, Fraternité*“, die Marseillaise, all dies schuf gemeinsame Identifikationsmomente, die zusammen mit den Revolutionskriegen aus einer Ansammlung unterschiedlichster Regionen mit sehr verschiedenen Dialekten, Kulturen und Traditionen eine einheitliche Nation schufen, in der es nur noch Franzosen gab. Alle regionalen Unterschiede waren wie weggebrannt.

Anfangs war die Französische Revolution mit einem allgemein-menschlichen Idealismus angetreten, und es schien selbstverständlich, diese Ideale durch die Revolutionskriege ins europäische Ausland zu exportieren und die Fürstenthone überall ins Wanken zu bringen. Aber dieser allgemein-menschliche Zug wurde von Europa letzten Endes in den anti-napoleonischen Kriegen zurückgewiesen und auf Frankreich begrenzt. Anfangs begrüßten die Menschen in Europa Napoleon als Befreier, aber schon bald wandten sie sich gegen ihn. Dies war nicht so sehr Ausdruck antiliberaler Bestrebungen – von Seiten der herrschenden Fürstenhäuser sicherlich –, sondern es war auch einem erwachenden Nationalgefühl geschuldet. In Preußen kam es so z.B. zu den Stein-Hardenbergschen Reformen als

Konzessionen an die liberalen Bestrebungen, die in Preußen auflebten.

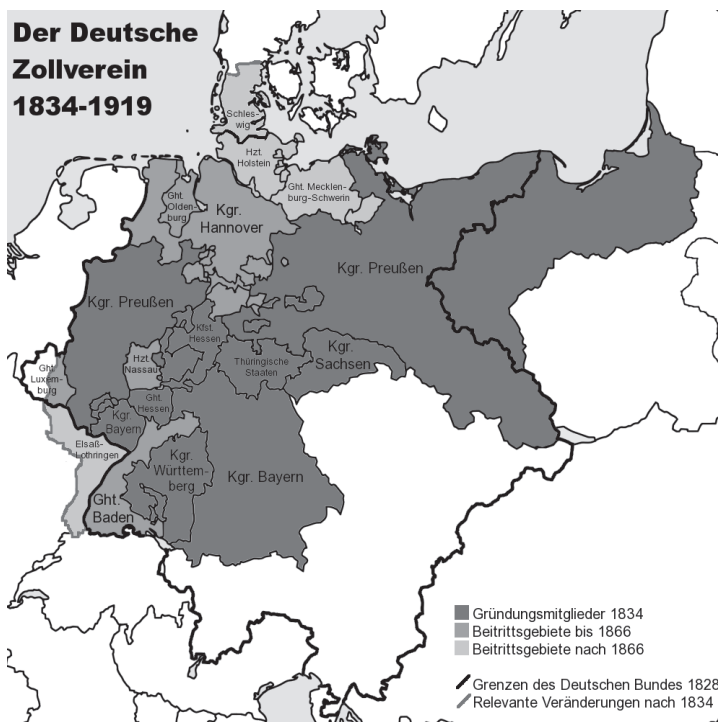
Liberalismus und Nationalgefühl entstanden also tatsächlich gemeinsam. So wurde letzten Endes aus der Revolutionsnation die französische Nation, jetzt nicht mehr nur als liberale Verfassungsgemeinschaft, sondern auch als Sprach- und Kulturgemeinschaft. Zu gleicher Zeit durch die Französische Revolution inspiriert und Napoleons Armeen bekämpfend, entstanden die national-liberalen Befreiungsimpulse in ganz Europa.

1833 – 1871: Die Geburt des Deutschen Reichs

Neben der gemeinsamen Sprache und Kultur, den liberalen Grundrechten wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und der demokratischen Wahl der Regierung hat der Nationalstaat klassischerweise noch eine weitere Dimension: Er garantiert unternehmerische Freiheit, das Recht auf Privateigentum und stellt einheitliche Wettbewerbsbedingungen her durch die Abschaffung aller lokalen Sonderrechte.

Die Rezeption der Nationalstaatsidee war im deutschen Sprachraum zunächst uneinheitlich. Neben einer großen ersten Begeisterung für die Französische Revolution und den Sieg des aufgeklärten Menschengesistes über Rückständigkeit und Tradition gab es auch zurückhaltendere Beurteilungen, vor allem als das Ausmaß des jakobinischen Terrors bekannter wurde.

Im zentralistischen Frankreich konnte der Feudalismus durch einen Aufstand in Paris hinweggefegt werden. Die sprichwörtliche deutsche Kleinstaaterei bot hier ein viel größeres Hindernis. Das Aufflammen nationaler Gefühle in den anti-napoleonischen Kriegen bot eine unerwartete Grundlage für die Einigungsbestrebungen. Fortan waren Parolen wie „Einigkeit“, „Einheit“ und „in Treue zusammenstehen“ zu hören.



Nach dem Wiener Kongress 1815 wurde es für die Demokraten im neugebildeten Deutschen Bund immer schwieriger, für politische Freiheiten einzutreten. Eine reaktionäre anti-demokratische Welle durchlief die deutschen Fürstentümer, sodass das Ziel einer deutschen demokratischen Republik in immer weitere Ferne zu rücken schien. Die Frage der wirtschaftlichen Einigung hingegen ließ sich nicht von der Tagesordnung verdrängen. Zu sehr drückten die Zollschranken, und das Jammern über die deutsche Kleinstaaterei nahm kein Ende.

So kam es schließlich 1833 zur Gründung des Deutschen Zollvereins, dessen Ziel die Schaffung eines wirtschaftlichen Binnenmarktes und die Vereinheitlichung der wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen war. Seine politischen Grenzen waren denen des Deutschen Reiches von 1871

sehr ähnlich und präjudizierten schon die später so genannte „kleindeutsche Lösung“.

Das Paulskirchenparlament 1848 schaffte es nicht, diese wirtschaftliche Dynamik in Richtung einer politischen Vereinheitlichungsdynamik zu vertiefen. Dies hatte vor allem zwei Gründe. Zum einen scheute es davor zurück, einen revolutionären gewaltsamen Weg einzuschlagen. So wie man es in Frankreich trieb, wollte man es mehrheitlich nicht machen. Man setzte vielmehr auf Vernunft und die Kraft der Argumente. Unter den vielen deutschen Fürstenhäusern waren ja auch aufgeklärte Zeitgenossen, mit denen man reden und die man von liberalen Reformen zu überzeugen versuchen konnte.

Der andere Grund war die Diskussion darüber, wie das Habsburger Reich in die deutsche Republik integriert werden könnte. Es gab drei Lösungsansätze: die großösterreichische Lösung (Integration des kompletten Habsburger Reiches mitsamt den Teilen, die NICHT zum Deutschen Bund gehörten, was aus dem Deutschen Reich ein absolutes Schwergewicht in der Mitte Europas gemacht hätte – Schwarzenberg-Plan), die großdeutsche Lösung (Integration der Teile des Habsburger Reiches, die Teil des Deutschen Bundes waren) und die schon zitierte kleindeutsche Lösung (ein Deutsches Reich ohne Österreich). An diesem Streit zerbrach das Parlament und die österreichischen Abgeordneten zogen aus. Das verbliebene kleindeutsche Parlament hatte dann nicht mehr die Kraft, die erstrebten politischen Reformen durchzusetzen.

Bismarck gelang dann bekanntlich 1871 die Gründung eines kleindeutschen Reiches. Dieses befriedigte zwar die wirtschaftlichen Entwicklungsbedürfnisse der deutschen Unternehmerschaft, aber verweigerte die politischen Freiheiten und die Demokratie. Die gemeinsame sprachlich-kulturelle Einheit erkaufte es zum Preis des Ausschlusses eines wichtigen Teils des deutschen Kulturraums. Das Deutsche Reich war deshalb, anders als Frankreich oder die USA, tendenziell ein relativ labiles Gebilde ohne ein wirklich menschheitliches Ziel, das nur zusammengehalten werden konnte, solange es wirtschaftlich erfolgreich war. Friedrich Nietzsche kommentierte die Entwicklung nach dem deutsch-französischen Krieg und der Reichsgründung 1871, indem er angewidert von der „*Extirpation des deutschen Geistes durch das „deutsche Reich“*“² sprach.

Neben dem Deutschen Reich blieben am Ende im Wesentlichen drei große multiethnische, also nicht-nationale, nicht-demokratische Staaten in Europa bestehen: das Habsburger Reich, das Zarenreich und das Osmanische Reich.

1895: Europa auf dem Höhepunkt seiner Macht

Um die Jahrhundertwende schien Europa auf dem Höhepunkt seiner Macht zu sein. Europäische Staaten beherrschten große Teile der Welt. Die Kolonialreiche vor allem Großbritanniens und Frankreichs dominierten das wirtschaftliche, politische und militärische Geschehen. Belgien und die Niederlande waren ebenfalls wichtige Kolonialmächte, während

Nachzügler wie Italien oder Deutschland, die glaubten, ebenfalls Kolonien erwerben zu müssen, Schwierigkeiten damit hatten, „*einen Platz an der Sonne*“ (so die Formulierung Kaiser Wilhelms II.) zu finden. Mit der Monroe-Doktrin und der Befreiung der Philippinen von der spanischen Kolonialherrschaft unternahmen die USA gerade ihre ersten Schritte auf der internationalen Bühne, waren aber in Europa eigentlich noch nicht präsent, während sich das Zarenreich und das Osmanische Imperium gegenseitig belauerten und so daran hinderten, eine weltpolitische Rolle zu spielen.

Diese politisch-militärische Konkurrenzsituation zwischen einer überschaubaren Anzahl von Staaten stand in einem gewissen Widerspruch zur zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung. Dabei wuchs nicht nur der (sicherlich ungleiche) Warenaustausch zwischen den Kolonien und den Mutterländern, sondern auch der zwischen den verschiedenen europäischen Ländern. Und nicht nur der Warenaustausch wuchs, sondern auch die Kapitalverflechtungen. Das internationale Währungssystem stützte sich dabei auf den Goldstandard. Größere Transaktionen wurden mit Wechseln oder Banknoten abgewickelt, sodass die internationalen Handels- und Geldgeschäfte stark anwuchsen. Dies war so auffällig, dass einige Zeitgenossen in der Vorkriegszeit meinten, ein Krieg zwischen den europäischen Staaten sei unmöglich, weil alle Staaten empfindliche Einbußen an Wohlstand erfahren müssten, wenn diese wirtschaftlichen Verflechtungen wegbrechen würden.³

Das kapitalistisch durchorganisierte Wirtschaftsleben trägt in sich eine expansive, Grenzen überschreitende Tendenz. Es hat in sich die Neigung, zur Weltwirtschaft zu werden. Dies liegt nicht nur an dem Bestreben nach Gewinnmaximierung. Das mag für den einzelnen Unternehmer vielleicht ein Motiv sein. Dieser weltwirtschaftliche Charakter des modernen Wirtschaftslebens hat seine Ursache in der Arbeitsteilung und in der immer stärkeren Durchdringung der Produktions- und Verteilungsprozesse durch den erfinderischen Menschenggeist. Dieser hat potenziell einen universellen Charakter. Er greift mit Hilfe von Kapital in das Wirtschaftsleben ein und bildet es nach und nach um, sodass der Wirtschaftsorganismus immer mehr zum Weltorganismus wird.

Diese quasi natürliche Tendenz wird durch die Akkumulation und Konzentration des Kapitals vervielfacht. Große Konzerne, ja Kartelle, entstehen und bilden mit der politischen Elite Machtzentren, die in der Lage sind, politische Entscheidungen zu ihren Gunsten herbeizuführen. Wirtschaftliche Konkurrenz schlägt um in geopolitische Machtspiele, die immer stärker nach einer rein militärischen Logik aufgebaut werden.

Das wissenschaftliche und kulturelle Leben war bis zu diesem Zeitpunkt europäischer Natur. Seine Erzeugnisse, Musik, Literatur, Poesie, Malerei, Theaterkunst, Bildhauerei, Architektur, aber auch wissenschaftliche Forschungsergebnisse und technische Erfindungen, fanden überall in Europa, zumindest

2 Friedrich Nietzsche, Unzeitgemäße Betrachtungen

3 Vergleiche z.B. Norman Angell, *The Great Illusion* (1910)

bei den Gebildeten, die gleiche Bewunderung. Trotz sprachlicher Unterschiede erlebten die Menschen in den Erzeugnissen des menschlichen Geistes etwas Universelles, etwas, was jeden bereichern kann und was zum Erbe der gesamten Menschheit gehört. Nun wurde dieses Kulturleben in die nationalstaatliche Form wie eingezwängt. Sein universeller Charakter und seine auf Verständigung angewiesene Wirkung wurden zunehmend durch nationalistisches Pathos und den fanatischen Glauben an die Vorrangigkeit der eigenen Kultur, der eigenen Nation verdrängt. Der Glaube, dass es im „Kampf der Nationen“ eine „Auslese der Stärkeren“ gebe, auf die man sich vorbereiten müsse (Sozialdarwinismus), griff in ganz Europa immer mehr um sich. Die nationalstaatliche Idee entwickelte sich immer mehr in Richtung einer unauflöselichen Verschmelzung von wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Impulsen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das einen Weltwirtschaftsorganismus bilden wollende Wirtschaftsleben und das aus dem universellen Menschsein kommende Kulturleben im 19. Jahrhundert in eine begrenzte nationalstaatliche Form gepresst wurden. Nationalstaaten aber haben klare Grenzen. Wo Staat A ist, kann nicht Staat B sein. Was im Wirtschafts- und im Kulturleben kein großes Problem ist, das gegenseitige Sich-Durchdringen, das funktioniert im Rechts- und Staatsleben nicht.

Und so kam es wie es kommen musste. Die wirtschaftliche Verflechtungstendenz wurde zu militärischer Konkurrenz, und der kulturelle Universalismus wurde zum Sozialdarwinismus, zum Kampf der Stärkeren gegen die (vermeintlich) Schwächeren. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hielten die Politiker aller Nationen einen Krieg für unausweichlich, obwohl ihn keiner bewusst anzustreben schien. Ein relativ harmloser Zwischenfall, ein terroristischer Anschlag, reichte am Ende, dass aus Treueschwüren plötzlich Kriegsfrenten wurden. Ein aberwitziges Wechselspiel von Bündnisverpflichtungen und Mobilmachungsplänen führte zu einem der blutigsten Gemetzel, das die Welt bis dahin gesehen hatte. Europas Selbstbild als Krone der menschlichen Zivilisation zerbrach angesichts der Leichenberge seiner hingemetzelten männlichen Jugend. Viele Zeitgenossen sahen darin das Scheitern der europäischen Kultur und forderten einen Neuanfang. Aus diesem Erlebnis entsprangen die ersten Impulse der europäischen Einigung.

1918: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker (Woodrow Wilson)

Anfangs meinte man auf allen Seiten, dass die Feldzüge nur wenige Wochen dauern würden. „Weihnachten sind wir wieder zu Hause“, dachten viele Soldaten. Das erwies sich als große Illusion. Und je länger der Krieg dauerte und sich in einen Stellungskrieg verwandelte, desto ratloser wurden die Militärs und in ihrem Gefolge die Politiker. Mit dem Kriegseintritt der USA im April 1917 wurde klar, dass der Krieg für die Mittelmächte nicht mehr gewinnbar war. Es musste jetzt ein Weg zu Friedensverhandlungen gefunden werden. Dabei erblickte alle Welt im 14-Punkte-Plan des US-amerikanischen

Präsidenten Woodrow Wilson eine Ausgangsbasis, deren wesentlicher Kern das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ war.

Wie wir zu Beginn dieses Artikels gesehen haben, lebte in den US-amerikanischen Vorstellungen von nationaler Selbstbestimmung ein ganz bestimmtes Bild. Alle Völker sollten das Recht haben, sich nach demokratischen Prinzipien zu regieren. Wer ihnen dieses Recht verweigerte, stand zwangsläufig im Visier US-amerikanischer Außenpolitik. Dies betraf in Europa vor allem Österreich-Ungarn, das türkische Reich und das Zarenreich. Letzteres war gerade von der Bildfläche verschwunden, aber die beiden anderen waren aus amerikanischer Sicht Völkergefängnisse, die zerschlagen werden mussten. Die Neuordnung Europas auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zusammen mit dem Freihandel sollte einen dauerhaften Frieden bringen. Der Untergang dieser Nachkriegsordnung im Zweiten Weltkrieg zeigte, dass man zu kurz gesprungen war.

1919: Die Dreigliederung des sozialen Organismus (Rudolf Steiner)

Fast niemandem fiel damals auf, dass das nationale Selbstbestimmungsrecht in gemischten Siedlungsanlagen, wie sie vor allem im ehemaligen Österreich-Ungarn und auf dem Balkan vorherrschten, kein Weg zum Frieden ist. Letztendlich entschieden die Alliierten in Versailles nach geopolitischen Gesichtspunkten, wem das Selbstbestimmungsrecht zustand und wem nicht. Den Deutsch-Österreichern, die nun ohne ihr Habsburger Reich dastanden, wurde z.B. eine Volksabstimmung über einen Anschluss an Deutschland verweigert, ein Umstand, den sich Adolf Hitler später zu Nutze machen sollte. Die südslawischen Völker bekamen ein „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“, das die serbische Vorherrschaft nur schlecht bemäntelte und von Anfang an von den Kroaten und Slowenen angefeindet wurde. Oberschlesien wurde 1922 zwischen Deutschland und Polen geteilt, obwohl sich in einer Volksabstimmung eine Mehrheit für den Anschluss ans Deutsche Reich ausgesprochen hatte.

Rudolf Steiner, als Österreicher mit den Siedlungsverhältnissen in seiner Heimat vertraut, durchschaute sofort, dass das nationale Selbstbestimmungsrecht als Ordnungsprinzip in Europa nichts taugen konnte, ohne Anlässe zu weiteren Kriegen zu schaffen. Er plädierte stattdessen für eine radikale Entflechtung der nationalstaatlichen Strukturen: Die drei Bereiche des Wirtschaftslebens, des Kulturlebens und des politischen Lebens sollten sich jeweils komplett selbst verwalten. Die Wirtschaftsverwaltung sollte nicht als Ziel haben, den Unternehmen ein möglichst „wirtschaftsfreundliches“ Umfeld zu garantieren, sondern die Menschen ausreichend mit den notwendigen Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen („Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben“). Das Kulturleben sollte nicht mehr einseitig der Propaganda einer dominierenden Nationalkultur dienen, sondern es sollte allen Menschen ermöglichen, ihre jeweiligen kulturellen Impulse und Intentionen gleichermaßen

ausleben zu können („Freiheit im Geistesleben“). Und schließlich sollte das Rechtsleben, nunmehr befreit von den Verwertungszwängen aus der Wirtschaft und den Fanatismen aus dem Kulturleben, in demokratischer Weise alle Fragen regeln, die alle Staatsbürger in gleicher Weise angingen („Gleichheit im Rechtsleben“). Ein solcher Staat sollte nicht nach zentralistischen, sondern nach föderalen Gesichtspunkten aufgebaut sein.

Damals hat niemand verstanden, in wie grundlegender Weise eine solche Neuordnung dem Kriegswesen den Boden entzogen hätte. In den Wirren der Nachkriegszeit eine solche Neuorientierung im Sozialen vorgeschlagen zu bekommen, überforderte die meisten Zeitgenossen. Die Vorstellung einer vollständig selbstverwalteten, nicht nach nationalen Kriterien geordneten Gesellschaft rief heftiges Unverständnis hervor. Als die Dreigliederer in Oberschlesien 1921 eine Kampagne starteten und vorschlugen, Oberschlesien solle weder deutsch noch polnisch werden, sondern dreigliedert,⁴ waren handgreifliche Auseinandersetzungen mit militanten Nationalisten bei solchen Veranstaltungen an der Tagesordnung und gipfelten schließlich in einem Anschlag auf Rudolf Steiner, als dieser 1922 in München, wo die entstehende national-sozialistische Bewegung besonders stark war, einen Vortrag hielt.

Der steinige Weg zur politischen Vereinigung Europas

Im Folgenden zeichne ich kurz ein paar der wesentlichen Schritte im Zuge der politischen Integration Europas nach. Es kann an dieser Stelle kein vollständiges Bild gegeben werden, bei dem die Entwicklung ab Mitte der 1920er Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs nicht fehlen dürfte. Aber die Betrachtungen zum 19. Jahrhundert, das mit dem Kriegsausbruch 1914 endgültig zu Ende ging, sollten eigentlich ein ausreichendes Gefühl dafür gegeben haben, wie unterschiedlich das Verhältnis zwischen den drei Gliedern des sozialen Organismus sich gestalten kann und welche Dynamiken dabei entstehen können. Wir wollen uns im Folgenden einen Eindruck verschaffen, wie die „Integrationsisten“ mit dem Problem der Entschärfung des Nationalstaats umgingen.

1922: Die Vereinigten Staaten von Europa (Graf Coudenhove-Kalergi)

Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi war der Sohn eines österreichischen Diplomaten und einer Japanerin. Er war kein engstirniger Nationalist und hatte einen weltumspannenden Geist. Er erkannte früh, dass sich Europa einigen müsse, wenn es in Zukunft in der Welt neben den Machtblöcken der USA, des Commonwealth, der Sowjetunion und Chinas bestehen und seine Eigenart bewahren wolle.

Sein Vorschlag der Vereinigten Staaten von Europa war aber strukturell konservativ. Es war quasi der

⁴ Siehe z.B. „Aufruf zur Rettung Oberschlesiens“, 1.1.1921 (<https://www.dreigliederung.de/essays/1921-01-001-rudolf-steiner-aufruf-zur-rettung-oberschlesiens>)

Vorschlag eines europäischen Nationalstaates. Diese Idee konnte letztendlich nicht richtig Fuß fassen, weil es in der Perspektive eines engen nationalstaatlichen Denkens keine staatsfähige europäische Nation gibt. Nichtsdestotrotz rief Winston Churchills Rede in Zürich 1946, in der er sich für die Schaffung von „so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa“ aussprach, große Begeisterung im kriegszerstörten Europa hervor.

1943: Funktionalismus (David Mitrany)

Wie Coudenhove-Kalergi sah auch David Mitrany in der Machtkonkurrenz der Nationalstaaten die Hauptursache für Kriege. Andererseits glaubte er nicht daran, dass föderalistische Großprojekte wie ein Paneuropa oder gar eine Weltregierung zustande kommen könnten. Entweder sei der Föderalismus eine Illusion oder im Erfolgsfalle gar schädlich. Stattdessen befürwortete er schlanke funktionale Agenturen, die die internationale Kooperation auf allen technischen und wirtschaftlichen Gebieten sachbezogen durchführen sollten. Er meinte, Nationalstaaten würden sich nicht einfach so vereinigen lassen. Sie könnten sich aber stattdessen in supranationale Organisationen integrieren.

Er schlug deshalb vor, transnationale Organisationen mit engen Zielsetzungen zu schaffen, die sich flexibel dem jeweiligen Zweck und Entwicklungsstand anpassen lassen sollten. Sein Prinzip wurde deshalb auch „*form follows function*“ genannt und sein Ansatz als „*Funktionalismus*“ bezeichnet. Er beeinflusste mit seinem Buch „*A Working Peace System*“⁵ die frühe Diskussion um die Nachkriegsordnung in Europa.

1947: Die Truman-Doktrin und der Beginn des Kalten Krieges

Mit der im März 1947 verkündeten Truman-Doktrin beendeten die USA offiziell das Bündnis mit der Sowjetunion und versprachen fortan, „to support free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities or by outside pressures“. In diesem Zusammenhang entschlossen sie sich auch, beim Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Länder mitzuhelfen (Marshallplan 1948–1952). Mit der Zunahme der politischen Spannungen zwischen den USA und der UdSSR warben amerikanische Politiker immer stärker für ein militärisches Bündnis. Aus diesen Bemühungen ging 1949 die NATO hervor. Gleichzeitig befürworteten sie aber auch mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den freien Völkern in Europa. Sie dachten dabei an eine Art Zollunion, wie es sie seit 1944 zwischen Belgien, den Niederlande und Luxemburg gab (BeNeLux-Union), unter anderem auch, weil sie sich einen großen, nach einheitlichen Regeln funktionierenden Absatzmarkt wünschten, auf dem sie ihre Produkte abzusetzen gedachten. Inwieweit die USA die politische Union der europäischen Staaten befürworteten, ist unklar. Wenn man sich den Pragmatismus vor Augen hält, mit dem die USA

⁵ David Mitrany, *A Working Peace System* (1943)

in der Regel Politik machen, sollte man annehmen, dass die politische Integration Europas keine hohe Priorität besaß.

1950: Die „Methode Monnet“: Integration durch Vertragsänderung

Jean Monnet, der *spiritus rector* der (west-)europäischen Einigung, bezog hier eine mittlere Position. Er hatte schon während des Ersten, aber auch später während des Zweiten Weltkriegs ausgewiesene Erfahrungen im Bereich der internationalen, vor allem der britisch-französischen, Beziehungen sammeln können. Als er 1946 zum Leiter des *Commissariat général du Plan* wurde und die französische Wirtschaft reorganisieren sollte, stand er vor der Notwendigkeit, die französische Stahlindustrie massiv auszubauen. Er kam auf die Idee, die westeuropäische Montanindustrie zusammenzuschließen und gemeinsam zu bewirtschaften, und zwar unter Einbeziehung der deutschen Schwerindustrie. Sein entsprechender Plan ist dann 1950 als *Schumann-Plan* in die Geschichte eingegangen und war die eigentliche Geburtsstunde der institutionellen Vereinigung Europas. Er war der Vorsitzende der Schumann-Plan-Konferenz, die die Gründung der Montan-Union („Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, EGKS) vorbereitete, und wurde deren erster Präsident.

Die Institutionen der EGKS waren:

Organ	Besetzung	Funktion	wird in der EU zu
Hohe Behörde	9 unabhängige Mitglieder, von den Regierungschefs auf 6 Jahre ernannt	Alleiniges Initiativrecht	Europäische Kommission
Ministerrat	Ressortminister der einzelnen Länder	Beschlussfassung über wichtige Vorschläge der Hohen Behörde, Koordination der beschlossenen Maßnahmen auf nationaler Ebene	Rat der Europäischen Union
Gemeinsame Versammlung	78 Mitglieder, aus den nationalen Parlamenten ernannt	beratende Funktion	Europäisches Parlament
Gerichtshof	7 Mitgl., von den Regierungen auf 6 Jahre ernannt	Schiedsstelle	Gerichtshof der Europäischen Union
Rechnungshof	12 Mitglieder		Europäischer Rechnungshof

In dieser frühen Phase der europäischen Integration traute man den nationalen Regierungen nicht zu, wirklich „europäische“ Vorschläge zu entwickeln.

Deshalb lagerte man diese Aufgabe an die Hohe Behörde aus. In dieser stark von europäischem Geist durchdrungenen Behörde wurde die Integration Schritt für Schritt geplant. Die Regierungen mussten diese Vorschläge zwar mit Einstimmigkeit beschließen. Das war aber im französisch dominierten Nachkriegseuropa lange kein Problem.

Beim institutionellen Aufbau der Organe auf europäischer Ebene folgte man dem von Jean Monnet entwickelten Konzept „*der Dynamik in kleinen Schritten von nachhaltiger Bedeutung*“:

- Gemeinsame Interessen schaffen durch möglichst konkrete Integrationsprojekte
- Begrenzte Übertragung von realen Kompetenzen
- Die *finalité* wird nur nebulös bestimmt („Konstruktive Mehrdeutigkeit“)
- Ökonomische Instrumente als Mittel der politischen Integration
- Verknüpfung von konkreten Politikprojekten mit institutionellen Fortschritten
- Im Konsens getroffene „Eliten“-Entscheidungen statt polarisierender Mehrheitsentscheidungen
- Die europäische Einigung vor allem als Friedens-, nicht nur als Wirtschaftsprojekt
- Die deutsch-französische Freundschaft als Kern der europäischen Einigung⁶

Mit jeder Vertragsänderung wurde das Institutionengefüge dichter und zog mehr Kompetenzen an sich. So ist es im Wesentlichen bis heute geblieben. Und das hat die exekutivlastige Struktur der heutigen EU nachhaltig geprägt.

Der EuGH: Integration durch Vertragsinterpretation

Zur historischen Entwicklung gehört auch, an die Rolle des Europäischen Gerichtshofs zu erinnern. Er hat in der Vergangenheit durch viele Grundsatzurteile Einfluss auf den Integrationsprozess genommen. Insbesondere sei an zwei seiner Gerichtsurteile aus den Jahren 1963 und 1964 erinnert, die in der Rückschau als wegweisend beurteilt werden müssen und mit denen der Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Recht der Mitgliedsstaaten begründet wurde. Mit ihnen ist der besondere Charakter der EU als einziger internationaler Organisation mit Recht setzendem Charakter begründet worden.

Bei zwischenstaatlichen Verträgen ist es eigentlich so, dass die Vereinbarungen erst in nationales Recht umgesetzt werden müssen, bevor sie Rechtskraft erlangen. Werden diese nicht im vertraglich festgesetzten Zeitrahmen umgesetzt, kann der Staat vor dem Schiedsgericht verklagt werden, welches normalerweise mit dem Vertrag begründet wird. Im Urteil des Verfahrens „Van Gend & Loos ./. Niederländische Finanzverwaltung“ vom 5. Februar 1963 und mit der Costa/ENEL-Entscheidung vom 15. Juli 1964 (Rechtssache 6-64) entschied der Europäische Gerichtshof allerdings, dass das Gemeinschaftsrecht

⁶ Vgl. Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Jean Monnet: Mensch und Methode, Institute for Advanced Studies, Wien 2001, S. 7ff.

Vorrang gegenüber dem nationalen Recht hat. Die „vier Freiheiten“ sollten unmittelbar in jedem Staat gelten. Der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm kommentiert:

„Die Urteile verwandelten sie [die gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen, S.P.] von objektivrechtlichen Pflichten der Staaten, ihre Rechtsordnung den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben anzupassen, in subjektive Rechte der Wirtschaftsakteure. Offen blieb nach dem ersten Urteil, was bei einer Kollision zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht zu geschehen hätte. Diese Frage beantwortete das zweite Urteil, indem es für das Gemeinschaftsrecht Vorrang vor dem nationalen Recht beanspruchte, selbst vor dem höchsten nationalen Recht, der Verfassung. Ob eine Kollision vorlag oder nicht, entschied der EuGH, an den die nationalen Gerichte Vereinbarkeitsfragen überweisen mussten und an dessen Spruch sie dann gebunden waren. Fortan konnte der EuGH die Integration in die eigene Hand nehmen.“⁷

In der Folge hat der EuGH den Weg der Integration durch Vertragsinterpretation sehr erfolgreich weiter ausgebaut. Dies hatte aber „eine legitimatorische Kehrseite“:

„Während die negative Integration, also die Beseitigung nationaler Regelungen, auf administrativem und judikativem Weg erfolgt, ohne dass die politischen Organe Rat und Parlament intervenieren könnten, verlangt die positive Integration durch Setzung von Unionsrecht einen politischen Akt von Kommission, Rat und Parlament, für den die Konsensschwellen hoch liegen.“⁸

Diese Problematik drang lange Zeit nicht in das öffentliche Bewusstsein, was sich aber langsam ändert.

1990 - 2007: Vereinigung der beiden deutschen Staaten, Auflösung der UdSSR, Osterweiterung

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks lösten sich der Warschauer Pakt und der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ auf. Damit war der Weg frei dafür, dass die Länder Osteuropas in die EU und die NATO aufgenommen werden konnten. Die NATO-Osterweiterung fand im Wesentlichen in den Jahren 1999 bis 2004 statt, während die Osterweiterung der EU erst 2004 und 2007 passierte.

Aus heutiger Sicht muss man sagen, dass die USA die Vision vom „Gemeinsamen Europäischen Haus“, wie sie Michail Gorbatschow und Helmut Kohl vorgebracht hatten, nicht wirklich ernst genommen haben. In der post-sowjetischen Geopolitik der USA spielen die osteuropäischen Staaten wieder die Rolle eines Sperrriegels zwischen Europa und Russland, wie auch schon nach dem Ersten Weltkrieg. George Friedman bezeichnet diese Region, die vom Baltikum im Norden bis zum Balkan im Süden geht, blumig als „Intermarium“⁹, weil sie zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer liegt.

⁷ Dieter Grimm, „Europa ja – aber welches?“, Verlag C.H.Beck München 2016, S. 35

⁸ Dieter Grimm, a.a.O., S. 85, s.a. Fritz Scharpf, *Governing in Europe*, 1999, S. 43 - 83

⁹ <https://geopoliticalfutures.com/intermarium-three-seas/>

Sie betrachten die EU nicht als geopolitische Realität, sondern behandeln jeden Staat in der EU nach seiner eigenen geopolitischen Lage. Damit verstärken sie die Zentrifugaltendenzen in der EU.“

Die Krise der EU seit etwa 2005

Die beiden Wege der Integration durch Vertragsänderung und durch Vertragsinterpretation sind in der Vergangenheit zweifelsohne erfolgreich gewesen. Ihr Erfolg beruhte im Wesentlichen darauf, dass für gemeinsame Interessen transnationale Institutionen geschaffen wurden, die dem Zugriff der Nationalstaaten entzogen wurden. Solange dies nur ein kleines Spektrum der nationalen Kompetenzen betraf, war dies kein Problem. Aber als immer mehr Kompetenzen an die EU-Ebene abgegeben wurden, erzeugte dies zunehmend Missbehagen.

Zeittafel:

1951	Schumann-Plan, EGKS	
1957	Römische Verträge	EWG, EURATOM
1963	EuGH, Van Gend & Loos-Verfahren	Rechtsordnung sui generis
1964	EuGH, Costa/ENEL-Verfahren	Vorrang des EU-Rechts
1967	Fusionsvertrag	Zusammenlegung von EGKS, EWG und EURATOM zur EG
1972		Währungsschlange
1985	Einheitliche Europäische Akte	Vollendung des Binnenmarkts
1989	Delors-Bericht	empfiehlt dreistufige Einführung einer europäischen Währung
1992	Vertrag von Maastricht	Wirtschafts- und Währungsunion, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Unionsbürgerschaft, Streit-scheidungsverfahren
1997	Vertrag von Amsterdam	Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, Raum der Sicherheit und des Rechts
2001	Vertrag von Nizza	
2007	Vertrag von Lissabon	Stärkung des EU-Parlaments, Auflösung des Drei-Säulen-Modells und Ersetzung durch die Europäische Union

Die Probleme fingen an, als die Regierungen durch einen handverlesenen Verfassungskonvent eine „Verfassung für Europa“ ausarbeiten ließen und diese in einigen Ländern im Referendum abgelehnt wurde. Zu kompliziert und undurchschaubar erschien dieses Europa den Bürgern in Frankreich und den Niederlanden, als dass sie guten Gewissens hätten zustimmen können.

Das war nicht eine Ohrfeige für Europa, sondern für den bürokratischen Weg dorthin. Die Brüsseler Elite verstand dies aber nicht so, sondern ließ dann den ganzen ausgearbeiteten Verfassungsvertrag umarbeiten, sodass er auch auf dem klassischen intergouvernementalen Weg ratifiziert werden konnte.

Das war dann der Vertrag von Lissabon, der 2007 in Kraft trat.

Solche künstlich ausgedachten und bürokratisch in Gang gesetzten Institutionen sind nicht wirklich stabil, wenn „unvorhergesehene“ Ereignisse eintreten. Das erste dieser Ereignisse war die **Eurokrise** ab etwa 2010. Sie war eigentlich nicht unvorhersehbar, aber man wollte seinerzeit den Euro als politisches Symbolprojekt unbedingt haben und scherte sich nicht um die erkennbaren Mängel. So musste man erst die Mittel und Wege finden, um diese Krise zu bewältigen (was immer noch nicht ganz gelungen ist). Letztendlich waren es nicht die EU-Institutionen, sondern der klassische Weg der intergouvernementalen Verhandlungen zwischen den betroffenen Regierungen – Ausweg bot, aber auch schwere soziale Verwerfungen zwischen den beteiligten Staaten nach sich zog (Stichwort: reiche Nordländer, arme Südländer) und meiner Ansicht eine Hauptursache dafür ist, dass der Nationalismus in der EU an Boden gewinnen konnte.

Die zweite Bewährungsprobe war die **Flüchtlingskrise 2015**, bei der sich zeigte, dass die EU-Institutionen nicht die nötige Autorität haben, ihre Beschlüsse gegen nationale Alleingänge durchzusetzen. Es zeigt sich ganz praktisch, dass man den Nationalstaaten nicht ungestraft demokratisch einigermaßen legitimierte Kompetenzen entziehen kann, ohne etwas vergleichbar Legitimiertes auf EU-Ebene zu schaffen. Die Frage nach einer funktionierenden Kompetenzverteilung stellte sich hier ganz massiv.

Die dritte Bewährungsprobe ist die noch laufende **Brexit-Krise**. Auch hier steht die EU vor einem strategischen Problem. Ihr erklärtes Ziel in den Verhandlungen mit Großbritannien ist zu verhindern, dass es den Briten nach dem Brexit besser geht als vorher. Denn: das Selbstverständnis der EU beinhaltet, dass es den Mitgliedsländern in der EU besser geht als außerhalb. Das ist ihr ganzer, und leider auch: ihr EINZIGER Inhalt. Die Verhandlungen stehen unter dem Angststern, dass noch mehr Mitgliedsländer aus der EU austreten könnten, wenn das britische Beispiel erfolgreich wäre. Man muss sich schon fragen, wie stabil eine EU ist, die mit einer solchen Einstellung versuchen muss, ihre Mitglieder „bei der Stange zu halten“.

Das Demokratiedefizit in der EU

Im Hintergrund der EU-Krise steht der unelastische bürokratische Aufbau. Dieser ist aber letztendlich ein Ausdruck des Demokratiedefizits im institutionellen Gefüge. Organe, die ordentlich legitimiert sind und deren Zusammenspiel nicht in Hinterzimmern ausgedacht, sondern im öffentlichen Diskurs zwischen Fachwelt und Bürgerschaft festgelegt wurde, stehen in solchen Situationen anders da. Ihnen bringt man ein gewisses Vertrauen entgegen, mit dem sie in unvorhergesehenen Situationen auch Entscheidungen treffen können. Dass dieses Vertrauen fehlt, erkennt man an den vielen Regelungen und Ausnahmeregeln, mit denen die EU-Verträge überfrachtet sind. Man kann ja auch von nationalen Regierungen, die darauf vereidigt sind, Schaden von ihren Bürgern

fernzuhalten, nicht erwarten, dass sie von einer europäischen Ebene aus denken und handeln. Das ist das Grundproblem.

Es gibt eine wachsende Menge und Dichte an politischen Entscheidungen, die mittlerweile auf europäischer Ebene getroffen werden. Trotzdem hat sich an der wesentlichen Struktur der Institutionen, wie sie 1950 entstanden sind, nicht viel geändert. Mit dem Vertrag von Lissabon ist das Parlament zwar deutlich aufgewertet worden und in vielen Bereichen sind Mehrheitsentscheidungen auch im Rat möglich. Aber obwohl die Politik seitdem durch Kampagnen und Lobbyismus zivilgesellschaftlicher Organisationen beeinflussbarer geworden ist, klagen alle Beobachter der Brüsseler Welt über schwere demokratische Defizite. Die folgende Liste zeigt, in welcher Breite es Probleme gibt:

- die Exekutivlastigkeit der Entscheidungsprozesse,
- die direkte Vermischung von legislativen und exekutiven Funktionen im Rat,
- das nicht ausreichende Initiativrecht des Parlaments und das alleinige Initiativrecht der Kommission, die mit ihren Initiativen allein den integrations- und unternehmerfreundlichen Verträgen verpflichtet ist,
- die überstarke Rolle des Rats im Mitentscheidungsverfahren, die ihm – und in ihm einzelnen großen Mitgliedsstaaten wie Deutschland oder Frankreich – quasi ein Vetorecht gibt,
- die Festschreibung einer nicht-sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung in den EU-Verträgen,
- die schwere Veränderbarkeit der EU-Verträge,
- die Intransparenz der Verhandlungen im Rat und zwischen Rat, Parlament und Kommission (sog. Trolog-Verfahren),
- die durch die Wahl zum EU-Parlament letztlich nicht beeinflussbare Politik auf europäischer Ebene,
- der Gerichtshof, der mit seinen Entscheidungen allein den integrations- und unternehmerfreundlichen Verträgen verpflichtet ist
- usw.

Dies alles führt im Zusammenspiel dazu, dass die Politik auf europäischer Ebene durch demokratische Wahlentscheidungen kaum beeinflussbar ist. Die Kommission bringt die Initiativen ein, die sie für nötig hält und die durch Rat und Parlament in einem komplexen und teilweise sehr intransparenten Verfahren lediglich modifiziert oder abgelehnt werden können. Dies ist in seiner Unflexibilität und Intransparenz nicht vergleichbar mit den üblichen parlamentarischen Verfahren. Das Versprechen der parlamentarischen Demokratie besteht ja gerade darin, dass verschiedene Alternativen in einem transparenten parlamentarischen Prozess zur Diskussion stehen und nach einem ordentlichen deliberativen Prozess zur Abstimmung gestellt werden. Diesen kann der Wähler durch seine Wahlentscheidung beeinflussen, indem er Parteien bzw. Abgeordnete wählt, die seiner Weltanschauung am nächsten kommen. Jeder Abgeordnete kann theoretisch alternative Gesetzentwürfe einbringen.

Es ist sicherlich richtig, dass dieses Ideal heutzutage nicht mehr gut funktioniert. Das ist ja auch der Kern der Demokratiekrise bei uns und anderswo. Wenn bei einer Bundestagswahl das Wahlergebnis immer lautet: „Große Koalition“, dann muss man sich nicht wundern, dass die Wähler scharenweise der Wahl fernbleiben oder die Extreme wählen.¹⁰ Auf europäischer Ebene aber hat es so eine Art von parlamentarischer Demokratie nie gegeben, auch wenn man sich bei den verschiedenen Vertragsänderungen sehr bemüht hat, die verschiedenen Organe so aussehen zu lassen, wie die bekannten Organe der klassischen Parlamentsdemokratie („Parlament“, „Regierung“, „Föderalorgan“). Die Politik auf EU-Ebene koppelt sich also immer weiter von den Bürgerinnen und Bürgern ab. Die Menschen durchschauen das instinktiv und wenden sich deshalb von diesem Europa ab.

Andererseits klappt das Zusammenspiel der Institutionen in der EU nicht mehr richtig. Es gibt zu viele widerstreitende Interessen, die in zu komplexen Aushandlungs- und Abstimmungsverfahren unter einen Hut gebracht werden müssen. Dieses institutionelle Europa ist in entscheidenden Momenten führerlos und findet bei den Bürgerinnen und Bürgern immer weniger Vertrauen.

Die EU ist ein „Papiertiger“

Die Schön-Wetter-Phase der europäischen Integration ist vorbei. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich seit der Finanzkrise massiv verschlechtert. Es stimmt de facto nicht mehr, dass es allen in der EU immer besser geht. Es hat eine teilweise dramatische Auseinanderentwicklung in den Lebensstandards gegeben. Die Länder und Regionen in der EU haben in sehr unterschiedlichem Ausmaß an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung partizipieren können und wirtschaftliche Abwärtsentwicklungen hinnehmen müssen. Kann ein transnationales Gebilde, dessen einziges Ziel die Wohlfahrt seiner Mitglieder ist, überleben, wenn sich das wirtschaftliche Umfeld massiv verschlechtert und wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr parallel verläuft, sondern auseinander?

Seit einigen Jahren verschlechtert sich die Sicherheitslage rund um Europa immer mehr. Spätestens seit den Ereignissen in der Ukraine 2014/15 wurde deutlich, dass militärische Konflikte im allernächsten Umfeld aufbrechen können. Hierauf hat die EU keine Antwort. Zu unterschiedlich wird die Bedrohung in den Mitgliedsländern empfunden.

¹⁰ Nebenbei: Die ursprüngliche Idee der Gewaltenteilung bestand darin, dass die Regierung im Rahmen der Gesetze regiert und das Parlament die Gesetze macht. Nirgendwo stand, dass die Regierung immer zwingend eine Parlamentsmehrheit hinter sich haben muss, damit sie eigene Gesetzesvorhaben sicher durchs Parlament bringen kann! Diese Verschmelzung von Exekutive und Legislative im modernen Parlamentsbetrieb, die in keiner mir bekannten Verfassung vorgeschrieben ist, ist der eigentliche Grund dafür, dass der Parlamentarismus immer mehr ausgehöhlt wurde. Und ohne diesen Transmissionsmechanismus, mit dem Regierungsvorschläge automatisch zu Gesetzen werden, wäre auch die EU nicht denkbar. Nach wie vor kommen nämlich sehr viele Gesetze „aus Brüssel“ so zustande, dass die Regierungen in Brüssel im Rat etwas beschließen, was sie dann die Parlamente auf nationaler Ebene pro forma nachvollziehen lassen. Wenn man diesen Transmissionsautomatismus unterbrechen könnte, wäre der Demokratie auf nationaler UND auf europäischer Ebene schon sehr geholfen.

Zu unterschiedlich sind auch die Fähigkeiten, Ausstattungen und Traditionen der verschiedenen Sicherheitsorgane.

Wir haben es in der Flüchtlingskrise gesehen: Wenn es hart auf hart kommt, ist das Hemd näher als der Rock. Die Bürgerinnen und Bürger fordern dann von ihrem Nationalstaat den Schutz ein, den sie meinen nötig zu haben und den sie von Brüssel, aus welchen Gründen auch immer, nicht bekommen. Die EU hat, im Gegensatz zu den Nationalstaaten und trotz einer fast 70 jährigen gemeinsamen, über weite Strecken erfolgreichen Geschichte, zu wenig emotionalen Unterbau, um auch in Krisensituationen von den Bürgerinnen und Bürgern als Realität wahrgenommen zu werden. Die Tendenz, sich den nötigen Schutz über die Nationalstaaten zu organisieren, wird zunehmen.

Ein überaus symptomatisches Indiz dafür ist, dass mittlerweile in der Linken in vielen europäischen Ländern eine Debatte begonnen hat, welchen Wert linke Politik auf EU-Ebene noch haben kann. Linker Politik ist es immer darum gegangen, den Lebensstandard der Menschen zu schützen und zu verbessern. Dementsprechend haben sie über viele Jahre versucht, für ein „soziales Europa“ zu werben. Aber in der SPD, in den Gewerkschaften, bei Attac und auch in der Partei DIE LINKE findet gegenwärtig ein Umdenken statt. Man realisiert, dass das soziale Europa nicht kommen wird, weil dazu Vertragsänderungen nötig sind, für die gegenwärtig und auf lange Sicht keine Mehrheit unter den Mitgliedsstaaten zu erlangen ist. Stattdessen schlägt z.B. Lisa Mittendrein von Attac Österreich vor, „strategischen Ungehorsam“ zu praktizieren und auf nationaler Ebene das zu erkämpfen oder zu verteidigen, was gerade wichtig ist. Was ein Viktor Orbán kann, nämlich EU-Vorgaben national zu unterlaufen, das müsste auch mit einer linken Politik möglich sein.¹¹ Eine Illustration dieser Strategie erleben wir gegenwärtig (Dez. 2018) mit der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich, die es geschafft hat, Präsident Macron Zugeständnisse abzutrotzen, die es ihm verunmöglichen, das 3-Prozent-Kriterium bei der Staatsverschuldung einzuhalten. Und Frankreich wird dafür nicht sanktioniert werden, jede Wette.

Dies wird die EU-Institutionen und die „überzeugten Europäer“ in eine Orientierungskrise stürzen, denn auf das wachsende Gewicht der Mitgliedsstaaten sind sie strukturell (die Institutionen) und gedanklich (die Menschen) nicht vorbereitet. Folgende Entwicklungstendenzen werden sich in den nächsten Jahren stärker bemerkbar machen:

- Spaltung in eine mehr politische EU mit den historischen Kernländern, die weitere Integrationsschritte vereinbaren, sowie in eine mehr wirtschaftliche EU
- Bildung von regionalen Verbundräumen mit ähnlichen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen (Osteuropa, Südeuropa, Balkanregion)

¹¹ Attac Österreich, Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist, Mandelbaum Wien 2017, siehe auch das Interview mit Lisa Mittendrein auf dem Attac Kongress Anfang Oktober 2018 in Kassel: <http://kontext-tv.de/de/sendungen/warum-die-eu-nicht-zu-retten-und-ein-austritt-keine-loesung-ist>

- Lautlose Implosion und Re-Nationalisierung bei offiziellem Aufrechterhalten der Europa-Fassade
- Der wachsende Einfluss der deutschen Politik auf die EU wird zu einem Wiederaufleben der „deutschen Frage“ führen. Das Misstrauen gegenüber der deutschen Europapolitik wird wachsen.
- Der Euro wird nicht unmodifiziert bleiben können. Man wird einerseits immer stärker Richtung Bankenunion, European Monetary Fund und Eurobonds gehen, aber andererseits auch Austrittsmöglichkeiten oder Parallelwährungen zulassen müssen.
- Die Tendenz hin zu einer europäischen militärischen Verteidigungsstruktur wird zwar zunehmen, aber sie wird mehr oder weniger auf zwischenstaatlicher Basis außerhalb der EU aufgebaut werden und im Übrigen nicht nachhaltig zum Zuge kommen, solange das Misstrauen gegenüber Deutschland nicht bereinigt wird.
- Wenn es aber in Richtung einer starken Konfrontation mit Russland geht, dann ist auch denkbar, dass sich aus militärstrategischen Notwendigkeiten heraus ein weiterer zentralistischer Ausbau der EU ergeben könnte.

Was können wir tun?

Die EU wird sich verändern, ob sie will oder nicht. Ich finde es besser, Veränderungsprozesse bewusst zu gestalten als sie unbewusst zu erleiden. Leider ist die EU so konstruiert, dass sich grundlegendere Veränderungen nicht ohne Vertragsänderungen umsetzen lassen. An diesen haben die Regierungen, die Kommission und leider auch das aktuelle Parlament gegenwärtig kein Interesse. Und außerdem müssten am Ende alle Mitgliedsländer zustimmen, damit die geänderten Verträge in Kraft treten könnten, also ein sehr unwahrscheinliches Szenario. Die, die vielleicht wollten, die Bürger, dürfen nicht, und die, die könnten, wollen nicht.

Aus Dreigliederungssicht könnte man sagen: Die EU ist ein gemeinsamer Koordinationsausschuss der Regierungen der Mitgliedsländer, der diese dabei unterstützt, ständig in das nationale Wirtschafts- und Rechtsleben einzugreifen, um nationale Konkurrenzsituationen aufzulösen und Win-win-Situationen zu schaffen. Sie ist ein **Meta-Nationalstaat**, der nur funktioniert, weil er auf der Basis von echten Nationalstaaten ruht, über die er seine Legitimation bezieht und die die nötigen Exekutivorgane zur Verfügung stellen.

Wirtschaftsleben herauslösen

Ein Herauslösen des Wirtschaftslebens aus so einem Meta-Nationalstaat und der Aufbau einer europaweiten assoziativen Wirtschaft ist ein komplexes Unterfangen. Wenn man sich von dieser Komplexität nicht abschrecken lässt und sich gedanklich darauf einlässt, welche Schritte wohl erforderlich sein könnten, um in diese Richtung zu gehen, fällt mir u.a. Folgendes ein:

- Aufbau von assoziativen Prototypen, die Kraft ihrer fachlichen und moralischen Autorität in der Lage sind, echte Ordnungsfunktionen im Wirtschaftsleben auszuüben

- Aufbau von Verrechnungssystemen, die assoziative Prozesse unterstützen, mit denen man z.B. keine Aktien oder andere Wertpapiere kaufen kann
- Erfindung neuer Rechtsformen für Unternehmens- und Bodeneigentum, das die Unverkäuflichkeit der Ressourcen sicherstellt
- an zivilgesellschaftliche Initiativen anknüpfen, die in ähnliche Richtungen arbeiten (Solidarische Wirtschaft, Fairer Handel, Solidarische Landwirtschaft, Bodenreform, Komplementärwährungen usw.) und sich mit ihnen möglichst europaweit vernetzen

Keinesfalls wird es reichen, dass sich der Meta-Nationalstaat per Parlamentsbeschluss aus dem Wirtschaftsleben zurückzieht. Es ist nötig, dass mit einem gewissen Vorlauf Prototypen entstehen, mit denen wir uns die nötigen Fähigkeiten erbilden können, die es braucht, um ein Wirtschaftsleben assoziativ zu organisieren und zu ordnen. Das Herauslösen des Wirtschaftslebens aus dem Meta-Nationalstaat ist kein bloß institutioneller oder juristischer Vorgang. Es ist ein metakultureller Prozess, in dem eine genügend große Anzahl von Menschen gleichzeitig das Bedürfnis nach einer Ökonomie der Verbundenheit und die Bereitschaft zur Erbildung der nötigen sozialen Fähigkeiten verspüren muss. In dem Maße, wie daraus erfolgreiche Prototypen entstehen, wird erst die Notwendigkeit und die Möglichkeit entstehen, dass klassische Staatlichkeit ihre Ordnungs- und Steuerungsfunktionen zurückbaut.

Geistesleben herauslösen

Der Meta-Nationalstaat hat bis jetzt das geistig-kulturelle Leben nur peripher unter seiner Kontrolle. Das wird wahrscheinlich auch so bleiben bis auf die wirtschaftsnahen Bereiche des wissenschaftlichen und technischen Lebens. In jedem Fall gilt auch hier, dass das Geistesleben nicht dadurch frei wird, dass das Parlament oder die Regierung beschließt, sich aus der Finanzierung und Steuerung zurückzuziehen. Gerade das viel zitierte „Freie Geistesleben“ entsteht nicht auf Beschluss irgendeiner Regierung, sondern nur, wenn individuelle Menschen es aus innerer Selbstermächtigung und Selbstbefähigung für sich in Anspruch nehmen. Also auch hier drängt sich die Geste der **Herauslösung des Geisteslebens** aus dem Einflussbereich des Staates auf.

Allerdings stehen wir hier nicht mit so leeren Händen da wie im Bereich des Wirtschaftslebens. Europaweit gibt es viele hundert Freie Waldorfschulen, Ausbildungsinstitute und Hochschulen, die einen reichen Erfahrungsschatz haben, was Selbstverwaltung und Finanzierung von Einrichtungen im Geistesleben angeht. Hier wird es vor allem darum gehen,

- neben dem Aufbau weiterer freier Einrichtungen
- eine gleichberechtigte Finanzierung zu thematisieren
- und Öffnungsklauseln in Bereichen anzuregen, in denen der Staat sich bisher als alleinzuständig sieht (Öffnungsklausel meint, dass der Staat zulässt, wenn sich Bürgerinnen und Bürger selbstorganisiert um eine öffentliche Aufgabe kümmern).

Rechtsleben für die Initiative der Bürger und Bürgerinnen öffnen

All diese Aktivitäten stoßen dabei irgendwann auf das Rechtsleben. Die Notwendigkeit, Gesetze und Verordnungen zu verändern, damit reformerische Aktivitäten möglich sind, wird aber in der Regel von den Politikern nicht sofort verstanden. Es ist deshalb als drittes Arbeitsfeld für uns wichtig, für Durchlässigkeit im Rechtsleben zu sorgen. Hier stehen wir strategisch vor denselben Problemen wie alle anderen Bürger und Bürgerinnen auch. Für die EU müssen deshalb verschiedene institutionelle Reformen thematisiert werden:

- vollständige Transparenz und Öffentlichkeit aller Ratsitzungen und Trilogverhandlungen
- umfassendes Initiativrecht des Parlaments
- Direktwahl statt Ernennung der Ratsmitglieder
- Wahl der Kommission nach dem Konkordanzprinzip¹²⁾

Für einen europäischen Verfassungskonvent

Auf nationaler Ebene wird es reichen, sich für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zusammenzuschließen, wie es der Verein Mehr Demokratie in Deutschland in den letzten dreißig Jahren getan hat. Auf EU-Ebene reicht dies aber meiner Ansicht nach nicht aus. Um die EU-Institutionen aus dem Mief der bürokratisch-technokratischen Steuerung der letzten Jahrzehnte zu befreien und einer grundlegenden Reform in Richtung auf ein Europa der Bürger, Regionen und Kommunen zu unterziehen, schlagen zivilgesellschaftliche Organisationen wie Mehr Demokratie e.V. und DiEM25 einen Verfassungskonvent vor. Mit ihm sollen die Bürgerinnen und Bürger verbindlich und **für sie erlebbar** in die Bildung des neuen Europa einbezogen werden. Auf diesem Konvent soll öffentlich eine neue Verfassung für Europa erarbeitet und am Ende allen Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden.

Gerade die emotionale Bindung an diesen Reformprozess ist von allergrößter Wichtigkeit, denn es geht darum, diese neuen Institutionen stark im Herzen der Bürgerinnen und Bürger zu verankern, damit sie gleichberechtigt neben ihren emotionalen Bindungen an ihre Nationalstaaten einen Platz finden können. Das wäre dann eine Staatlichkeit, die sich ohne Revolution, Krieg oder Bürgerkrieg bilden würde.

Es muss in dem Verfassungskonvent darüber gesprochen werden, welche Aufgaben auf EU-Ebene angesiedelt werden sollen und welche nicht. Auch in den Nationalstaaten sollten wir uns für eine weitere Dezentralisierung und für die Stärkung der Regionen und Kommunen einsetzen.¹³

Das geistige Ziel Europas in der Welt

Die Auflösung der emotionalen Struktur, die immer wieder zum Nationalstaat drängt, ist ein komplexer Prozess, der nicht einfach durch kopfmäßige Einsicht, transnationale Integration oder soziale Dreigliederung quasi auf Knopfdruck stattfindet. Der Hinweis auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung zu Beginn des Artikels legt nahe, dass es auch eines geistigen Zieles bedarf, mit dem für jede Bürgerin und jeden Bürger inner- und außerhalb Europas deutlich ist, wofür Europa steht.

In Gesprächen mit Flüchtlingen von außerhalb Europas kann man immer wieder heraushören, was sie an Europa schätzen: Das sind vor allem ein zuverlässiges Rechtsleben und Demokratie, ein faires und um Nachhaltigkeit bemühtes Wirtschaftsleben und kulturelle Freiheit, Vielfalt und Toleranz. Das sollte Dreigliederer nicht verwundern! Europa hebt sich damit deutlich von den nur auf individuelle Freiheit ausgerichteten USA ab, aber auch von Russland und China, die beide auf je etwas unterschiedliche Weise größten Wert auf den individuellen Dienst an der Gemeinschaft und die Versorungsverpflichtung der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen legen.

Hier liegt eine große Herausforderung, aber auch eine Chance für die Dreigliederungsbewegung wie für Europa. Sollte es uns nicht gelingen, den Prozess zu einem gemeinsamen Europa geistig zu fundieren, dann werden die oben beschriebenen Szenarien langfristig nicht zu verhindern sein.

Es ist an der Zeit, dass sich die Menschen in Europa, die sich für Dreigliederungsinitiativen engagieren wollen, miteinander verständigen und vernetzen. Der Autor ist gerne bereit, hierfür als Anlaufstelle zu dienen.

Stefan Padberg, post@futur3.org

Stefan Padberg,

geboren 1959, ist in Freiburg (Breisgau) aufgewachsen und hat dort die Basisbewegungen der 1970er und frühen 1980er Jahre mitgemacht. Er studierte in Hamburg Informationstechnik und arbeitete als Ingenieur. Seit 2012 ist er freiberuflich als Webprogrammierer tätig. Die Finanzkrise brachte ihn 2007 dazu, sich verstärkt mit sozialökonomischen Themen und mit der Dreigliederungsidee zu beschäftigen. In diesem Zuge hat er beim Institut für soziale Gegenwartsfragen den Studiengang Sozialentwicklung mitgemacht und engagiert sich im Ausbau der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Stefan Padberg ist außerdem Leiter des Arbeitskreises Europa bei Mehr Demokratie e.V.

¹² Weitere Forderungen und ausführlichere Begründungen hierzu im Positionspapier von Mehr Demokratie e.V. „Europa neu denken und gestalten“ (https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Positionen11_Europa-neu-denken-und-gestalten.pdf)

¹³ Wie so ein Verfassungskonvent organisiert und strukturiert werden könnte, kann man dem ausführlichen Positionspapier von Mehr Demokratie e.V. „Für einen Europäischen Bürgerkonvent“ entnehmen (https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Positionen15_Konventsvorschlag.pdf)

Betrachtungen und Berichte

Das Ganze verstehen – und verändern: 50 Jahre Club of Rome

Roland Benedikter

Vom 16.-18. Oktober 2018 feierte der Club of Rome sein 50-jähriges Bestehen mit einer mehrtägigen Tagung an seiner Geburtsstätte Rom. Der Club of Rome ist seit seiner Gründung 1968 eine der einflussreichsten Wissenschaftsvereinigungen der Welt. Er hat 102 Vollmitglieder aus allen Wissenschaftszweigen, 63 Ehren- und assoziierte Mitglieder und tausende Sympathisanten. Sein Hauptsitz ist in Winterthur in der Nähe von Zürich. Der Club of Rome hat das Ziel, das Ganze der Weltentwicklung zunächst immer wieder in der Zeitlage zu erkennen, dann im Kontext zu erklären und in der Vorausschau zu deuten, um schließlich das Gefundene weiterzugeben, damit es bestmöglich für alle steuerbar wird. Diese Aufgabe muss immer wieder neu erfüllt werden, und zwar in immer kürzeren Abständen, weil sich die Welt immer rascher verändert.

Dazu veröffentlicht der Club regelmäßig seine weit über Wissenschaftsgrenzen hinaus gelesenen „Berichte an den Club of Rome“. Von diesen wurden viele Bestseller und gehören mittlerweile zum kulturellen Allgemeingut – angefangen vom ersten, den „Grenzen des Wachstums. Eine Studie zur Lage der Menschheit“ aus dem Jahr 1972. Der Bericht befasst sich, beispielgebend für die späteren Disziplinen transdisziplinärer Szenario-Entwicklung und feldübergreifender strategischer Antizipation, mit der Weltwirtschaftsentwicklung und ihren Auswirkungen auf den ökologischen Haushalt der Erde. Von diesem Bericht, der das Vorbild für viele weitere wurde, verfasst von einem internationalen Wissenschaftsteam um den norwegischen Wirtschaftswissenschaftler Jorgen Randers, wurden 30 Millionen Kopien verkauft. Er gehört bis heute zu den wichtigsten Sachbuchbestsellern, und der Club of Rome erhielt dafür den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Zu den jüngsten, meist in Buchform veröffentlichten „Berichten an den Club of Rome“ gehören „Die neuen Grenzen des Wachstums“ (1992), „2052: Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Vorausschau auf die nächsten 40 Jahre“ (2012), „Der Seneca Effekt: Warum Wachstum langsam, Zusammenbruch aber

schnell erfolgt“ des Florentiner Naturwissenschaftlers Ugo Bardi, und „Come on!“ (2018) von Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman, ein leidenschaftliches Plädoyer an die Jugend zur positiven Bewältigung der globalen Umwelt- und Vertrauenskrise. Ökologie, Wirtschaftssystem und Energie gehören in den kommenden Jahren untrennbar zusammen – obwohl viele Gegenkräfte heute mit dem Ziel am Werk sind, diese Sektoren wieder stärker zu trennen und damit die Gesamtentwicklung in Richtung transnationalen ökosozialen Verfalls mittels Renationalisierung und (scheinbarer) Entglobalisierung zu trimmen.

Klar wurde an den drei Festtagen in Rom (zunächst an der Vatikanuniversität LUMSA und dann am ehrwürdigen Institutum Patristicum Augustinianum im Vatikan mit Blick auf den Petersplatz) vor allem eines, wie die Redner vor den mehr als 400 anwesenden Mitgliedern, Politikern und Wirtschafts- und Kirchenführern, darunter Roms Bürgermeisterin Virginia Raggi, Italiens Umweltminister Sergio Costa und Vizeminister für Erziehung Lorenzo Fioramonti, übereinstimmend hervorhoben: Man kann das Ganze nur mehr aus dem Einzelnen, und das Einzelne nur mehr aus dem Ganzen heraus verstehen. Dazu ist viel mehr Inter- und Transdisziplinarität in viel weniger statischer und viel mehr dynamischer Weise als bisher notwendig – weit über die bis heute weiterwirkende, aber längst von immer komplexer ineinandergreifenden Entwicklungen überholte Segmentierung traditioneller akademischer Einteilungen hinaus. Fakt ist: Der hermeneutische Zirkel ist von einer Philosophie zur politischen Welttatsache geworden – wie es der Club of Rome seit 1968 vorhersagte. Und: Das Ganze versteht und lenkt nur gut, wer statt des heute in allen Bereichen modischen „Es gibt keine Grenzen, du kannst alles“ gerade sinnvolle Grenzen erkennt: Grenzen des Planeten, der kein leerer und offener, sondern ein voller und begrenzter Raum ist. Grenzen des Wachstums und der Ausbeutung, nicht nur zwischen Systemen, sondern auch zwischen Menschen. Grenzen der Machbarkeit. Und schließlich auch Grenzen des Menschen selbst, wenn er menschlich bleiben und sich erkennen will.

Dabei gehören für den Club of Rome fünf Kernthemen untrennbar zusammen, will man die Lage der Menschheit erkennen und einen Ausweg finden: Bewältigungsstrategien für den Klimawandel, Entwicklung einer transnational nachhaltigen, kreislauforientierten neuen Weltwirtschaftsordnung (green economy, blue economy), erneuerbare Energien, sozio-politische Integration und eine neue, wissenschaftsgestützte, transkulturelle und transreligiöse globale Ethik für das Anthropozän (als deren Laboratorium sich der Club selbst versteht, was sich auch in der Wahl des neuen 12-köpfigen Vorstands mit Mitgliedern aus China, Afrika, Mittelamerika und Japan widerspiegelt). Diese fünf Themen definieren erst in ihrem Zusammenspiel nicht nur Regulierungs- und Regierungsnotwendigkeiten, um der Menschheit größere katastrophale Umbrüche zu ersparen, sondern sie definieren in ihrem Wechselspiel auch ganz konkret die Menschlichkeit der vor uns stehenden Weltentwicklung.

Manche Spötter halten den Ansatz, Menschlichkeit mittels Wissenschaft mit weitem Horizont anzustreben, noch immer für eine sich selbst bespiegelnde Schöngesteuer. Die ganzheitliche Arbeit des Club of Rome ist aber kein Luxus, sondern Notwendigkeit in einer immer enger zusammenrückenden Welt, und sie hat sehr konkrete Konsequenzen. Was noch immer zu wenige wissen: Der Club of Rome war im Lauf seiner 50 Jahre direkt oder indirekt – über seine Mitglieder – an vielen wichtigen Erkenntnis- und Politikinitiativen beteiligt und stand bei der Gründung ausschlaggebender Institutionen (mit Pate. Darunter sind, wie Gunther Pauli darstellte, das Weltwirtschaftsforum Davos und die Universität der Vereinten Nationen.

Fazit? Wer immer noch, wie manche „klassische“ (neoliberale) Wirtschafts- und Politikwissenschaftler, aus einer mittlerweile angesichts zunehmender Umwelt-, Finanz-, Politik- und Solidaritätskrisen schwer erklärbar Überlegenheitsphantasie und Hybris, den Club of Rome für „überholt“ erklärt, irrt sich gründlich – und ist selbst überholt. Die Blicke der Mitglieder und Gäste auf den ganzen Planeten, seinen Zustand und die Szenarien seiner Entwicklung, sowie die Bereitstellung ebenso praktischer wie pragmatischer Methoden, systematischer Lesewerkzeuge und systemischer Steuerungsinstrumente für Politik und Wirtschaft zeigte in Rom, dass die Epoche des Club of Rome jetzt gerade erst beginnt – und dass die größten Prüfungen nicht weit vor uns liegen.

Der Club of Rome der 1960er und 1970er Jahre war dem Zeitbewusstsein voraus. Was er seit damals in insgesamt 46 größeren und zahllosen kleineren Berichten zur Notwendigkeit eines Um- und Neudenkens in Grundansätzen unseres Wirtschafts-, Politik-, Sozial-, Technologie-, Kultur- und Demographie-Denkens vorgelegt und angeregt hat, beginnt erst heute angesichts zunehmender Brüche und Katastrophen ins breitere Alltagsbewusstsein einzudringen – und zwar gegen eine allpräsenziale mediale Werbungs- und Verdummungsmaschinerie, die das immergleiche Sorglose zur Norm erklärt, Transdisziplinarität als Zerstreuung interpretiert und den Blick auf das Weltganze zum ziellosen Herumirren in einer leeren Scheinwelt propagiert, in der nur Konsum „glücklich“ machen soll. Wenn Vertreter „klassischen“ akademischen Wirtschaftsdenkens noch heute in Grundeinführungen propagieren, Egoismus sei gut und es gebe eine „unsichtbare Hand der Märkte“, die das Ganze alternativlos lenke, dann steuern sie die neuen Generationen gegen eine Wand – was keineswegs das unausweichliche Ziel sein muss – auch jetzt noch nicht.

Es gilt aber zu handeln, das betrifft besonders die Jugend. Um sie dabei zu unterstützen, hat der Club of Rome 2015 eine neue Jugendorganisation mit Sitz in Berlin gegründet, die für „Menschen um die 30“ bestimmt ist. Ihr Motto ist: „Die Zukunft ist jetzt!“ Manche der offenbar noch immer existierenden „neutralen“ Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler werden in den kommenden Jahren lernen müssen, dass sie wissenschaftliches Engagement für eine bessere Welt auf empirischer Grundlage nicht ver-

lachen sollten – sitzen sie doch mit in einem Boot, das sie selbst mit ihren Ansätzen gefährlich ins Schlingern gebracht haben. ■

Roland Benedikter

ist Co-Direktor des Zentrums für Höhere Studien von Eurac Research Bozen, Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław-Breslau und Vollmitglied des Club of Rome.

Materialien zum Club of Rome

Unter den im Folgenden angegebenen Internetadressen finden sich vielfältige Informationen über den Club of Rome, darunter zahlreiche frei verwendbare Videomitschnitte von Vorträgen und Reden sowie Fotos.

Geschichte und Meilensteine:

<https://www.clubofrome.org/about-us/history/> (mit zahlreichen Fotos)

Präsentationen bei 50-Jahre-Konferenz in Rom:

<https://www.clubofrome.org/2018/10/20/50th-anniversary-conference-of-the-club-of-rome/> (mit zahlreichen Youtube-Videos)

<https://50thclubofrome.com/en/summit/>

https://50thclubofrome.com/wp-content/uploads/2018/09/ClubOfRome_Program-Final2709.pdf

Die Zukunft ist jetzt!

https://50thclubofrome.com/wp-content/uploads/2018/10/programma_eventi.pdf

<https://www.clubofrome.org/2018/10/20/50th-anniversary-conference-of-the-club-of-rome/>

<https://50thclubofrome.com/en/come-on/>

Veränderung ist machbar:

Ein neuer Bericht des Club of Rome:

<https://www.clubofrome.org/> (Dort Download des Berichts)

46 Berichte des Club of Rome:

<https://www.clubofrome.org/activities/reports/>

Freigeld und Bodenreform: Theorie und Praxis von Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik 1919

Helmut Woll

Der Silvio Gesell-Experte Werner Onken hat ein kleines Buch über Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik (2018) vorgelegt. Gesell war eine Woche lang im Jahre 1919 Volksbeauftragter für das Finanzwesen. Damit hat Onken eine wichtige Forschungslücke geschlossen. Das Buch hat die sozialreformerische Theorie und Praxis der Freigeldlehre und der Bodenreformpolitik im politischen Umfeld der Rätebewegung zum Gegenstand.

Die Rätebewegung war eine ‚Weltsekunde‘, als Träumer und Dichter die Macht übernahmen: Kurt Eisner, Ernst Niekisch, Ernst Toller, Erich Mühsam, Gustav Landauer, Silvio Gesell etc. Träumer ist hier durchaus respektvoll gemeint. Das Finanzwesen wurde dem Kaufmann und Sozialreformer Silvio Gesell übertragen. Er vertrat eine Freigeldlehre und forderte eine radikale Bodenreform. Es ging um eine Position zwischen Sozialismus und Kapitalismus, eine Marktwirtschaft ohne Ausbeutung.

Ausgangspunkt war seine Geldtheorie. Geld bzw. Kapital wird hier als ein mobiles Gut betrachtet, das den beiden anderen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit aufgrund seines Mobilitätscharakters weit überlegen ist. „Da das Geld in seiner bisherigen Form im Gegensatz zur menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen vorübergehend hortbar und obendrein universal, d.h. an jedem Ort und zu jeder Zeit einsetzbar ist, haben Geldbesitzer unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und Hautfarbe einen strukturellen Vorteil, der dazu führt, dass ihnen ein leistungsloses Einkommen in Gestalt des ‚Urzinses‘ (Gesell) oder, wie es der berühmte Ökonom John Maynard Keynes später ausdrückte, einer ‚Liquiditätsverzichtsprämie‘ zufließt.“ (Onken 2018/S.19) Um dies auszugleichen, sollte die Geldmenge jedes Jahr um 5 bis 6 Prozent gekürzt werden, dann wäre die Wirtschaft wieder im Gleichgewicht. Geld sollte also ‚rosten‘. „Die Geldscheine sollten zum Erhalt ihres Nennwertes in periodischen Zeitabständen mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden. Dadurch würde der bisherige Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber Arbeit und Waren kompensiert und das Geld neutralisiert – sowohl im Hinblick auf Art und Umfang der Produktion als auch im Hinblick auf die Verteilung.“ (Onken 2018/S.20)

Es ging Gesell um eine gerechte Ordnung des Geldwesens. Die strukturelle Macht des Geldes und des Zinses sollte gewaltlos gebrochen werden. Die Geldreform sollte von einer Bodenreform ergänzt werden. Gesell ging davon aus, dass die Erde allen Menschen gehört und dass Privateigentum an Grund und Boden deswegen abzulehnen sei. Es sollte sukzessive in Gemeineigentum überführt werden, die öffent-

liche Hand sollte dann für die Verteilung von Grund und Boden zuständig sein. Private Nutzungsrechte sollten gegen Entgelt vergeben werden – das alles, um die Spekulation mit Grund und Boden zu beenden. Damit wäre beim Geld und beim Boden das leistungslose Einkommen abgeschafft. „Sobald es im Zusammenhang der Menschen unmöglich wird, leistungsloses Einkommen zu beziehen, weil die bislang privatisierten Bodenrenten allen Menschen zu gleichen Teilen zufließen und die positiven und negativen Abweichungen der Zinsen von null sich gegenseitig neutralisieren, erhalten alle Arbeitenden ihren ausbeutungsfreien vollen Arbeitsertrag. Die Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte könnten dann in ihr Gleichgewicht kommen und sich dabei auch qualitativ verändern.“ (Onken 2018/S.21)

Gesell forderte eine Vermögenssteuer, um die gesellschaftliche Ungleichheit einzudämmen, zudem sollte die Wirtschaft nicht auf den Schultern von Großkonzernen und Großbanken liegen, sondern auf einer mittelständischen Privatwirtschaft. Gesell, der Erfinder des Schrumpfgeldes, bot somit eine strukturierte Alternative zum Sozialismus und zum freien Kapitalismus. Es ist evident, dass dieses Programm von allen Seiten vehement bekämpft wurde. Die Sozialisten sahen darin eine utopische Ideologie zur Rechtfertigung der kapitalistischen Ausbeutung, da Gesell am Privateigentum an den Produktionsmitteln festhielt. Die Liberalen zweifelten an der Realitätstüchtigkeit des Konzeptes.

Politisch scheiterten die Reformvorschläge in ganz kurzer Zeit. Gesell wurde verhaftet, aber nicht verurteilt. Seine Gesinnungsgenossen erhielten Haftstrafen. „Unterdessen verurteilte das Standgericht Ernst Toller, Erich Mühsam und Ernst Niekisch zu langen Haftstrafen. Als einer der Anführer der Münchener Räterepublik wurde Erich Mühsam zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt.“ (Onken 2018/S.75) Kurt Eisner fiel einem Attentat zum Opfer.

Es stellt sich nun die Frage, wie die Reformideen von Silvio Gesell wissenschaftlich zu bewerten sind. Gibt es einen Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber der Arbeit? Oberflächlich betrachtet, ja. Das Geld ist beweglich, beliebig transferierbar, ein homogenes Gut also. Die Arbeit ist eher unbeweglich und kaum standardisierbar. Somit hätte das Geld wirtschaftlich einen Vorteil und die Arbeit ist benachteiligt. Es stellt sich aber die Frage, was Geld ist? Es repräsentiert den Wert von Waren, der erarbeitet wurde, also ohne Arbeit kein Geld. Somit ist die Schlüsselkategorie für die Wirtschaft nicht, wie Gesell meinte, das Geld, sondern die Arbeit. Sie ist letztendlich für den Reichtum verantwortlich, Geld ist dabei ein wichtiges Hilfsmittel, das in seinen Funktionen gebraucht und missbraucht werden kann. In Inflationszeiten haben die Geldbesitzer sogar massive Nachteile gegenüber den Besitzern von Arbeitsplätzen oder Immobilienbesitzern.

Geht man davon aus, dass der Wert der Waren von den abgeleisteten Arbeits- und Materialkosten abhängt, dann sinken die Werte im Zeitablauf durch die Steigerung der Produktivität. Jedes Jahr können

die Waren billiger hergestellt werden. Da das Geld die Erscheinungsform des Wertes ist, müsste sich diese Entwertung im Geld widerspiegeln. Das Geld hat aber die Eigenschaft, die hinter ihm liegenden ökonomischen Prozesse nur abstrakt zu erfassen, so dass man dem Geldschein die Entwertung nicht ansehen kann. Man darf die Banknote nicht für den Wert selbst halten. Sie ist nur eine Erwartung, mit ihr in Zukunft einen Kauf tätigen zu können. Bei Inflation kann man dabei aber herbe Enttäuschungen erleben, was den Wert der Banknote betrifft. Gesell hat das ‚Rosten‘ des Geldes zwar erkannt, aber falsch begründet.

Überzeugender sind die Ausführungen von Gesell zur Bodenreform. Der Boden gehört allen Menschen, so ist eine rein privatwirtschaftliche Nutzung schwer zu begründen. Die Probleme liegen hier auch heute auf der Hand. Wir haben immer weniger landwirtschaftliche Flächen, völlig überhöhte Immobilien- und Mietpreise. Hier sind auch grundlegende, nichtliberalistische Lösungen gefragt!

Onken weist in seiner kompetenten Analyse zu Recht darauf hin, dass die geldtheoretischen Positionen von Gesell in der letzten Zeit an Aufmerksamkeit gewonnen haben. So beziehen sich die Vertreter von Regionalwährungen auf Gesell und die Praxis von Wörgl. Durch die Nullzinspolitik der europäischen Zentralbank ist die Frage nach einem Negativzins wieder aktuell. Michael Ende hat in seinem Buch ‚Momo‘ ausführlich auf die Zinsproblematik hingewiesen. „In einem Brief hat Michael Ende bestätigt, ‚dass die Idee des ‚alternden Geldes‘ im Hintergrund meines Buches ‚Momo‘ steht. Gerade mit diesen Gedanken Steiners und Gesells habe ich mich intensiver beschäftigt, da ich zu der Ansicht gelangt bin, dass unsere Kulturfrage nicht gelöst werden kann, ohne dass zugleich oder sogar vorher die Geldfrage gelöst wird.“ (Onken 2018/S.94)

Das vorliegende kleine Buch bietet eine breite Information über ein Spezialproblem der Münchener Räterepublik. Es setzt sich sowohl mit der faschistischen Parole der Brechung der Zinsknechtschaft kritisch auseinander als auch mit skeptischen Stellungnahmen von Thomas Mann oder Max Weber zum Rätgedanken. ■

Literatur: Onken, Werner: Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik. Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen im April 1919, Oldenburg, Mai 1918

Helmut Woll, * 14. Mai 1950 in Illingen. Studium der Wirtschaftspädagogik, Ökonomie und Soziologie in Saarbrücken und Bremen, wo er 1978 promovierte. Woll lehrte seither an einer Reihe von Universitäten, war 3 Jahre Mitglied des Gründungsausschusses der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Witten/Herdecke, Leiter eines Forschungsprojekts Ökonomieausbildung und Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Freiburg. 1987 Habilitation an der Universität Oldenburg, wo er seitdem als Privatdozent tätig ist. Forschungsschwerpunkte: Konzentrationstheorie, Menschenbild in der Ökonomie und Wirtschaftspädagogik.

Dreigliederung für alle?

Eine Antwort auf den Artikel von Matthias Wiesmann im letzten Heft

Michael Wilhelmi

Lieber Matthias Wiesmann, Du sprichst mir mit Deinem Artikel: Soziale Dreigliederung für alle? aus dem Herzen. (deshalb „Du“!) Schon auf dem Berliner Netzwerk Dreigliederungstreffen vor drei Jahren stellte ich die Frage, ob wir nicht stärker teilnehmen könnten an den aktuellen Auseinandersetzungen über Zeitfragen und ob man sich gar vorstellen könne, dass andere schon viel weiter sind als wir mit konkreten Entwicklungen? Damals erhielt ich keine Antwort. Die kam vier Wochen später durch Hermann Seiberth mit „Reinventing Organisations“ von F. Laloux, der 12 Großbetriebe untersucht hatte, die so modern arbeiten, wie Steiner das in den Kernpunkten beschreibt, weil Hierarchie abgebaut und jeder beteiligt ist und auch die erwähnte Frage „Demokratie in der Wirtschaft“ sachlich behandelt wird.

Nach meiner Beobachtung haben die aktiven Anthroposophen zuerst die Freiheit ergriffen und überall Einrichtungen gegründet. Der zweite Schub kam dann vor 30 Jahren zur Gleichheit des Rechts durch die dreistufige Volksgesetzgebung, die heute endlich sogar in der CDU angekommen ist, zum Bundesvolksentscheid in der BRD. Auch bei Mehr Demokratie machen leider nur wenige Anthroposophen mit, weil die „Politik“ durch den „widerrechtlichen Fürsten dieser Welt“ so stark deformiert und deshalb emotional so belastet ist, dass sensible Gemüter sich lieber abwenden. Die politische Autorität ist aber heute auch im Abgesang. (Ex-Bundestagspräsident Lammert: 4% glauben noch, dass die Politiker etwas ausrichten können, 2% glauben das von den Bankern, da sind wir doch noch 100% besser!) Der dritte Schub zur brüderlichen Ökonomie kommt erst heute nach der Krise von 2008 als allgemeine Herausforderung ins Bewusstsein: 90% der Österreicher, 89% der Deutschen wünschen sich ein anderes Wirtschaftssystem!! (Bertelsmann) Dass Wirtschaft, wie Du schreibst, immer noch aus Distanz wahrgenommen wird, hängt m.E. noch mit unserer griechisch-bürgerlichen Kulturtradition zusammen, da machten das Sklaven und Händler. Auch das beginnt sich heute zu ändern, in einer Zeit, in der es viel zu wenige Bauarbeiter gibt! (Muss jedes Kind unbedingt Abitur machen?)

Dass die Menschen heute von unseren Ideen lange nicht mehr so entfernt sind, sehe ich auch: Die Räte tauchen wieder auf in Form von Ernährungsräten, die von der Klima- über die Tier-, Pflanzen-, Boden- und Gesundheitsfrage in einem Kristallisationspunkt die Politik auf Vordermann bringen wollen, lauter junge Leute, warum da nicht mitmachen? Im leer stehenden Tempelhofer Flughafen bietet der Senat der Zivilgesellschaft Räume an: thf Vision: Freie, kreative Bildungsinitiativen, radikale Gleichberechtigung, solidarisches Wirtschaften. Frau Rasfeld, ev. Schule Mitte: Schüler müssen

lernen zu handeln, zu denken und zu kooperieren. („EduAction“!) Joachim Weckmann hat eine Assoziation aus 15 Berliner Bäckereien und den bio-dynamischen Landwirten Brandenburgs gegründet: Zweimal im Jahr gibt es Treffen, bei denen die Bäcker ihren Bedarf anmelden und die Bauern den Preis nennen, den sie zum Leben brauchen. Im „Modell“ Forum Kreuzberg leben demnächst 200 Wohngenossen, stimmen alles gemeinsam ab und erwirtschaften 80.000 Euro Schenkungsgeld für unsere und andere Kulturprojekte. Die jährlichen Berliner Wandelwochen führen Interessierte durch alle Betriebe und Projekte, die sich auf den Weg zur solidarischen Wirtschaft gemacht haben. Und nicht zu vergessen Christian Felber, der in der Böll-Stiftung vor 200 Menschen sprach und mit der Gemeinwohlökonomie in der ganzen Welt unterwegs ist.

Vielleicht ist das ein kleiner „Forschungsblick“ auf die hiesigen gegenwärtigen Entwicklungen, die gerne ergänzt werden könnten. Deinen Artikel werden wir demnächst in unserer sozialwissenschaftlichen Arbeitsgruppe bearbeiten. Ich bin gespannt, wohin uns das bringt. ■

Michael Wilhelmi

Dreigliederung in der Artabana Bewegung entdecken

Michael Schreyer

Der Beitrag von Matthias Wiesmann „Soziale Dreigliederung für alle?“ (Nr.3/18) hat mich angeregt, einen Blick auf die Artabana Bewegung zu werfen, auf den Spuren der Dreigliederung, die ganz aus der Sache heraus entstanden ist. Vielleicht ist es als praktisches Beispiel für die Leserinnen und Leser der Sozialimpulse von Interesse.

Artabana Solidargemeinschaften im Gesundheitswesen entstanden in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Schweiz und bald darauf auch in Deutschland. Aktuell umfasst die Bewegung in Deutschland ca. 300 lokale Solidargemeinschaften mit 3.000 bis 3.500 Mitgliedern, die sich in 25 Regionen zusammengeschlossen haben und zum überwiegenden Teil den Artabana Deutschland e.V. bilden.

Matthias Wiesmann schreibt in seinem an Karl-Dieter Bodack anschließenden Artikel „Dreigliederung für alle“ (Sozialimpulse 3/18, S.24 f.): „Wege im Sozialen kann man eben nicht – ebenso wenig wie im Organisatorischen überhaupt – ausdenken, entwerfen oder gar konstruieren. Man kann sie nur aus bestehenden Bewegungen heraus entwickeln, an diese anknüpfend.“

Im Folgenden möchte ich als Artabana-Mitglied, das sich seit vielen Jahren mit der Dreigliederung des sozialen Organismus beschäftigt, einen Blick auf die

Struktur der Artabana Bewegung werfen, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat und noch weiter entwickeln wird.

Die Basis der Bewegung bilden die lokalen Solidargemeinschaften, deren Mitglieder sich gegenseitig volle solidarische Hilfe in allen krankheitsbedingten Notlagen versprechen. Da in der Artabana Bewegung das Subsidiaritätsprinzip gilt, sind sie es auch, die über alle wichtigen Sachverhalte entscheiden. Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass das Leben in den lokalen Solidargemeinschaften sich auf drei qualitativ unterschiedlichen Ebenen abspielt:

1. Die Ebene der Solidarität. Hier wird das Bedürfnis jedes Mitglieds zur Bewältigung seiner Krankheitskosten von den anderen Mitgliedern brüderlich zu befriedigen versucht. Sollten die Mittel der lokalen Gemeinschaft erschöpft sein, wird die Hilfe der in der Region zusammengeschlossenen Gemeinschaften über die Treuhänder erbeten. Um das zu ermöglichen, gibt es neben dem lokalen Solidarfonds den regionalen Solidarfonds, in den nach einem Schlüssel jedes Mitglied monatliche Beiträge leistet.

2. Die Ebene der rechtsverbindlichen Vereinbarungen. Die lokalen Solidargemeinschaften sind in der Mehrzahl als nicht eingetragene Vereine organisiert, die über eine Satzung, oder auch über eine Geschäftsordnung verfügen. In einer jährlichen Mitgliederversammlung erklärt jedes Mitglied seinen Beitrag zur Deckung der voraussichtlich anfallenden Kosten. Dabei wird auch die Verteilung der Verantwortung beschlossen, auf Vorstand, Kassenwart, Treuhänder und die weiteren Delegationen (z.B. IT, Vertretung bei Artabana Gremien usw.)

3. Die Ideenebene. Was wäre das Leben eintönig ohne neue Ideen, ohne die Arbeit am sich wandelnden Selbstverständnis der Gemeinschaft oder ohne den Austausch über Erfahrungen mit den verschiedenen Heilweisen! Wie wollen wir das Verhältnis zu Ärzten und Krankenhäusern gestalten, mit einer Patientenverfügung oder einer Vorsorgevollmacht? Wollen wir für unsere Gemeinschaft ein eigenes Leitbild auf der Basis des Artabana Leitbildes formulieren?

Ein harmonisches Miteinander kann in den lokalen Gemeinschaften nur entstehen, wenn die individuellen Bedürfnisse brüderlich befriedigt werden, wenn bei allen Vereinbarungen alle Mitglieder gleichermaßen Berücksichtigung finden (Anwendung des Konsensprinzips), wenn ein reges Ideenleben gewährleistet ist und dadurch die Zusammenkünfte zu interessanten Begegnungen unter den Mitgliedern werden, die das einzelne Mitglied nie versäumen möchte.

Der Zusammenschluss der lokalen Gemeinschaften zu regionalen Bündnissen fand bereits Erwähnung, auch das Tätigwerden der Treuhänder in Nottfällen, wenn eine Gemeinschaft der Hilfe bedarf. Im Laufe der Jahre hat sich aus den regionalen Bündnissen das „Forum der Regionen“ entwickelt, das sich in zwei jährlichen Tagungen über Leben und

Entwicklung in der Artabana Bewegung austauscht und sich dezidiert als reines Wahrnehmungsorgan versteht. Beschlüsse fasst dieses Organ nicht. Die Vertreter der Regionen begegnen sich auf der Ideenebene und stellen damit das „Geistesleben“ der Bewegung dar. Die inhaltliche Entwicklung hat hier eine Plattform, um ohne Entscheidungszwänge Ideen bewegen und Leitbilelemente beraten zu können. Auch Vorschläge für Veränderungen können hier beraten werden, ehe sie in den Gemeinschaften oder im Rechtsorgan der Bewegung, dem Artabana Deutschland e.V., eine verbindliche Form durch eine Abstimmung erhalten.

Der eingetragene Verein entstand als Nachfolger des Artabana Bundes, der sich aus den Schweizer und den Deutschen Solidargemeinschaften gebildet hatte, um sicherzustellen, dass die einzelnen Gemeinschaften die Artabana Idee verwirklichen. Das Wachstum in Deutschland führte dazu, dass eine gleichsam ideale Lizenzvergabe nicht mehr möglich war. Der Bund löste sich auf, der Verein wurde als Dach der Bewegung gegründet und hat als Mitglieder die lokalen Gemeinschaften, allerdings ohne eine ideale Lizenzvergabe als Ziel zu verfolgen. Eine der ersten Aufgaben dieses Vereins war die Abklärung des rechtlichen Status der Solidargemeinschaften bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin). Diese Klärung war von grundsätzlicher rechtlicher Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Artabana Solidargemeinschaften keine Versicherungen sind. Das wurde vom Bafin bestätigt, da das gegenseitige Solidarversprechen nicht mit einem Rechtsanspruch auf finanzielle Leistungen verbunden ist.

Mit dem Wachstum der Solidargemeinschaften entstand in der Bewegung eine Vielgestaltigkeit, die es nun gilt, in ihren verbindlichen Bestandteilen zu beschreiben und zur Grundlage der lokalen Gemeinschaften zu formulieren und zu praktizieren. Bei rund 300 lokalen Gemeinschaften kann das nur in den 25 regionalen Bündnissen sachgerecht und in vertretbarer Form geleistet werden. Damit entsteht eine neue Rechtsgestalt, die den regionalen Bündnissen eine tragende Funktion zuweist. Der eingetragene Verein hätte dann die Regionen als Mitglieder, der Vorstand wäre Repräsentant der Bewegung und könnte übergeordnete Aufgaben erledigen, wie z.B. die Bewusstseinsbildung auf politischem Felde, in der Erkenntnis, dass Solidargemeinschaften wichtige Elemente bei der Überwindung der Schwächen des Krankenversicherungswesens darstellen (Solidarität statt Egoismus).

Die geschilderte Struktur hat sich in den letzten 20 Jahren aus der täglichen Praxis der Bewegung gebildet: Das Wirtschaftsleben in den lokalen Gemeinschaften, das Geistesleben in der Pflege der Idee in den lokalen Gemeinschaften und deren Austausch im Forum der Regionen. Das Rechtsleben schließlich bildet in den lokalen Gemeinschaften die Grundlage für erwartbares verbindliches Handeln und im Zusammenschluss als Dachverband als Beispiel bürgerschaftlicher Selbstgestaltung.

Die Darstellung verzichtet bewusst auf die Erwähnung von Spannungsfeldern, Konflikten und Spaltungen,

die es in der über 20-jährigen Geschichte der Bewegung auch gegeben hat. Die beschriebene Gestalt hat sich ganz aus der Sache heraus entwickelt, ohne Steuerung und Einflussnahme von außen bzw. von „oben“.

Michael Schreyer

(Niefern-Öschelbronn), geb. 1939, Studium der Betriebswirtschaft, Geschäftsführer mittelständischer Unternehmen, Aufsichtsrat, Gründungsvorstand der GLS Beteiligungs AG, Unternehmensberater und Coach; info@michael-schreyer.de

Netzwerktreffen 2018 in Freiburg i. Br.

Christoph Strawe

Über 50 Teilnehmende fanden sich zum Netzwerktreffen 2018 im R. Steiner Haus in Freiburg i. Br. ein. Durch das regionale Vorbereitungsteam unter der Leitung von Peter Wassmer perfekt organisiert, musikalisch umrahmt von Markus Schlichtig und Ensemble entstand ein Raum für Begegnungen, aus dem jeder viel mitnehmen konnte. Das gilt sowohl für die Plenarbeiträge wie für die Arbeitsgruppen.

Auch konnten inhaltliche Akzente gesetzt werden, die uns in der Dreigliederungsarbeit wirksamer machen können. Das gilt, um nur einiges zu nennen, für André Bleichers Überlegungen zur Herstellung einer stärkeren Anschlussfähigkeit im wissenschaftlichen Diskurs¹, für Ideen und exemplarische Praxisansätze, die Stefan Eisenhut und Hermann Pohlmann einbrachten und für Gerald Häfners fulminanten Beitrag „Was ist geworden – was braucht die Zukunft?“ In den Diskussionen wurde Strittiges nicht ausgespart, Kontroversen gerieten jedoch nie zum Selbstzweck.

„Das Wochenende hat mich sehr begeistert“, schrieb mir ein Teilnehmer. Eine Teilnehmerin mailte: „Ich habe das Netzwerktreffen sehr fruchtbar auch und gerade durch die gegenseitige Wertschätzung einmalig erlebt“. Viele Freundinnen und Freunde äußerten sich bereits bei der Tagung in ähnlicher Richtung.

Wo das nächste Treffen stattfinden soll, wurde angediskutiert, blieb aber bei der Tagung selbst offen, weil niemand sich bereit fand, die volle Verantwortung für die Ausrichtung zu übernehmen. In der Zwischenzeit hat das erfolgreiche Freiburger Vorbereitungsteam in Absprache mit dem Koordinierungskreis bereit erklärt, auch ein nächstes Treffen auszurichten, das mit neuen Themen „nach vorne zeigen“ soll. Im Jahr 2020 soll das Treffen dann wieder weiter „rotieren“. Wir sind den Freiburgern sehr dankbar, dass sie die Initiative Netzwerk aus einer Kalamität retten. Termin für **2019: 29. November bis 1. Dezember**. Näheres im nächsten Heft.

¹ Der Vortrag findet sich in überarbeiteter Fassung in diesem Heft, S. 3–13.

Zeichen der Zeit

Der Mietenwahnsinn und das Bodenrecht: „Make Berlin as Real Estate¹ Great Again“

Manfred Kannenberg-Rentschler

Vom Mauerblümchen (1961 bis 1989) zum Eldorado der Immobilienhaie, der Hedgefonds, Rückversicherungsgesellschaften und Spekulanten aus aller Welt. Berlin – die Stadt ihrer Beute. Ganze Wohnblöcke und Straßenzüge wechseln die Eigentümer. Gerade hat der Aktienkonzern „Deutsche Wohnen“(!), dem schon 110 000 Wohnungen in Berlin gehören, weitere 4000 Wohnungen gekauft und setzt unverblümt auf Rendite (s. Tagesspiegel v. 7.3.17). Da ganze Wohnungsgesellschaften gekauft werden, entfällt sogar die Grunderwerbssteuer. Staatlich geschützte private Rendite geht vor Gemeinwohl... Und selbst der Bund verkauft weiterhin seine Grundstücke wie das Dragoner-Areal in Kreuzberg zum höchsten Preis am „Markt“, sodass das Land Berlin hier kaum Sozialwohnungen erstellen kann (s. spiegelonline v. 14.2.18 u.a.). Alleine 2017/18 stiegen die Bodenpreise um 78%. Und dieses Karzinom wuchert weiter! – Warum findet unser politischer Wille keine Antwort auf diese drängende soziale Frage der Gegenwart?

Die Immobilienblase wächst so schnell, dass der Widerstand kaum hinterherkommt. 2016 wurden Immobilien für insgesamt 16,2 Milliarden in Berlin gehandelt. Die Preise für unbebaute Grundstücke stiegen hier von 1400 bis 2300,- EUR pro qm, keine guten Aussichten für den sozialen Wohnungsbau. Die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen ist 2016 abermals um 5400 Wohnungen gesunken. Bei Neuvermietung oder Modernisierung verdoppeln und verdreifachen die Eigner die Mieten, weil die Mietpreisbindung fehlt... Aber auch die Gewerbemieten kommen dran, Bestandsschutz greift nicht. Jüngste Fälle: Entmietungen auf der Oranienstraße, im Bergmannkiez, Reichenberger

¹ Real Estate: „property consisting of land and the building on it, along with its natural resources such as crops, minerals and water, immovable property of this nature; an interest vested in this also an item of real property, more generally buildings and housing in general. Also: the business of real estate , the profession of buying, selling or renting land, buildings or housing.“ (from Wikipedia). Zur ultimativen Staatsräson scheint das Geschäft mit Immobilien am 20.1.2017 in der Inauguration von Immobilienmogul Trump zum Präsidenten der USA aufgestiegen.

Straße u.a. Die Eigentümer sitzen oft in London, andere auf Offshore-Inseln, wie die Berliner Zeitung, auch im Zusammenhang mit dem Kauf des KU-Damm-Karrees durch ein Netzwerk Dutzender Firmen, recherchiert hat („Monopoly im Dunkeln“, Berl.Z.19.5.18): Ick investier noch een paar Koffer Schwarzjeld in Berlin....

Berlin war Vorposten im Kalten Krieg, hat die Verteilung nach dem 2. Weltkrieg überstanden, die Bespitzelungen durch östliche Staatssicherheits- und westliche Geheimdienste. Der Immobilien-Paranoia und dem Diktat der Lobbyisten scheint es hilflos ausgeliefert. Keine Neigung von öffentlicher Hand und Parteien, ernsthaft über ein soziales Bodenrecht auch nur nachzudenken. Die verbliebenen öffentlichen Flächen des Bundes und des Landes werden nach dem Höchstwertprinzip zu Märkte getragen, unbeirrbar selbst durch die desaströse Finanzkrise 2008/2009, an deren Beginn geplatzt Immobilienblasen in den USA standen. – Bodenwert- und Immobilienwertsteigerungen durch Hin- und Her-Verkaufen sind Schein- und Pseudowerte, denen keine reale Wertschöpfung gegenüber steht, sondern lediglich Wertestau, Erhöhungen von Wohn- und Gewerbemieten, die durch Marktmacht auf Mieter und Preise weitergewälzt werden. Dieser Stau blockiert reale geistige und soziale Wertschöpfung. – Nun entdeckt die Branche ihre Verwertungsiebe zu Berlins Grünflächen, wie den Kleingartenkolonien... Wem gehört die Stadt?

An der neuen Demarkationslinie in Berlin zwischen Immobilienmacht und Habenichtsen wird die sprichwörtliche Resilienz seiner Bewohner nun geprüft. Es ist ein Prüfstein unseres sozialen Bewusstseins und seiner Fähigkeit, in den sozialen Tatsachen darinnenstehend seine tieferen Zusammenhänge und Axiome sozialorganisch zu denken und ihnen zur Praxis zu verhelfen. Nutzungsrechte an Grund und Boden können niemals Ware sein, ohne Schaden am Gemeinwohl anzurichten. Wege aus dieser Falle sind immer wieder aufgezeigt worden von unabhängigen Forschern.² Und es werden sowohl in der Landwirtschaft als auch im Wohnen punktuell Wege beschritten, um Nutzungsrechte dauerhaft aus dem Warenkreislauf heraus zu bekommen.³ Auch durch Volksentscheid wurde Neuland betreten (Tempelhofer Feld), das die Flächen der Bodenspekulation entzieht.

Aus der Politik, Wissenschaft oder gar den Parteien sind im öffentlichen Raum kaum Initiativen zur Änderung des Bodenrechts zu erwarten. Grund und Boden sind aber Gemeingut – der Natur der Sache nach. Sie sind nicht marktfähig. Der letzte Politiker,

² Grundlegendes zur Analyse dieses Problems, der Unverkäuflichkeit von Boden, und die Widerlegung der Ausweglosigkeit findet sich in: Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. 3. Auflage, Stuttgart 1997. Ähnlich: Hans-Georg Schweppenhäuser: Das Eigentum an den Produktionsmitteln. Berlin 1971 (s.a. auch www.institut-fuer-soziale-gegenwartsfragen.de). Erhellendes und Weiterführendes zum Bodenrecht auch im Sonderheft LUNAPARK 21 Extra Winter 2017/18: Daniela Dahn: Warum Staat und Eigentum getrennt werden müssen. Hans Philipp: Starke Stadt für alle!. Carl Waßmuth: Boden: Erbbau als Deus ex Machina?

³ z.B. Mietshäuser Syndikat, Stättbau, Edith Maryon-Stiftung, Regionalwert AG, Ökonauten, Kulturland e.G., Gemeingut Boden, ExRo-taprint gGmbH u.v.m.

der es wagte, das heiße Eisen anzusprechen, war im Januar 1981 der angesehene ehemalige Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der in Berlin in der an Immobilienspekulation und damit einhergehenden Bestechlichkeit entstandenen Senatskrise den zurückgetretenen D. Stobbe ersetzte. Damals waren 165 dem spekulativen Abriss preisgegebene Mietshäuser besetzt worden. Am Flughafen Tegel meinte Vogel zu den Reportern auf die Frage „Was werden sie tun?“: „Notfalls müssen wir das Bodenrecht ändern“...

Da mutete die Eröffnung einer Debatte zur Bodenfrage, wie am 1. November 2017 anlässlich einer Tagung zum 120. Todestag des Bodenreformers Henry George (29. Oktober 1879) geschehen, als „Ökonomischer Wegweiser durch das 21. Jahrhundert“ bei ExRotaprint durch Umwelt-Campus Bielefeld, Stiftung Edith Maryon, Vereinigung für Ökologische Ökonomie und Initiative „Grundsteuer zeitgemäß!“ schon wie ein Lichtblick an. Hier diskutierten die Wissenschaftler Ottmar Edenhofer, Hans Diefenbacher, Dirk Löhr und Ulrich Kriese mit zahlreichem Publikum das geistige Erbe Henry Georges und dessen gegenwärtige Relevanz, vor allem seine „single tax“, die unverdientes Einkommen aus Bodenwertsteigerung radikal abschöpft. Aber auch in dieser Debatte zähmte die pragmatische Überlegung des derzeit „politisch Durchsetzbaren“ die Radikalität des Fragens. Die Zeit für eine Verfassungsreform, die die generelle unentgeltliche Übertragung von Grund und Boden garantiert und Bodenspekulation ausschließt, ist noch nicht gekommen.⁴ 1989/90 wurde das bewusst und ganz neoliberal verpasst...⁵ ■

© M.Kannenberg-Rentschler/ Berlin/11. Sept. 2018.
www.institut-fuer-soziale-gegenwartsfragen.de

Manfred Kannenberg

wurde 1942 in Stettin geboren, absolvierte nach dem Abitur eine Lehre als Industriekaufmann und studierte danach Volkswirtschaft (Diplom und Master). Zwei Jahre Ausbilder in der Kaufmännischen Ausbildung der Siemens AG. 1972 in Achberg Begegnung mit der Dreigliederungsbewegung und Anschluss an das Institut für soziale Gegenwartsfragen um Hans Georg Schweppenhäuser in Berlin. Nach Umzug des Instituts nach Freiburg 1976 Begründung der inzwischen in jüngere Hände übergebenen „Bücherei für Geisteswissenschaft und Soziale Frage“ in Berlin. Autor und Referent.

4 Bundesweiter Aufruf Grundsteuer zeitgemäß! www.grundsteuerreform.net. Sehr aufschlussreich hierzu: Laura Weissmüllers „Mit Füßen getreten. Luft und Wasser gehören allen, klar. Aber was ist mit dem Boden? Plädoyer für eine Reform, die alle Wohnungsprobleme lösen kann.“ Süddeutsche Zeitung v. 2./3. Sept. 2017.

5 Wie überfällig und aktuell ein neues soziales Bodenrecht mit Beitritt der DDR wurde, zeigt der luzide Aufsatz von Matthias Schillo, Richter am Kammergericht Berlin, in die DIE ZEIT v. 12. 6. 1992: „Im Namen des Volkes“, der auch konkrete Wege und verfassungsrechtliche Spielräume dafür ausweist.

Und diesem Präsidenten ist es ganz einfach egal.

Überlegungen zu den Halbzeitwahlen in den USA

Roland Benedikter

Aus den Midterm-Wahlen ging US-Präsident Trump als Sieger hervor. Wenn es durch Neuzählungen nach Bekanntgabe des Ergebnisses nicht doch noch zu Verschiebungen kommt, haben die Wahlen gezeigt, dass sich Trumps Verluste in den Grenzen des Üblichen hielten – und denen früherer US-Präsidenten bei den Midterms entsprachen. Der Verlust des Repräsentantenhauses macht Regieren für den unkonventionellen Präsidenten zwar nicht leichter, aber auch nicht wesentlich schwieriger, da nun auch die oppositionellen Demokraten Verantwortung übernehmen müssen. Obwohl Blockaden in kritischen Fragen wie Gesundheitsreform und Budget wahrscheinlicher werden, muss auch die Kompromissbereitschaft steigen. Die kritischen Mehrheitsmedien gegen Trump waren von weniger Bedeutung für das Wahlergebnis als erwartet. Entscheidend für den weiteren Weg Trumps ist, dass bei den Zwischenwahlen kein Kontrahent aus der eigenen Partei hervorgetreten ist. Somit stehen für den amtierenden Präsidenten die Chancen auf Wiederwahl im Jahr 2020 durch den Ausgang der Midterms eher günstiger als vorher.

Drei Entwicklungen begünstigten kurz vor dem Wahltermin am 6. November die Republikaner und Trump. Erstens der Fall Stormy Daniels; zweitens die Migranten aus Mittelamerika; und drittens der Fall Elisabeth Warren. Mit der Pornodarstellerin Stormy Daniels verlor auch ihr Rechtsanwalt Michael Avenatti, ein demokratischer Hoffnungsträger, einen öffentlich viel diskutierten Diffamierungs-Klagefall gegen Trump. Der Sieg des Präsidenten zeigte sich daran, dass Trump Daniels danach ohne nennenswerten Aufruhr als „Pferdegesicht“ bezeichnen konnte – und Avenatti kurz danach selbst wegen Gewalt gegen Frauen festgenommen wurde. Die zirka 7.000 Menschen zählende Migrantenkarawane aus Mittelamerika mit dem erklärten Ziel USA bot Trump reichlich Stoff für Verteidigungs-, Anti-Migrations- und Anti-Internationalisierungsrhetorik. Trump heizte die Stimmung ebenso geschickt wie skrupellos mit Verschwörungstheorien gegen die Demokraten an, indem er sie der indirekten Finanzierung der Karawane bezichtigte. Allerdings setzten auf der Gegenseite auch Demokraten auf ethnischen Schulterchluss, etwa mit Hilfe afroamerikanischer Prominenter wie etwa Talkmasterin Oprah Winfrey.

Es scheint in Folge des Ergebnisses, dass Trump bis auf weiteres unbesiegbar ist und dass niemand weiß, wie und mit welchen Argumenten man gegen Trump die Präsidentschaftswahlen 2020 gewinnen

soll. Noch ist keine Persönlichkeit in Aussicht, niemand steht in den Startlöchern – weder ein interner Konkurrent bei den Republikanern noch ein externer bei den Demokraten. Zwar war die Beteiligung an den Wahlen im Vergleich zu vorhergehenden Zwischenwahlen etwas erhöht, aber nicht grundsätzlich anders. Die zum Teil bizarren Kandidaten auf beiden Seiten machten es Trump noch leichter. Zur Emotionalisierung auf allen Seiten trug auch Ex-Präsident Barack Obama bei, der Trump Populismus vorwarf. Das half letztlich im Umkehrschluss eher, die Trump-Wähler zu mobilisieren. Auch angesichts dieser beidseitigen Emotionalisierung stieg die Wahlbeteiligung über den Minusrekord von 37 Prozent bei den Halbzeitwahlen 2014 auf den erhöhten Normalwert von über 40 Prozent.

Die traditionelle, offenbar auch in Trump-Zeiten nicht grundsätzlich veränderte Passivität der US-Wähler ist der „small government“-Mentalität geschuldet, verbunden mit wachsender Politikverdrossenheit sowie der Vernachlässigung von Randgruppen in einem immer stärker nach Businesskriterien organisierten Wahlkampf. Dadurch wird Pluralität reduziert, weil sich Wahlkämpfe immer stärker an „tragenden Gruppen“ orientieren, die den größten Stimmen-Profit bei kleinstem Aufwand versprechen. Gegen Trump sprach die höchste weibliche Kandidatenzahl aller Zeiten. Dass mit Lou Guerrero erstmals eine Frau Gouverneur im US-Außengebiet Guam wurde, zeigte, dass auch die Gegenkräfte nicht schlafen.

Unabhängig vom Ergebnis zeigte der Wahlkampf insgesamt erneut auf: Das inneramerikanische politische Klima ist unter Trump deutlich rauer geworden. Die Polarisierung der US-Gesellschaft hat sich vertieft. So war die Wahl von unüblich vielen innerfamiliären Disputen auf beiden Parteiseiten begleitet, wo Familienmitglieder mit hohem finanziellem Aufwand ihre Verwandten-Kandidaten öffentlich für „unfähig“, „scheinheilig“ oder „korrupt“ erklärten. Das spiegelte die tiefen Zerwürfnisse im Innern der US-Gesellschaft wider, die bis in die Mikro-Dimension reicht. So auch der brutale, bis an die Grenze physischer Konfrontation gehende Wahlkampf um den Gouverneursposten von Florida, dem drittgrößten US-Staat, in dem George W. Bush jr.s Motto: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ auf beiden Seiten triumphierte.

Welche Lehren können wir für den weiteren politischen Prozess der USA vorläufig ziehen?

Erstens: Spaltung ohne Dialog schafft offenbar ihre eigene Stabilität, die in Verhärtung besteht. Dass im klassischen „Swing state“ Florida letztlich der selbsternannte republikanische „Trump-Pitbull-Verteidiger“ Ron DeSantis gewählt wurde, war ein deutliches Siegesbeispiel für Trump – auch wenn dieser nach Wahlschluss wegen minimalen Stimmenvorsprungs mittels Neuauszählung wie gewöhnlich wieder in Frage gestellt wurde. Dagegen war der Sieg des Demokraten Gavin Newsom im traditionell demokratischen Kalifornien durchaus weniger außergewöhnlich. *Zweitens:* Obwohl sein früherer Chefberater Steve Bannon in einem Rachereflex

meinte, Trumps Stil könnte republikanische Anhänger vom Wählen abhalten, gab es kaum einen Rückgang unter Trump-Anhängern. Sie halten eisern zu ihm. Trumps Basis mag ihn nicht immer, aber sie lässt ihn keineswegs fallen, weil sie zu seiner personalisierten „Direktpolitik“ keine Alternative im System erkennt. Drittens erwies sich, dass dies nicht nur eine Wahl „für oder gegen“ Trump war – womit die Wähler eine gewisse Reife bewiesen. Obwohl sich Trump persönlich – und zwar nicht als Parteiangehöriger für die Republikaner, sondern vielmehr als Präsident gegen die Ideologie der Demokraten – in den Wahlkampf einbrachte, gab es keinen politischen Erdbeben gegen Trump.

Warum kein Umschwung – wo doch viele eine (aus ihrer Sicht längst fällige) Ohrfeige erwartet hatten?

Erstens: Vieles an Trumps Politiken findet eine Mehrheit der Wähler richtig, wenn auch die meisten es nicht offen sagen. So etwa den Handelskrieg mit China. Zwei große Fehlentscheidungen sind aber ebenso jedermann ein Dorn im Auge: der Ausstieg aus dem Pariser Klimavertrag und der angekündigte Ausstieg aus dem INF-Raketensperrvertrag von 1987 mit Russland. Insgesamt überwiegt unter den US-Wählern aber die (überraschende) Zustimmung zu Trumps bisheriger Amtsführung – nicht zuletzt unter der schweigenden Mehrheit jener, die den Wahlen fernblieben.

Zweiter Grund für Trumps Erfolg: Der wachsende Einfluss von Negativität im Politischen, darunter in Berichterstattung, Medienrezeption und informellem Wahlverhalten. Das ist eine Entwicklung in offenen Mediengesellschaften, die bereits vor Trump begonnen hat. Zunehmende Negativität in der politischen Wahrnehmung der auf quantitative Marktanteile der Zuhörerschaft abzielenden Echtzeit-Mediengesellschaft reicht dabei von zunehmenden Stereotypen als Orientierungsmarken über die endlose Wiederholung von Skandalen einer Person und den Erfolg negativer Kampagnen in sozialen Medien bis hin zu universaler Emotionalisierung des Politischen, die als „Vermenschlichung“ verkauft wird, und den Aufstieg von Ethno- und Gruppenpolitiken (*Tribal Politics*, wie das die in der US-Diskussion einflussreiche Yale-Politikwissenschaftlerin Amy Chua nennt). Gemeinsam führen diese Faktoren auch zu einer Veränderung der politischen Sprache in eine kommerzielle Werbesprache, wachsender Tendenz der Wähler zu „starken“ Persönlichkeits-Kandidaten und abnehmendem Vertrauen in die grundsätzlich und im Kern als „negativ“ wahrgenommenen Politik bei steigendem Zorn breiter Mittelklassewähler-Kreise auf die „politische Klasse“. All dies spielte Trump in die Hände – und wird es auch weiterhin tun, wenn keine Änderung in der politischen Kommunikation erfolgt. Was die Demokraten noch nicht begriffen haben, weshalb alle ihre Negativitäts-Kampagnen gegen den Präsidenten letztlich diesem in die Hände spielen – denn in Punkto Negativität ist er den Gegnern unabhängig von allen Argumenten weit überlegen.

Drittens leben die meisten US-Bürger seit nahezu drei Jahrzehnten in einer auf ihre jeweilige Weltanschauungsgruppe zugeschnittenen Medienblase. Dies setzte bereits in den Reagan-Jahren (1981-1989) ein: Zwischen MSNBC auf der linken und Fox News auf der rechten Seite wurde die Mitte immer leerer. Die Stärkung der Ränder war auch Effekt der wachsenden Negativität in der Mitte politischer Kommunikation. Der Anteil jener, die an „objektiver“ Berichterstattung interessiert ist, ist in den USA kleiner geworden – vor allem in der jüngeren Generation, die sich weitgehend mit sozialen Medien zufriedengibt und weder die Printmedien noch deren Internetauftritte liest. Zudem haben sich seit Trump auch die liberalen Medien wie CNN auf eine Seite geschlagen, in der sie klar „gegen“ den Präsidenten Stellung beziehen – und damit die Neutralitätsebene zugunsten eines Weltanschauungskampfes verlassen. Trump lebt von seinem Anteil an der Medienblase. Fox News und er profitieren sogar von der Militanz der verbleibenden mitte- und linksliberalen Medien, die ihn indirekt seit Jahren stärken, indem sie ihn durch negative Berichterstattung überhöhen. Wenn etwa CNN kurz nach den Wahlen versucht, Trump zu schaden, indem sie Schlagzeilen veröffentlichen wie: „Der Präsident ist angepisst, und zwar immer und grundsätzlich wegen jedem“, dann nützen sie Trump, ohne es zu wollen – stärken sie doch sein selbst gewähltes Image hoher Ansprüche und grundlegender Systemänderungen, die ihm angeblich sogar noch zu langsam gehen.

Trump als Programm

Am wichtigsten aber ist: Dem amtierenden Präsidenten ist das Ergebnis dieser Wahlen letztlich ganz einfach egal – und zwar mit gutem Grund. Aktive Ignoranz entspricht nicht nur seinem Stil, sondern auch drei Faktoren: erstens seiner Position zur eigenen Partei, zweitens zu den oppositionellen Demokraten und drittens zu den Medien. Trump hat genügend Abstand von der Republikanischen Partei, um von keinem Wahlergebnis ernsthaft betroffen zu sein. Er hat aufgrund seiner wechselseitig halberzigen Bindung an jene Partei, die ihn nominiert hat, den neuen Stil eines trotz Parteizugehörigkeit parteiautonen Präsidenten geprägt. Das ist in dieser Form seit Jahrzehnten einmalig (die Kennedys versuchten in den 1960er Jahren nicht zuletzt wegen ihrer katholischen „Andersheit“ bis zu einem gewissen Grad Ähnliches). Siege oder Niederlagen von Parteien können ihm daher wenig anhaben. Trump identifiziert sich mit der Republikanischen Partei nur solange, wie sie siegt – wenn sie verliert, ist er Trump. Zudem ist man von Trump bereits alles gewohnt, Skandale sind durch Skandale nicht mehr außergewöhnlich, sondern die Norm – und bewirken also nichts. Auch deshalb scheint Trump durch Wahlen unantastbar; er ist sein eigenes Programm.

Ergebnis der Zwischenwahlen ist deshalb, dass sie Trump als Person und Programm letztlich weder nützen noch schaden. Das ist in der jüngeren US-Geschichte vergleichsweise neu. Mit Trump hat sich die Person über die politischen Prozesse erhoben. Er

entspricht dem Typus des „großen Einzelnen“, den man in der US-Kultur mit ihren Superhelden-Mythen findet. Dort setzt sich der Einzelne, oft ein Missverständener, gegen die Gemeinschaft durch. Trump personifiziert diese Grunderzählung der amerikanischen Zivilreligion – obwohl er in Wahrheit faktisch eine Karikatur des amerikanischen Traums ist.

Bezüglich der Medien war es aus Trumps Sicht ein genialer Schachzug, diese frühzeitig als „Feinde des amerikanischen Volkes“ zu bezeichnen und somit nicht nur Unabhängigkeit von seiner eigenen Partei, sondern auch von allen Meinungsmachern zu zeigen. Deshalb war und ist bei Trump die klassische Kombination Politik-Medien, bisher in Demokratien tödlich für alle, die sich ihr nicht fügten, unwirksam – und wird es unter diesem Präsidenten auch bleiben. Bis zu einem gewissen Grad wird durch Trump somit die bisherige Mediendemokratie außer Kraft gesetzt. Die vierte Macht war noch nie so schwach wie unter Trump. Jedoch ist sie weiterhin von ihrer gesellschaftlichen Heilsmission überzeugt. „Demokratie stirbt in Dunkelheit“ lautet der neue Slogan der Washington Post in direkter Opposition zu Trump, inspiriert von einem Satz seines Lieblingsfeindes Jeff Bezos, des Eigentümers von Amazon und der Post. Die US-Presse blüht unter Trump nach innen paradoxerweise geradezu zu einer neuen Heilsmission auf, die von den Wählern allerdings eher ignoriert wird. Womit sich durch das Medienprodukt Trump eine Veränderung des Verhältnisses Politik-Medien vollzieht, die weit über anfängliche ähnliche Prozesse wie jenen Berlusconi in Italien hinausgehen, und deren Auswirkungen auf die moderne Demokratie noch gar nicht absehbar sind.

Die *Midterms 2018* zeigen unterm Strich, dass Trump immer mehr zu jenem von Abstimmungen unabhängigen Politiker wird, als der er sich von Anfang an konzipiert hat. Das funktioniert neuerdings in offenen Gesellschaften auch gegen die Medienmacht, weil es die Neuigkeits- und Ausnahmemanie der heutigen Echtzeitmedien gegen diese selbst wendet. Damit werden demokratische Wahlen zwar nicht bedeutungslos, aber unwichtiger – und die Demokratie ein Stück weit zu jener Republik, als die sich die USA mit ihrem „*check and balance*“ und „*small government*“-System sowie einer Kultur geringer Wahlbeteiligungen im Kern letztlich immer verstanden. Die USA waren nie eine Demokratie *strictu sensu*, sondern eher eine Republik – und sie sind bis heute entgegen europäischer Annahmen (und trotz Trump) weniger eine Nation, geschweige denn der „letzte Nationalstaat“, als vielmehr eine Idee. Zivilreligion, also das Konglomerat überhöhter säkularer Ideale wie Freiheit und Selbstbezug, spielt eine viel größere Rolle als Parteipolitik. Trump, der Unterschätzte, lernt hier täglich – und erweist sich immer mehr als Meister, Zivilreligion gegen Demokratie zu wenden, um republikanische Muster zu stärken.

Die wichtigste Lehre aus den Zwischenwahlen lautet deshalb: Trump ist nicht nur der einzige Präsident, der bereits am Tag seiner ersten Inauguration am 20. Januar 2017 seine Kandidatur für die Wiederwahl ankündigte. Mit seiner bereits bei den Zwi-

schenwahlen am 6. November 2018 auf Rekordniveau von 106 Millionen US-Dollar stehenden persönlichen Wiederwahlkasse geht er, sollten sich bisherige Muster fortsetzen und die Muller-Ermittlungen zum Einfluss Russlands nicht die Schwelle des Absetzungsverfahrens („Impeachment“) erreichen, als Favorit in die kommenden Präsidentschaftswahlen 2020. ■

Prof. Dr. Roland Benedikter, geb. 1965, ist Co-Leiter des Centers for Advanced Studies von Eurac Research Bozen, Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse am Willy-Brandt-Zentrum der Universität Wrocław-Breslau und Vollmitglied des Club of Rome. Kontakt: roland.benedikter@eurac.edu.

Trumps syrische Überraschung – Russland auf dem historischen Prüfstand

Kai Ehlers

„Korrekt“ findet Wladimir Putin den von Donald Trump angekündigten Rückzug amerikanischen Militärs aus Syrien, auch wenn man erst einmal abwarten müsse, ob der Ankündigung auch Taten folgen werden. Zu oft habe man Rückzugsankündigungen von amerikanischer Seite gehört, so Putin, bei denen dann das Gegenteil von dem erfolgt sei, was zuvor angesagt worden sei.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow, ebenso wie der ständige Botschafter Russlands bei den vereinten Nationen Wassili Nebenstja sowie weitere Offizielle aus dem russischen Regierungsapparat stimmten in diesen Ton ein. In Moskau lautet das Motto ganz offensichtlich: Ruhe bewahren.

Das passt zu Putins traditioneller Weihnachtsbotschaft, die er nutzte, um der Welt zu erklären, dass alles in Russland und auch außerhalb des Landes seinen ruhigen Gang gehe. Selbst die von den USA mit der Aufkündigung des INF-Vertrages in Gang gesetzte Aufrüstungsspirale sei kein Grund zur Aufregung, erklärte er. Strategisch sei Russland für alle Fälle gerüstet.

Von China hört man zu Trumps Coup aktuell überhaupt keinen Kommentar, der über die schon früher erklärte Bereitschaft Pekings hinausginge, sich am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen.

Ganz anders geht es auf der anderen Seite zu: Trumps Ankündigung das US-Militär aus Syrien abzuziehen, weil der „Job“ dort erledigt sei, also der „IS“, wie Trump angibt, geschlagen, versetzte

Regierung wie Opposition in den USA, ebenso wie die Schar der westlichen Verbündeten in heftige Erregung – von wütenden Kritiken in Trumps nächster Umgebung, deren Vertreter ihre nationalen Ziele als Weltmacht bedroht sehen, bis zur Panik derer, die sich plötzlich ihrer Schutzmacht beraubt sehen.

Lasten für Russland

Was wird man finden, wenn sich der Rauch der ersten Stunde gelichtet haben wird? Machen wir einen Versuch:

Auf der Hand liegt ohne Zweifel: Trump versucht die Last einer gescheiterten US-Politik der letzten Jahre den Russen aufzubürden,

- um Russlands gewachsene Kräfte zu binden,
- um die Hände frei zu haben für die Front gegen China.

Darüber hinaus haben die Gas- und Ölfelder Syriens zur Zeit, d.h. angesichts der hochgefahrenen US-eigenen Ressourcen an Flüssiggas für die USA nicht mehr die Bedeutung, die sie noch hatten, als die Konservativen unter G.W. Bush den Plan des „new american century“ entwarfen, in dessen Zuge sich die USA den Zugriff auf die mesopotamischen Ressourcen an Gas und Öl glaubten sichern zu müssen – und zu können. Der Erfolg dieser Strategie, besser gesagt, der Misserfolg, steht heute erkennbar in keinem vertretbaren Verhältnis zu den wirtschaftlichen und politischen Kosten, die sie für die USA gebracht hat und die eine weitere Fortsetzung dieser Politik bringen könnte.

Wie es aussieht, will Trump sich energietechnisch eher dem eigenen Kontinent zuwenden, einerseits einer relativen Autarkie auf eigenem Gelände, zum anderen den Ressourcen in unmittelbarer Nachbarschaft Lateinamerikas. Damit wären die USA weniger angreifbar – weniger gefährdet durch Russland und China.

Hierhin gehören auch die äußerst aggressiven Pläne, Europa und Russland energiepolitisch zu trennen, konkret die Gas-Trasse „Nordstream 2“ wie auch die russisch-türkische Pipeline zu verhindern, um Europa von US-Lieferungen abhängig zu machen. Dies rückt den Ukraine Konflikt statt des syrischen wieder mehr in den Focus des US-Interesses.

In Syrien kommt Russland bei diesem Szenenwechsel in die Situation, die Lasten eines keineswegs befriedeten Krisenraumes tragen zu müssen, das heißt, die türkische Expansion wie auch den israelisch-iranischen Konflikt eindämmen zu müssen, während Saudi-Arabien stellvertretend für die USA so viel Unruhe schaffen kann, wie es nötig ist, noch weitere Kräfte Russlands zu binden.

Wird Russland diese Last schultern wollen? Noch anders, hat Russland überhaupt eine Chance sich vor dieser Aufgabe zu drücken? Eher sieht es so aus, als ob das bisher von den Russen betriebene zurückhaltende globale Krisenmanagement nunmehr

in eine Expansion gezwungen wird, die Russland überfordern und dazu verleiten könnte, von der Rolle des globalen Krisenmanagers in die Rolle der imperialen Ordnungsmacht überzuwechseln – mit entsprechenden machtpolitischen Folgen.

Die Augen der Welt auf „Rojava“

Zwei miteinander untrennbare Fragen erheben sich dabei ganz unmittelbar: Wie wird Russland mit den Kurden umgehen? Konkret gesagt, wird es die Türkei daran hindern, den autonomen Ansatz „Rojava“ zu zerschlagen oder wird es den Kurden als neuer Bündnispartner beiseite stehen? Und welche Auswirkungen wird die Haltung, die Russland gegenüber den Strukturen der Selbstverwaltung „Rojavas“ einnimmt, auf die eigene innenpolitische Situation Russlands haben? Die Augen der Welt werden auf Russlands Vorgehen in dieser Frage liegen. Putin ist ja nicht gerade als Liebhaber von Strukturen der Selbstverwaltung der in „Rojava“ gelebten Art bekannt.

Fasst man dies mit dem zusammen, was schon weiter oben zu den außenpolitischen Aspekten gesagt wurde, so wird deutlich, dass Russland mit dem Strategiewechsel der Trump-Regierung in eine Lage gedrängt wird, in der sich entscheiden wird, ob Russland, konkret Russland unter Putin, seine bisherige Linie der defensiven Politik des Krisenmanagements im Inneren wie im Äußeren beibehalten kann oder ob es sich in eine neue, illusionsloser gesagt, die alte machtpolitische Rolle drängen lässt.

Die zurückhaltenden Reaktionen Putins und des russischen Regierungsapparates lassen hoffen – aber sicher ist es selbstverständlich nicht, dass Russland dem Druck standhält, denn noch hat man von Russland keine grundsätzlichen Alternativen zu den bisher geltenden Regeln der globalen Staatenordnung gehört. Die aber wären bitter nötig, um eine erneute Zuspitzung machtpolitischer Konkurrenz zu überwinden.

Kai Ehlers, geboren 1944, studierte Geschichte, Publizistik und Theaterwissenschaften. Über APO und neue Linke führte sein Weg Anfang der 80er Jahre in die kriselnde Sowjetunion. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Journalist, Publizist, Schriftsteller, Forscher und Organisator liegt seitdem auf den Veränderungen im nachsowjetischen Raum und deren lokalen wie globalen Folgen. Dabei richtet sich seine Aufmerksamkeit in wachsendem Maße auf die Erarbeitung von Alternativen zur globalen Finanz-, System- und Kulturkrise. www.kai-ehlers.de

Initiativen und Termine

Landwirtschaft zwischen Hof und Welt

Internationale Jahreskonferenz der biodynamischen Bewegung – 6. bis 9. Februar 2019 am Goetheanum, Dornach/Schweiz

Die biodynamische Landwirtschaft produziert in direkter Partnerschaft mit der lebendigen Natur. Will sie finanziell nicht austrocknen, muss sie die Nähe zum Markt bewusst suchen. Viele Innovationen (wie z.B. CSA) sind in diesem Spannungsfeld entstanden. Die Tagung ist eine Plattform für den Austausch und die gegenseitige Inspiration für eine selbst gestaltete Land-Wirtschaft. Es werden Beispiele aus verschiedenen Ländern dargestellt. Wie können wir den Hoforganismus wirtschaftlich erfassen und gestalten? Wie funktionieren regionale assoziative Netzwerke? Hat die Landwirtschaft eine besondere Aufgabe in der Weltwirtschaft? Mit diesen Fragen und anhand von konkreten Beispielen wollen wir uns die Grundprinzipien und die Leitbilder von assoziativem Wirtschaften neu vergegenwärtigen.

Neben den Plenumsbeiträgen gibt es vertiefende Fachforen, zum Beispiel zu den Themen Food Systems – vom Acker auf den Teller, assoziative Nord-Süd-Handelsbeziehungen, Gemeingut Boden usw. In 20 Workshops wird interaktiv der Erfahrungsaustausch gepflegt und es gibt künstlerische Kurse und Führungen am Goetheanum. Die Tagung wird in 5 Sprachen geführt (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch). Sie ist für alle interessierten Menschen offen.

Mitwirkende sind unter anderen: Maaianna Knuth (Simbabwe), Gerald Häfner (Deutschland), Änder Schanck (Luxemburg), Chaitresh Kumar Ganguly und Manisha Kairaly (Indien), Helmy Abouleish und Mona Lenzen Abouleish (Ägypten), Christoph Simpfendörfer (Deutschland), Aline Haldemann und Christian Butscher (Schweiz), Jennifer Chang (Südkorea), Boris Voelkel (Deutschland), Jacqueline Barin (Kanada), Esteban Acosta Pereira (Mexiko), Hermann Pohlmann (Deutschland), Claude Gruffat (Frankreich), Ueli Hurter (Schweiz), Volkert Engelsman (Niederlande), Patrick Holden (England).

Weitere Informationen und Anmeldung auf www.sektion-landwirtschaft.org

Schulungsprogramm 2019

Stiftung Wege zur Qualität

Soziale Bedingungen qualitativer Arbeit

Seminarangebot Deutschland

Wege zur Qualität umfasst eine Vielfalt methodischer Anregungen zur Gestaltung der beruflichen Zusammenarbeit. Die Grundzüge des Verfahrens können im Selbststudium erarbeitet werden. Die Stiftung unterstützt die Einführung durch das vorliegende Schulungsprogramm. Weitere Seminarangebote zu Anwendungsfragen werden auf der Website veröffentlicht.

Einführungsseminare

Das Seminar dient zur Einführung in die dem Verfahren zugrunde liegende Denk- und Arbeitsweise und zur Darstellung der zur Umsetzung notwendigen praktischen Arbeitsschritte. Erfahrungsberichte aus der Anwendungspraxis von „Wege zur Qualität“ ergänzen die seminaristische Arbeit, die Raum für Austausch und Gespräch bietet. *Zielgruppe: Neue Mitarbeitende, Eltern, Interessenten.* 26. Oktober 2019, Rudolf-Steiner-Schule Hamburg Bergedorf

Verfahrensschulung

Weiterbildung zur Gestaltung aufgabenorientierter Zusammenarbeit

Ziele: Verständnis für die dem Verfahren zugrundeliegende Denk- und Arbeitsweise bilden. Basiskompetenzen zur Umsetzung des Verfahrens in der Praxis erüben. *Zielgruppe: VerantwortungsträgerInnen aus den Gremien der Einrichtung, LeiterInnen der verschiedenen Konferenzen, interessierte KollegInnen und MitarbeiterInnen.*

Block 1: 20. bis 23. Mai 2019 | Block II: 16. bis 19. September 2019 | Block 3: 2. bis 5. Dezember 2019

Einrichtunginterne Verfahrensschulungen

In folgenden Einrichtungen finden 2019 interne Verfahrensschulungen statt:

Freie Waldorfschule Bielefeld
 Freie Waldorfschule Cottbus
 Freie Waldorfschule Karlsruhe
 Freie Waldorfschule Freudenstadt
 Haus Morgenstern Stuttgart
 Troxler Werkstätten Wuppertal
 Kindertagesstätte Glückskinder in Willich

Termine auf Anfrage. Eine Teilnahme von Menschen aus anderen Einrichtungen kann ggfs. vereinbart werden.

Anwendungsseminare

16. März 2019, Teil II Beteiligung. Gestaltungsfragen der Zusammenarbeit von Eltern und Pädagog*innen, Kindertagesseminar Stuttgart

26. Juni 2019, Teil I Vertrauensbildung. Gestaltungsfragen der Zusammenarbeit von Eltern und Pädagog*innen, Seminar für Waldorfpädagogik Dortmund

Konferenzleiterschulung

19. Oktober 2019: Weiterbildung für Konferenzgestaltung und Konferenzleitung. Methodische und persönliche Kompetenzen einer aufgabenbezogenen Gesprächsführung. Anthroposophisches Zentrum Kassel

Zum Umgang mit Konflikten

23. März 2019, Anthroposoph. Zentrum Kassel

Das Teamgespräch als eine praktische Methode, wie Vertrauen in der Zusammenarbeit wachsen kann

18. Mai 2019, Anthropol. Zentrum Kassel

Risiken erkunden – ein erster Schritt zum Aufbau eines Risikomanagements in einer Organisation. Ein Leitfaden auf der Grundlage von Wege zur Qualität

25. September 2019, Anthroposophische Gesellschaft in München

Arbeitstagung

Die Arbeitstagung wendet sich der Durchdringung aktueller Herausforderungen zu, mit denen die Gemeinschaftsbildung im Bereich der Beziehungsdienstleistungen konfrontiert ist.

1.-3. November 2019, Anthroposophisches Zentrum Kassel. Thema wird noch bekanntgegeben.

Institutionsinterne Schulung

Neben den öffentlich ausgeschriebenen Seminaren können verschiedene andere Formen von Schulungen individuell, je nach Situation und Bedarf einer Einrichtung angeboten werden, wie beispielsweise institutionsinterne Seminare (auch mit unterschiedlicher Dauer).

Wir möchten die Einrichtungen anregen, institutionsgebundene Seminare durchzuführen, die in einer bestimmten Institution stattfinden, von ihr auch organisiert werden, die aber für weitere Institutionen offen sind. Die inhaltliche Verantwortung dieser institutionsgebundenen Seminare liegt bei Wege zur Qualität.

Auskunft und Anmeldung

Stiftung „Wege zur Qualität“ Seminarorganisation
 Deutschland Bettina Held, Alfonsstr. 7, D-86157
 Augsburg, Telefon +49 (0)176 52058079, Fax +
 49 (0)821/40877043, wzaqseminare@aol.com,
 www.wegezurqualitaet.info ■

Wege zu einer Neuordnung des Geldes

Von der *fremd-verwalteten* zur *selbst-gestaltenden* Gesellschaft

Eine öffentliche Tagung

von Fr., 1. März 2019, 18 Uhr – Sa., 2. März 2019, 21 Uhr. Mit Alexander Caspar, Johannes Stüttgen, Tim Mergelsberg, Clara Steinkellner, Thomas Brunner

Durch die gegenwärtige neoliberale Wirtschaftsordnung hat sich in den letzten Jahrzehnten eine ungeheure Kluft zwischen den Erfordernissen der Real-Wirtschaft und den entkoppelten Spekulationen des Finanzsektors aufgetan. Enormen Vermögensbündelungen stehen immense Staatsverschuldungen und die Verarmung breiter Bevölkerungskreise gegenüber. Dabei kaschieren staatliche Ausgleichshandlungen die Probleme zumeist nur, und der individuelle Mensch wird zunehmend durch zentralisierte Strukturen in Bevormundung und Abhängigkeit geführt.

Mit dieser Tagung laden wir zu einem öffentlichen Forum ein, um insbesondere das gegenwärtige Geldsystem eingehend zu betrachten. In Vorträgen, Gesprächen und einem Initiativenforum sollen Gedanken und Perspektiven erörtert werden, durch die wir jenseits der üblichen Machtstrukturen Möglichkeiten einer menschenwürdigen Gesellschaft entwickeln können:

kulturell selbstbestimmt
politisch mündig
verantwortlich wirtschaftend

Tagungsbeitrag: 25,- € / ermäßigt 15 €.
Ort: Karl Ballmer Saal, Liegnitzer Str. 15,
10999 Berlin-Kreuzberg. Anmeldung und nähere
Information: Thomas Brunner, Tel. 0355 4887
480, votiv@web.de. Veranstalter:
Freie Bildungsstiftung, Sinnewerk e.V. ■

Soziales und Gesundes

Gesundheit im Spannungsfeld
der sozialen Systeme und Strukturen

Eine öffentliche Tagung

am Samstag, 6. April 2019, 14.30 – 21.30 Uhr

Mit Dr. Thomas Hardtmuth, Dr. Ellis Huber,
Dr. Stefan Schmidt-Troschke, Clara Steinkellner,
Thomas Brunner. Ort: GESUNDHEIT AKTIV e.V.,
Gneisenaustraße 42, 10961 Berlin.

Teilnahmegebühr: 20,- € / erm. 12,- €.
Anmeldung und nähere Information: Thomas
Brunner, Tel. 0355 4887480, votiv@web.de.
Veranstalter: GESUNDHEIT AKTIV e.V.,
Freie Bildungsstiftung ■

SEKEM Vision 2057

Am 15. Juni 2017 ist Ibrahim Abouleish, der Gründer der SEKEM Initiative, verstorben – im selben Jahr feierte SEKEM 40-jähriges Bestehen. Diesen internen Wandel und das Jubiläum hatte sich die SEKEM Gemeinschaft zum Anlass genommen, die Gründungsvision weiterzuentwickeln und eine Vision, Mission und Ziele für 2057 zu formulieren.

„Was immer du tun kannst, oder träumst es tun zu können, fang damit an! Mut hat Genie, Kraft und Zauber in sich.“ (Johann Wolfgang von Goethe)

Ibrahim Abouleish entwickelte die SEKEM Vision 1977 mit Blick auf die Herausforderungen, die er in Ägypten zu jener Zeit und in der Zukunft sah. Mit einem ganzheitlichen Ansatz gründete er dann die SEKEM Initiative, die entgegen vieler Widerstände zu einem erfolgreichen Modell für nachhaltige Entwicklung wurde. In der Vision 2057 wirft SEKEM zunächst einen Blick auf das Erreichte:

2100 Hektar Wüstenland wurden urbar gemacht | 600 000 Bäume wurden gepflanzt | 500 Mio. Tonnen CO2 wurden gebunden | € 74 Mio. Nettogegenwartswert wurden durch lokale Nahrungsmittelproduktion generiert | 2000 direkte Arbeitsplätze wurden geschaffen | 8000 direkte Mitglieder in der Gemeinschaft | 778 Menschen im engeren Umfeld SEKEMs werden versorgt | € 14 Mio. Nettogegenwartswert sind aus Einsparungen durch die Bereitstellung von lokaler Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur entstanden.

Wie wird Ägypten in 10 bzw. 40 Jahren aussehen?

Ebenso wie 1977 hat sich SEKEM nun die Frage gestellt: Was kommt uns aus der Zukunft entgegen? Wie wird die Welt in den vier Dimensionen Ökologie, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur 2057 aussehen? Dies wurde mit Hilfe von internationalen Studien und Experten, aber vor allem mit einem integralen Ansatz umgesetzt. In Anlehnung an die Vision des Gründers hat SEKEM dann die neuen Ziele formuliert. Dabei geht es vor allem darum, wie Ägypten in 10 und 40 Jahren aussehen soll, und was SEKEM unternimmt, um dies zu erreichen.

Mission und Ziele für Ägypten und SEKEM

Im Bereich Ökologie will SEKEM bis 2057 biologische und biodynamische Landwirtschaftsmethoden so weit verbreitet haben, dass der Großteil des Landes nachhaltig bewirtschaftet wird (inklusive nachhaltiger Wasser- und Abfallwirtschaft sowie erneuerbarer Energien). Außerdem soll die Erhaltung der Biodiversität in Ägypten stabilisiert sein und SEKEM selber will keinen Müll mehr produzieren.

Im Bereich Wirtschaft will SEKEM bis 2057 die Kreislaufwirtschaft, Internalisierung externer Kosten, das Konzept „Wirtschaft der Liebe“ und ein ethisches Bankensystem in Ägypten eingeführt haben. SEKEM selber will diese Punkte zu 100% umsetzen.

Im Bereich Gesellschaft will SEKEM bis 2057 die ägyptische Gesellschaft soweit inspiriert haben, dass ein sozialer Wandel stattgefunden hat, durch den alle Menschen Bewusstsein für eine Mitgestaltung ihres Landes und der Zukunft entwickelt haben. Dies soll unter anderem durch SEKEMsophia, das SEKEM-Modell für eine ganzheitliche und individuelle Entwicklung von Gemeinschaften und Organisationen, vorangetrieben werden.

Im Bereich Kultur will SEKEM bis 2057 den ganzheitlichen Bildungsansatz, der die individuelle Entfaltung von Potenzial ermöglicht, in Ägyptens Bildungssystem integriert haben – von der Schule über Universitäten bis zur Forschung. Außerdem soll sich die Medizin eines integrativen Konzeptes angenommen haben und Kultur in allen Bevölkerungsschichten eine grundlegende Rolle spielen.

SEKEM ist zuversichtlich, die Ziele für die kommenden 40 Jahre gemeinsam mit dem großen Netzwerk aus internationalen Partnern zu erreichen – inspiriert durch das von Ibrahim Abouleish geschaffene „Wunder in der Wüste“ und die Worte von Johann Wolfgang von Goethe: „Was immer du tun kannst, oder träumst es tun zu können, fang damit an! Mut hat Genie, Kraft und Zauber in sich.“ ■

Hier finden Sie die SEKEM Vision 2057: <https://www.sekem.com/de/vision-auftrag/>

Menschenwürde

Von Kindern, vom Kind im Menschen, vom Hegen und Pflegen der Kindheitskräfte als Zukunftsweg in die Option Menschenwürde unter den Bedingungen der Globalisierung

Öffentliche Arbeitstagung des Internationalen Kulturzentrums Achberg im Schloss Freudenberg Freudenbergstr. 224 – 226, 65201 Wiesbaden. In Kooperation mit dem Janusz Korczak Institut Nürtlingen und Schloss Freudenberg, Erfahrungsfeld der Sinne und des Denkens

Donnerstag – Fronleichnam, **20. Juni bis Sonntag, 23. Juni 2019**

Bleibt uns nur die Kapitulation vor der ökonomischen Diktatur über das Erziehungs- und Bildungswesen, vor der digitalen Mega-Maschine, vor dem Leitbild des reibungslos funktionierenden Menschen? Oder erwartet der legitime Zeitgeist ein radikales Bekenntnis zur Menschenwürde und zur spirituellen Dimension menschlicher Existenz? Welche konkreten Perspektiven gesellschaftlicher Neugestaltung würden sich daraus ergeben? Unter Mitwirkung von Karl-Dieter Bodack, Christoph Klipstein, Henning Köhler, Matthias Schenk, Christoph Wiechert u.a.

Das Bemühen in dieser öffentlichen Arbeitstagung steht im Gedenken des 100 Jahre Jubiläums der

Begründung der Freien Waldorfschule Stuttgart und des 1919 in die Öffentlichkeit getretenen Impulses für die Dreigliederung des sozialen Organismus. – Auch jene Bestrebungen für die Dreigliederung des sozialen Organismus im Sinne eines dritten Weges zwischen Privatkapitalismus und Staatssozialismus wie sie, beginnend in den späten 60er Jahren, in den Gründungsimpulsen und -intentionen des Internationalen Kulturzentrums Achberg ihren Ausgangspunkt gefunden hatten, werden im Hintergrund unserer Arbeit stehen.

Dies bildet das Vergangene, auf dem das Künftige unserer Arbeit ruhe, um das es uns eigentlich geht (Siehe: Monatspruch des Steinbock von Rudolf Steiner). – Von den Kindheitskräften als Zukunftsoption der Menschenwürde wollen wir dabei den Ausgangspunkt nehmen.

Verantwortlich für das Tagungsgeschehen sind Christoph Klipstein, Henning Köhler und Matthias Schenk ■

bildungsART 19 | umBildung der Zukunft

**Die öffentliche Tagung des campusA Stuttgart, der Freunde der Erziehungskunst und der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland
So 24.2. – Fr 1.3.2019 | in Stuttgart**

100 Jahre Waldorfpädagogik haben unsere Bildungslandschaft in vielen Bereichen positiv mit geprägt. Die Suche nach einer individuell und ganzheitlich den Menschen unterstützenden Bildung ist aktueller denn je und bezieht sich längst nicht mehr nur auf die Schulbildung.

Angesichts großer Herausforderungen wie die der Ökonomisierung und Digitalisierung der Gesellschaft fragen wir auf der bildungsART 19 in Vorträgen, Workshops, Foren und vielen künstlerischen Begegnungen nach einer menschengemäßen lebenslangen Bildung, bestehend aus vielen Bildungsmomenten, die uns wirklich in unserer individuellen und sozialen Biografie fördert.

Abendveranstaltungen

So 24.02 | 19.00 – ca. 21.00 Uhr | Vortrag | Rudolf Steiner Haus, Cafeteria: Globale Herausforderungen der Bildung – 100 Jahre Waldorfpädagogik und ihr Beitrag heute. Rednerin: Nana Göbel (Freunde der Erziehungskunst Rudolf Steiners, Berlin). Vortrag mit Gespräch und künstlerischem Auftakt

Mo 25.02 | 19.30 – ca. 21.00 Uhr | Vortrag | Hospitalhof Stuttgart, Paul-Lechler-Saal: Der Mensch vor der digitalen Sphinx – Gesundes Aufwachen von Kindern im Zeitalter digitaler Geräte. Redner: Prof. Dr. Edwin Hübner | Tessin-Lehrstuhl für Me-

dienpädagogik | Freie Hochschule Stuttgart | Di 26.02 | 19.30 – 20.30 Uhr | Podium mit Winfried Kretschmann | Rudolf Steiner Haus, Großer Saal. Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg im Gespräch mit campusA-Studierenden.

Mi 27.02 | 19.30 – ca. 21.00 Uhr | Theateraufführung | Rudolf Steiner Haus, Großer Saal: Die Troerinnen nach Euripides – Ein Stück über den Krieg nach dem Krieg gespielt von der TheaterKompanieStuttgart

Do 28.02 | 19.30 Uhr – Open End | Bunter Abend | Rudolf Steiner Haus, Großer Saal. campusUniversum – der künstlerische Ausdruck des campusA. Heiteres, Überraschendes, Spektakuläres, Berührendes aus allen Sparten von Kunst und Spiel! Vorschläge nimmt das Kunstteam in Empfang: kunst@campusa.de

Morgenveranstaltungen

Mo 25.02. – Fr 01.03. | jew. 9.00 – 10.30 Uhr, Rudolf Steiner Haus Stuttgart, Großer Saal

Montag, 25.02. | Auftaktveranstaltung: Bildungsbilder – eine künstlerisch-phänomenologische Collage Auftakt mit mehreren Kurzbeiträgen, Kunst und Saalgespräch

Dienstag, 26.02. | Vortrag: Die Geschichte der Bildung – Was bildet sich darin ab? Rednerin: Elke Rüpke | Dozentin am Erzieherseminar Stuttgart

Mittwoch, 27.02. | Tandem-Vortrag: Was ist der Mensch, was ist die gegenwärtige Zeit? – Perspektiven einer zukünftigen Bildung. Redner: Prof. Dr. Tomáš Zdražil und Ruprecht Fried | Dozenten an der Freien Hochschule Stuttgart

Donnerstag, 28.02. | Vortrag: Zukunftsressource Kreativität – Bildung am Scheideweg zwischen Industrialisierung und sozialer Innovation. Redner: Thomas Sattelberger | ehem. Topmanager, Mitglied des deutschen Bundestages

Donnerstag, 28.02. | abweichende Uhrzeit 11.00 – 12.00 Uhr | Podiumsgespräch: Kreativitätsförderung – wie und warum? Redner: Thomas Sattelberger und weitere Teilnehmende im Gespräch

Freitag, 29.02. | Podiumsgespräch: Wegweiser für die umBildung der Zukunft. Mit Vertreter*innen zukunftsweisender Bildungsinitiativen

Interessierte junge Menschen sind herzlich eingeladen zusammen mit Studierenden des campusA an der Tagung teilzunehmen. Weitere Infos in nächster Zeit unter <https://www.campusa.de/bildungsart/> Infos, Kontakt und Anmeldung: info@campusa.de

Waldorf 100

Learn to change the World

Lokal handeln, global wirken: Waldorfschulen verändern die Welt

1919 wurde die erste Waldorfschule in Stuttgart gegründet – 2019 wird „die Waldorfschule“ 100 Jahre jung! Heute gibt es über 1.100 Waldorf- (oder Waldorf-inspirierte) Schulen und knapp 2.000 Waldorfkindergärten in rund 80 Ländern. Und sie werden immer mehr. Das Jubiläum nehmen wir zum Anlass, die Waldorfschule zeitgemäß weiterzuentwickeln und ihre globale Dimension stärker ins Bewusstsein zu rücken. Mit vielen Projekten auf allen Kontinenten. Seid gespannt und seid dabei: 100 Jahre sind erst der Anfang.

Auf <https://www.waldorf-100.org/> findet man die vielen Waldorfschulen – mit Anschrift, Kontaktdaten, Weblink und ihrem Waldorf 100-Projekt (wenn sie sich schon eins für das Jubiläum überlegt haben).

Wenn es den Bienen gut geht, geht es auch den Menschen gut. Die Bienen sind ein Herzstück von Waldorf 100. Deshalb haben wir uns das Ziel gesetzt, bis 2019 alle Waldorfeinrichtungen auf der Welt zu Bienen-Oasen werden zu lassen.

Waldorfschulen fördern die gegenseitige Wahrnehmung und Vernetzung (in den Schulen selbst, aber auch regional und über Grenzen hinweg), um eine lebendige internationale Verbundenheit zu schaffen, die heute so wichtig ist wie selten zuvor. Dazu starten wir ab sofort über einen Zeitraum von drei Jahren gemeinschaftsbildende Aktionen – große und kleine, komplexe und einfache, lehrreiche und unterhaltsame, so vielfältig wie die Welt, in der wir leben. Seid dabei, bringt Euch ein, zeigt Eure Welt. Beispiele dafür sind die von uns initiierten folgenden Kernprojekte.

Die Waldorf 100-Kongresse

Die hier aufgeführten großen internationalen Kongresse widmen sich im Jubiläumsjahr 2019 verschiedenen pädagogischen Fragestellungen und sind stets auf die Zukunft der Waldorfschulen ausgerichtet. Wie kann die Waldorfpädagogik sich erneuern und trotzdem ihren Wurzeln treu bleiben, um kraftvoll

ins nächste Jahrhundert zu starten? Wie lässt sich bei den Schüler*innen das allgemein Menschliche stärken, um sie auf dem Weg zu mündigen, selbstbestimmten, die Welt verändernden Erwachsenen zu begleiten? Weitere Veranstaltungen unter <https://www.waldorf-100.org/>

Internationale Schülertagung

Vom 23.04. bis 27.04.2018 in Dornach (Schweiz)

Internationale Mittelstufentagung

Vom 05.05. bis 11.05.2019 in Bangkok (Thailand)

Internationale Oberstufentagung

Vom 15.6. bis 19.06.2019 in Buenos Aires (Argentinien)

Kongress „Am Anfang steht der Mensch“

Vom 07.09. bis 10.09.2019 in Stuttgart (Deutschland)

Programm des Stuttgarter Kongresses:

Auftakt in der Liederhalle in Stuttgart:
Samstag, 7. September 2019
17.00 Uhr mit einem Vortrag und um
19.30 Uhr mit einer Eurythmieaufführung mit
Schüler/innen der Waldorfschule Uhlandshöhe.

Tagesgliederung Sonntag, 8. September 2019 /
Montag, 9. September / Dienstag, 10. Dezember
2019: Jeweils 8.30 Einstimmung in den Tag: Seele,
Geist, Leib | 9.00 Vorträge/AGs | 10.30 Pause |
11.15 Vorträge/AGs | 12.45 Mittagspause |
15.00 Foren/ AGs | 16.30 Pause | 17.15 Foren/
AGs/Filme | 18.30 Abendessen | So/Mo |
20.00 Abendprogramm, Di 19.00 Konzert in der
Liederhalle

Erläuterungen:

Es erwarten Sie über 50 Arbeitsgruppen mit namhaften Referent/-innen rund um alle Themengebiete von Schule und Kindergarten auf der Arbeits-Grundlage der allgemeinen Menschenkunde. Eine AG erstreckt sich pro Zeitschiene jeweils über drei Tage. Die Vorträge werden jeweils wiederholt. Man besucht erst den Vortrag und wählt dann eine AG, oder umgekehrt. Die Foren bieten spannende, öffentliche Diskussionsrunden rund um Digitalisierung, neue Unterrichtsformen, die internationale Schulbewegung u.a. Alternativ dazu können AGs oder ein Film mit anschließender kleiner Gesprächsrunde besucht werden. Für den Kongress und alle einzelnen Veranstaltungen ist eine verbindliche Anmeldung nötig.

Am Anfang steht der Mensch

Die Zukunft stellt uns vor wesentliche Fragen, tiefe Rätsel, spannende Herausforderungen. Sei es das Verhältnis von Mensch und Technik, sei es der Umgang des Menschen mit der Natur, sei es die Frage einer sozialen und gerechten Gesellschaft: Überall merkt man eine Grundfigur: Die Antworten und

Lösungen hängen unmittelbar mit unserem Selbstverständnis, mit unserer Menschenauffassung, also mit dem Menschen, zusammen.

Für die Waldorfschulen und -kindergärten ist eine umfassende Menschenkunde, die den Menschen dreigliedrig in Leib, Seele und Geist erfasst, vom Anfang an die grundlegende Quelle für alles pädagogische Tun, ein Instrument für eine lebendige Methodik und Didaktik und ein Weg zum individualisierenden Unterrichten und Erziehen. In der Arbeit jedes Waldorfpädagogen und in seinem Erspüren der Zukunftskräfte der Kinder und Jugendlichen braucht die Menschenkunde eine stetige Erneuerung und schöpferische Vergegenwärtigung: Wie kann uns die Beschäftigung mit der Menschenkunde zu einem wirksamen pädagogischen Impuls im 21. Jahrhundert werden?

Der Stuttgarter Kongress 2019 „Am Anfang steht der Mensch“ will diese Themen mit der internationalen Waldorfbewegung und mit dem Blick auf die nächsten Jahrzehnte kreativ bearbeiten und intensiv aktualisieren. Die Veranstalter laden alle ein, die die zentralen Zukunftsfragen zusammen mit anderen pädagogisch tätigen Zeitgenossen suchen und bewegen wollen, denen der Blick auf den ganzen Menschen ein existenzielles Anliegen ist und die die Zukunft der Waldorfschulen und -kindergärten mitgestalten und tragen wollen.

Der Kongress möchte Inspirationen für die Zukunft der Waldorfpädagogik suchen.

Unser internationaler Kongress für alle Waldorfpädagog/innen dieser Welt ist eine Veranstaltung des Bundes der Waldorfschulen unter Mitwirkung der Internationalen Konferenz der Waldorfschulbewegung (Haager Kreis).

Im Mittelpunkt steht die „Allgemeine Menschenkunde“ von Rudolf Steiner. Das genaue Programm folgt in Kürze. Anmeldung online ab April 2019.

Freie Hochschule Stuttgart | Freie Waldorfschule Uhlandshöhe | Waldorf 100 ■

www.waldorf-100.org/termine/stuttgarter-kongress-am-anfang-steht-der-mensch/

www.freie-hochschule-stuttgart.de/aktuelles/stuttgarter-kongress-2019/

100 Jahre Dreigliederung

Zwei Tagungen in Stuttgart und Achberg

ImPuls für die Zukunft

**Aufbruch zu einer menschlicheren
Gesellschaft im 21. Jahrhundert**

**Tagung 5. – 7. April 2019 | Hospitalhof und
Forum 3 Stuttgart | [www.100JahreSoziale
Dreigliederung.de](http://www.100JahreSozialeDreigliederung.de)**

Wie werden wir den drängenden sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht? 1919, nach dem Ersten Weltkrieg, ging von Stuttgart eine Volksbewegung für die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ aus. Sie wurde inspiriert von Rudolf Steiner und setzte sich für eine umfassende gesellschaftliche Neuordnung ein, die auf der Selbstbestimmung mündiger Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft beruht. Was gewinnen wir aus diesem Impuls und den bisher damit gemachten praktischen Erfahrungen für die Probleme von heute und morgen? Diese Fragen und Themenstellungen möchten wir gerne mit Ihnen gemeinsam auf der Tagung im Forum 3 Stuttgart und im Hospitalhof bearbeiten und laden Sie herzlich dazu ein!

Programm

5. April Freitagabend: Die Soziale Dreigliederung – 1919 und heute. Ort: Hospitalhof Stuttgart, Büchsenstraße 33, Paul-Lechler-Saal

17:30 Eröffnung und Grußworte. Beiträge von Fritz Kuhn (OB Stuttgart), Henning Kullak-Ublick (Waldorfschulbewegung) | 18:15 Die Dreigliederungsbewegung von 1919. Präsentation von Prof. Dr. Albert Schmelzer (Historiker, Pädagoge) | 19:00 Abendpause mit Verpflegung | 19:45 Die soziale Dreigliederung – eine Antwort auf brennende Fragen der Zeit? Vortrag Gerald Häfner (Politiker, Sozialwissensch. Sektion Goetheanum). Künstlerischer Auftakt unter

der Leitung von Lena Sutor-Wernich und Marco Bindelli. 21:30: Ausklang

6. April 2019: Samstagvormittags : 9.30 – 13:00 (mit Pause) Workshops zu sozialen und künstlerischen Themen. Ort: Forum 3 Stuttgart, Gymnasiumstr. 21, siehe Aushang.

Bodenreform und Frieden. Fritz Andres | Mensch – Musik – Organismus! Marco Bindelli | Wirkungen und Rezeptionen des Dreigliederungsimpulses – Geschichte und aktuelle Aufgaben. André Bleicher / Christoph Strawe | Ermöglicht das Grundgesetz die „Soziale Dreigliederung“? Karl-Dieter Bodack | Schenk.Geld.Experiment. Joshua Conens | Krise des Nationalstaats. Kai Ehlers | Verrechnungsgeldkreisläufe als überbetriebliche Buchhaltung. Stephan Eisenhut | Menschenseelenkräfte für die Mitmenschen. Loriana Favro | Grundelemente des anthroposophischen Sozialimpulses und die Dreigliederung des sozialen Organismus. Ingrid Feustel | Am PULS des ‚spielenden‘ Menschen. Übungen & Theater-Szenen. Gerald Friese | Die soziale Dreigliederung als Beitrag zur Bearbeitung sozialer Konflikte der Gegenwart. Gerald Häfner | Das Potenzial der direkten Demokratie für eine menschlichere Gesellschaft. Sarah Händel / Stefan Padberg | Zwischen Fake News und Qualitätsjournalismus: Medienarbeit in Zeiten der „großen Gereiztheit“. Jens Heisterkamp | Die Befreiung des Geisteslebens – am Beispiel der Cusanus-Hochschule Bernkastel-Kues. Paulus Schürmann u.a. | Anthropozän und Transhumanismus. Albrecht Hüttig | Selbstverwaltung jetzt! Walter Kugler | Die Waldorfschule: ein Beispiel gelebter Freiheit – weltweit. Henning Kullak-Ublick / Tomas Zdražil | 50 Jahre Forum 3 – Erfahrungen mit der Dreigliederung in einer Institution. Ulrich Morgenthaler | Bedingungsloses Grundeinkommen: Pro und Contra. Thomas Ostheim / Bernardo Steiner | Globalisierung, künstliche Intelligenz und soziale Dreigliederung. Nicanor Perlas | Joseph Beuys und die soziale Plastik. Rainer Rappmann | Kern der sozialen Dreigliederung: Eigenverantwortung und Selbstverwaltung. Michael Ross / Udo Herrmannstorfer | Assoziatives Wirtschaften in der Praxis: die OIKOPOLIS-Gruppe in Luxemburg. Änder Schanck | Die Dreigliederungsbewegung in Stuttgart 1919 und ihre aktuelle Bedeutung. Albert Schmelzer | Eigentum Neu Denken – ein Akkupunkturpunkt, der die Wirtschaft verändert? Armin Steuernagel | Bewegungsimpulse zur Dreigliederung. Max Strecker | Geldfrage und European Credit Initiative / Kuppelgespräch zur Zukunft Europas. Daniel Schily, Gerhard Schuster, Kurt Wilhelm, Peter Frank | Das Lichtwürmchen: Japanische Chormusik. Yoichi Usami | Logik des Herzens. Sabine Wandelt-Voigt | Kulturschaffende; Lehrbeauftragte HMDK Institut Sprechkunst; Erzähltheater Sabine Wandelt&Freunde | Die demokratische Stimme der Jugend. Fedelma Wiebelitz u.a. | Die Schweiz – ein Vorbild für Europa? Matthias Wiesmann / Nikolaus Schär | Wer arbeitet, wenn Geld arbeitet? – Wie sähe ein christlicher Umgang mit Geld und Arbeit aus? Alfred Wohlfeil / Dr. Hans-Bernd Neumann | Konsumentenräte. Rainer Müller |

Mehr Infos zu den Workshops und Anmeldung siehe www.100JahreSozialeDreigliederung.de

6. April Samstagnachmittag: 13:30 Mittagspause mit Büffet im Foyer | 14:30 **Markt der Möglichkeiten.** Ort: Hospitalhof Stuttgart, Büchsenstraße 33, Paul-Lechler-Saal | Großes Worldcafé mit Präsentationen und Gesprächen. Viele Initiativen sind eingeladen, die ein soziales Anliegen mitbringen. Vertiefende Kunstaktionen. | 18:15 Abendpause mit Verpflegung

6. April Samstagabend: Dreigliederung global. Ort: Hospitalhof Stuttgart, Büchsenstraße 33, Paul-Lechler-Saal.

19:30 Globalisierung, Zivilgesellschaft und Dreigliederung. Vortrag Nicanor Perlas (Aktivist, Träger des Alternativen Nobelpreises, Philippinen), Künstlerischer Auftakt unter der Leitung von Lena Sutor-Wernich und Marco Bindelli | 22:00 Ausklang, Nachtcafé

07. April 2019, Sonntagmorgen: Geld, Digitalisierung, Zukunft. Ort: Forum 3 Stuttgart, Gymnasiumstr. 21 | 09:30 Drei Foren zu sozialen Fragen | 1. Forum | Eigentum und Einkommen. Mit Gerald Häfner, Armin Steuernagel, Udo Herrmannstorfer, u.a. | 2. Forum: Digitalisierung, künstliche Intelligenz und soziale Dreigliederung. Mit Ulrich Morgenthaler, Alexander Schwedeler, Nicanor Perlas, Prof. Dr. Edwin Hübner | 3. Forum: Jugendliche Visionen einer menschlicheren Gesellschaft. Mit Fedelma Wiebelitz und Simon Hoffmann (Demokratische Stimme der Jugend) u.a. | 11.30 Abschlussplenum: Was bleibt? Künstlerisch getragener Nachklang auf die Tagung mit Eindrücken, Plenumsgespräch und Ausblick | 13.00 Ende

Teilnahme

Die Tagung ist für alle Interessierten offen. Um die Teilnahme zu erleichtern, erheben wir keinen Teilnahmebeitrag. Wir bitten lediglich um eine Kostenbeteiligung nach Selbsteinschätzung.

Sie erleichtern uns die Organisation sehr, wenn Sie sich online anmelden. Wegen der Raumplanung gilt dies besonders für die Workshops. Nutzen Sie dafür die untenstehenden Adressen.

Infos & Anmeldung

info@100JahreSozialeDreigliederung.de
www.100JahreSozialeDreigliederung.de

Kostenbeteiligung: Konto Forum 3 e.V. bei GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE09 4306 0967 0023 9484 04 |

Veranstalter und Initiativkreis

Initiativkreis: Ingrid Lotze, Ulrich Morgenthaler (Forum 3), Gerald Häfner (Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum, Dornach CH), Christoph Strawe (Institut für soziale Gegenwartsfragen, Initiative Netzwerk Dreigliederung), Alfred Wohlfeil (Christengemeinschaft Stuttgart-Mitte), Alexander

Schwedeler, Sebastian Knust, Lena Sutor-Wernich, Marco Bindelli, Andreas Kehl.

Veranstalter: Forum 3 (Rechtsträger) | Goetheanum – Sektion für Sozialwissenschaften | Die Christengemeinschaft Stuttgart-Mitte | Initiative Netzwerk Dreigliederung | Institut für soziale Gegenwartsfragen |

Tagungspartner: Kooperation mit Hospitalhof Stuttgart | Campus A Stuttgart | Anthroposophische Gesellschaft Stuttgart | Freie Hochschule Stuttgart | Evangelisches Bildungswerk | Bund der Freien Waldorfschulen

Partnertagung: Fest und Symposium Achberg, Verein Soziale Skulptur e.V.

Die Veranstaltung wird unterstützt von zahlreichen weiteren Einrichtungen bzw. Einzelpersonen. ■

Kooperationsveranstaltung 100 Jahre Dreigliederung

FEST und Symposium

26. – 28. April 2019

Achberg Bodensee / Achberg

Veranstalter: Verein Soziale Skulptur e.V.

Aufklärung mal anders ...

Weshalb beschäftigen sich noch heute – und gerade heute – Künstler, Sozialwissenschaftler, Initiativen für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft und neue Formen der Bildung mit einer Idee, die Gedanken aus der Zeit der Aufklärung nicht nur erhalten, sondern sogar weiterentwickeln will?

Vor 100 Jahren folgten Menschen den fein gemalten Kreidestrichen des Vordenkers und Künstlers Rudolf Steiner, der die drei o. g. Eckpfeiler der Aufklärung in direkte Beziehung zu drei Lebensbereichen setzte: zu Wirtschaft, Kultur und Recht, so verwegen dies auch schien. In dieses Urbild wollen wir – im Kontext unserer Zeit – eintauchen.

Täglich wirken tausende von Menschen praktisch daran mit, dass unser Leben sowohl miteinander als auch mit der Natur „humane“ Formen entfaltet. Dass ihr Wirken dabei „dreigliedrig“ ist in oben beschriebenen Zusammenhang, ist vielen Menschen nicht bewusst – und muss es auch nicht sein.

An einem Wochenende in der Natur des Bodensees begeben wir uns auf Spurensuche: gemeinsam mit vielen hochkarätigen Gästen, in Erfahrungsfeldern, Workshops und Podiumsbeiträgen. Seid herzlich willkommen zum Fest! Mit Musik der Stangenbohnenpartei, Licht-Feuer-Werk, Häppchen aus der „Berta“ und weiteren Überraschungen...

Dreigliederung: Was ist das?

Die Idee der sozialen Dreigliederung wurde von Rudolf Steiner am Ende des 1. WKs in den Nachkriegswirren ins Spiel gebracht. Sie beinhaltet, dass der sog. „Einheitsstaat“ nicht alle Lebensbereiche zentral lenken möge, sondern sich vielmehr zurückziehe auf sein eigentliches Gebiet: nämlich das des Rechts. Alle mündigen Bürger sollen dabei befähigt werden, basisdemokratisch die Rechtssphäre ihres Landes direkt mitzugestalten.

Das geistige Leben (Kultur, Religion, Schul- und Hochschulwesen) unterliegt weder staatlicher Bürokratie noch wirtschaftlichem Druck. Vielmehr verwaltet es sich selbst nach eigenen, in ihm wohnenden Gesichtspunkten, nämlich denjenigen der Freiheit und der Eigenverantwortung. Die Kontrolle der Achtung von Grund- und Menschenrechten ist dabei staatliche Aufgabe.

Auch das eigentliche Wirtschaftsleben organisiert sich selbst, etwa in assoziativen Zusammenschlüssen von Produktion, Distribution und Konsumption. Heutige Formen Solidarischer Landwirtschaft mögen in diese Richtung zeigen. Unter Wirtschaft wird nicht mehr das Profitstreben verstanden, sondern die Befriedigung realer, menschlicher Bedürfnisse. Grundlage ist die Entwicklung eines neuen Geldbegriffs, der Rechtscharakter hat und die Wirtschaft nicht mehr beherrscht, sondern dienend begleitet.

Die Idee der Dreigliederung wurde nach dem 2. WK erneut aufgegriffen, zunächst von Wilhelm Schmundt, später von Peter Schilinski, anschließend in künstlerischer Weise von Joseph Beuys. Daraus entstand 50 Jahre später im Zuge der 68er-Bewegung das Projekt eines Internationalen Kulturzentrums Achberg (INKA).

Nach 50 Jahren, 100 Jahren, nach 200 Jahren bewegt uns – ebenso wie viele andere Feiernde u.a. in Stuttgart, Berlin, Dornach – die Frage nach der Wertigkeit dieser Idee: Was – wenn ja – hat sie uns heute zu sagen? Welche Bedeutung hat sie im rasanten Wandel der Zeit, wo Wertigkeiten – unser „Kapital“ – neue Bedeutungen finden? Wo finden sich Paradebeispiele der Umsetzung von Dreigliederung? Muss sie gar umgetauft werden, um in diesem Jhd. Fuß fassen zu können?

Was wäre die Alternative zu einer Gesellschaft, die sich mehr und mehr den Markt- und Geldgesetzen unterwirft und dabei Mensch und Natur ausbeutet, unterjocht, ja zerstört? Bietet die Idee heute Lösungsansätze für unsere drängenden Aufgaben der Gegenwart und Zukunft angesichts von Umwelt- und Innenweltzerstörung, Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung, unkontrollierter Dynamik der Digitalisierung?

Wir freuen uns, Euch in dieser – gerade in Achberg (im Dreiländereck am Bodensee) – so herrlich aufblühenden Natur begrüßen zu dürfen.

Annette und Rainer Rappmann

Programm

Freitag, 26.4.2019

Ab 13 Uhr Ankommen – Settle down – Snacks | Eröffnung der Audioinstallation. Viz Michael Kremietz & Annette Rappmann, Video-Installation Ruth Bamberg | 15.00 Begrüßung: Rainer Rappmann | 15.15 Hildegard Kurt: Zur transformativen Dimension des FESTES | 16.00 – 16.45 Vorstellung der Workshops & Gesprächskreise | 17.00 – 18.45 Workshops & GK | 19.00 Abendessen | 20.00 – 22.00 Vortrag & Gespräch Prof. Albert Schmelzer: Die historische Dreigliederungsbewegung – Rudolf Steiners Beitrag für eine Gesellschaftserneuerung nach dem 1. Weltkrieg | 22.00 Nachtausklang: Open Space und/oder Filme: „Achberg“; „Beuys“; „CaRabA – Leben ohne Schule“

Samstag, 27.4.2019

7.45 – 8.15 WORT-KLANG -STILLE – Eine 30 min. Morgenmeditation mit Viz Michael Kremietz | 8.30 Frühstück | 9.30 – 11.00 Impulsbeitrag & Podiumsgespräch: Johannes Stüttgen & Tobias Hartkemeyer: Wie kann man heute und in Zukunft zeitgemäß für den Impuls der Dreigliederung wirken? | 11.15 – 12.45 Workshops & Gesprächskreise | 13.00 Mittagessen | 15.30 – 17.00 Impulsbeitrag und Podiumsgespräch: Christian Felber, Anna Deparnay-Grunenberg, Gerald Häfner: Was kann die Politik konkret dazu beitragen, dass das heutige Wirtschaftssystem in Richtung Gemeinwohl und ‚Brüderlichkeit‘ verändert wird? | 17.15 – 18.45 Workshops & Gesprächskreise | 19.00 Abendessen | 20.00 FEST live-acts, Tanz und Musik von der Stangenbohnenpartei“, Lichter-Feuer-Werk, Musik mit DJ, u.a. Tango ...

Sonntag, 28.4.2019

7.45 – 8.15 WORT-KLANG - STILLE | 8.30 Frühstück | 9.30 – 11.00 100 Jahre vorwärts und nicht vergessen: „frei, gleich und brüderlich“ – Visionen bis ins Jahr 2118. Impulsbeiträge versch. Gäste: Gerald Häfner, Johannes Stüttgen, Hildegard Kurt, Christian Felber, Albert Schmelzer, Robert Habeck, who ever ... Gespräch, Austausch | parallel: 9.30 – 11.00 Jugendliche / Heranwachsende besprechen, welche Zukunft sie sich wünschen, Moderation: Camilla von Homeyer-Straub & Konstantin Müller | 11.00 – 11.30 Berichte aus der „Jugendwerkstatt“ | 11.45 – 13.00 Wünsche & Erwartungen, Konklusionen im Plenum mit allen Teilnehmern | 13.00 Abschluss-Mittagessen | 14.30 Zugabe für alle Junggebliebenen – öffentliche Veranstaltung: Kasperpiel in fünf Akten mit „Der Kasperkoffer“ von Christoph Stüttgen: Similia Similibus. Möglichkeit zum Zelten, Swimmingpool, Feuerstelle, Tischtennisplatte, Volley-Ball, Chill-Bar mit Musik ...

Workshops & Gesprächskreise

Was ist eigentlich Bildung? Joshua Conens | Beschützende Hofgemeinschaft und integrierte Schule. Tobias Hartkemeyer | Partei als Instrument der Gesellschaftsveränderung. Wolf-Dieter Hasenklever | Soziale Kunst – ein Weg durch das Musikalische.

Ulrike Hethay | Permakultur und solidarische Landwirtschaft. Simon Neitzel | Dreigliederung „häppchenweise“ serviert. Mario Ohno & Karlheinz Vogel | Der „Achberger Impuls“ zur Neugestaltung des sozialen Ganzen. Uwe Scheibelhuth, Ines Kanka, Gerhard Schuster & Gerhard Meister | Die Dreigliederungsidee im Forschungsweg Rudolf Steiners. Ronald Wüthrich und Ingrid Feustel

Installation, Ausstellung / Aktion

Videoinstallation: „Leben und Tod“. Ruth Bamberg | Klang-Collage Achberger Beuys-Archiv. Vitz Michael Kremietz, Annette Rappmann | Lichter-Feuer-Werk. Matthias Schenk | bundesweit. Kreditinitiative „Unternehmen in Freiheit“ Kurt Wilhelmi

Beiträge im Programm

Mit Kindern und Jugendlichen: Wie wollen wir leben? Camilla von Homeyer-Straub und Konstantin Müller | Für Jugendliche: Praktische Einführung in die Permakultur und die solidarische Landwirtschaft (auch mit Kindern und Erwachsenen). Simon Neitzel | Angebote im Tagungshaus: Möglichkeit zum Zelten, Swimmingpool, Feuerstelle, Tischtennisplatte, Volley-Ball, Chill-Bar mit Musik Camilla von Homeyer-Straub und Konstantin Müller

Grüßwort von Ministerpräsident Winfried Kretschmann

„2019 jährt sich die Idee von einer Dreigliederung der Gesellschaft zum 100. Mal. Der Verein Soziale Skulptur e.V. begibt sich zu diesem Anlass auf Spurensuche und veranstaltet vom 26. bis 28. April in Achberg ein Symposium und Fest, zu dem ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich begrüße.

Der Anthroposoph Rudolf Steiner entwickelte das Leitbild der Dreigliederung mit Ende des ersten Weltkrieges. Lange hatte er sich zuvor zu gesellschaftlichen Fragen zurückhaltend geäußert. Als es nun jedoch darum ging, die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu ordnen, entwickelte er einen Ansatz, der in Zukunft nationalistischen Tendenzen entgegen wirken sollte: Er stellte Kultur, Recht und Wirtschaft den Begriffen Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit gegenüber mit dem Ziel, althergebrachte und scheinbar unüberwindliche Grenzen zwischen Staaten und Menschen zu überwinden sowie eine weltumspannende solidarische Wirtschaftsweise zu etablieren.

Der Verein Soziale Skulptur e.V. würdigt diese Idee und stellt sie vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen neu zur Debatte. Dem Symposium und den anstehenden Feierlichkeiten wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf und den Gästen gute Gespräche, viele neue Erkenntnisse und interessante Begegnungen.“

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Anmeldung und weitere Informationen

Zwei Anmeldungen sind erforderlich, je früher desto besser / Plätze im Haus begrenzt

1. Anmeldung: Übernachtung / Verpflegung: Humboldt-Haus, Panoramastrasse 30, D 88147 Achberg www.humboldt-haus.de. Preise pro Tag/pro Personerverpflegung: Vollpension 25 € (einfache Verpflegung; vegetarisch oder mit Fleisch); Unterkunft: EZ: 43 € – DZ: 34 € –kl. DZ: 30 € Mehrbett / Matratzenlager: 22 € – Wohnmobil: 14 € – Zelt: 8 €

2. Anmeldung: Fest/Symposium / www.soziale-skulptur.com / Festbeitrag: 60 € / Förderbeitrag: 90 €, ermäßigt (Schüler/Stud./Vereins-MGs/Rentner): 30 €

Unsere Kooperationspartner

100 Jahre Soziale Dreigliederung, Stuttgart, www.100jahresozialedreigliederung.de | Impulse Privatstiftung · www.impulse-stiftung.com | Interessengemeinschaft für Lebensgestaltung · www.ig-lebensgestaltung.de | GLS Bank · www.gls.de | Mahle-Stiftung, Stuttgart | Druckerei Kleb · www.druckerei-kleb.de | grafik studio altenried · www.almo.de | Dreigliederungsverband KomeT, Nürnberg | Steuerberatersozietät Altenried & Partner · www.altenried-stb.de | Elisabeth Buser, Schwäbisch Hall | Ceres Naturkostladen, Wangen ■

Zwei Termine am Jahresanfang

2. bis 4. Januar 2019:

EUROPA 2019. Aktuelle Projekte im Ideen-Licht von „100 Jahre Bewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus“ – Eine Geburtstagsfeier

4. bis 6. Januar 2019:

„...die modernste Gesellschaft, die es geben kann“. Die Achberger Arbeitsergebnisse zur Konstitution der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft im Hinblick auf die gegenwärtigen Kontroversen und auf ihre Aufgaben in der Welt

Tagungsort für beide Termine ist das Humboldt-Haus des Internationalen Kulturzentrums Achberg, 88147-Achberg, Panoramastraße 30 – Tel. 08380-335

Weitere Infos und Anmeldung unter <https://humboldt-haus.de>, es gelten die hier genannten Preise. ■

Aufruf zum Kostenausgleich

Etat 2019 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Die politische, ökonomische und kulturelle Weltlage verleiht vielen Motiven der Dreigliederungsbewegung eine neue Aktualität. Erste Anzeichen deuten auf ein größeres Interesse in Teilen der Öffentlichkeit. Große Tagungen werden im nächsten Jahr versuchen, Ideen und praktische Versuche der Dreigliederung neu zur Diskussion zu stellen. Das Netzwerk von Menschen und Einrichtungen, die sich hierbei exponieren, wird hoffentlich wachsen. Die offene Arbeitsweise des Netzwerks, die wertschätzende gegenseitige Wahrnehmung und die Achtung des Initiativprinzips werden weiterentwickelt werden und sich dabei bewähren müssen.

Für den Beitrag, den unsere Initiative hier leistet, brauchen wir weiterhin eine nachhaltige Finanzierung. Dass das hierzu vor 29 Jahren entwickelte Kostenausgleichsverfahren dies über eine so lange Zeitperiode ermöglicht hat, ist ein kleines Wunder. Vollbracht haben Sie es, die Sie in dieser Zeit finanzielle Mitverantwortung übernommen haben.

Für Neulinge sei das Verfahren kurz beschrieben: Jeder Einzelne kalkuliert seine jeweiligen Beiträge auf der Grundlage des vorgelegten Jahresestats (siehe nächste Seite). Im Etataufbau kommen zunächst die Sachkosten der Zeitschrift, danach alle weiteren prognostizierten Kosten. Diese teilen diejenigen, welche die Initiative umfänglicher als nur durch den Bezug der Zeitschrift unterstützen wollen, unter sich auf. Auf diese Weise ergibt sich ein Umlagerichtsatz zur Orientierung. Da einige nur weniger zahlen können als den Richtsatz, funktioniert das Ganze nur dann, wenn andere mehr geben. Im ersten Quartal 2019 gibt es dann für alle eine Abrechnung und eine Kostenausgleichsbestätigung. Dazu und zur steuerlichen Seite weiter unten mehr.

Etat 2019 und Appell an die Leserinnen und Leser

Wir haben im Hinblick auf die wachsenden Anforderungen die Ausgaben im neuen Etat um 3.500 EUR höher angesetzt als im Vorjahr. Die prognostizierte Unterdeckung nimmt allerdings gegenüber dem

Vorjahr nur um 500 EUR zu. D.h. wir kalkulieren höhere Einnahmen – speziell bei den für die Zeitschrift deklarierten Sachkostenbeiträgen – ein. Diese konnten in den Vorjahren das Sachkostendefizit nicht voll decken. An dieser Stelle besteht ein deutliches Missverhältnis, da der allgemeine Kostenausgleich ja gerade die über die Rundbriefsachkosten hinausgehenden Kosten abdecken soll. Dieses Missverhältnis wollen wir korrigieren, allerdings ohne Aufbau eines Mahnwesens mit entsprechendem bürokratischen Aufwand. Vielmehr appellieren wir an die Leser, die es betrifft, zu überprüfen, ob sie Ihren Kostenbeitrag für die Zeitschrift aufstocken bzw. vorhandene Zahlungsrückstände ausgleichen können. Den Richtsatz für den Kostenausgleich der „Sozialimpulse“, heben wir auf EUR 30 an.

Dahinter steht auch die Überlegung, dass die Qualitätsentwicklung der Zeitschrift auf die Dauer größere finanzielle Mittel erfordern wird, als derzeit zur Verfügung stehen. Der hier vorgelegte Etat und der neue Richtsatz wurden bei einer Telefonkonferenz des Koordinierungskreises am 17. Dezember beraten und vereinbart. Ich darf jetzt schon allen danken, die mithelfen, die gesteckten finanziellen Ziele zu erreichen.

Werbung für die Zeitschrift

Die Weiterentwicklung der Zeitschrift ist aber natürlich auch eine Frage der Gewinnung neuer LeserInnen. Dabei können Sie uns helfen, indem Sie die Zeitschrift im Bekannten-, Freundes- oder Kollegenkreis weiterempfehlen – man spricht heute ja auch von „Empfehlungsmarketing“. Ihre Empfehlung wirkt vielleicht noch stärker, wenn Sie auf Wunsch Probehefte zur Verfügung stellen können. Wir schicken Ihnen diese auf Bestellung gerne kostenlos zu.

SEPA-Überweisungen

Überweisungen und Lastschriften in Euro müssen seit einigen Jahren nach dem SEPA-Verfahren (SEPA = Abkürzung für „Single Euro Payments Area“, zu „deutsch Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum“) vorgenommen werden. Bei SEPA-Überweisungen ins In- und Ausland gilt als Konto- und Bankidentifikation nur die sogenannte IBAN-Nr. (Internationale Banking Account Number) sowie der BIC, der Bank-Identifizier-Code. Dem Heft liegen zwei entsprechende Überweisungsträger bei. Ihre IBAN und BIC finden Sie auf Ihren Kontoauszügen. Sie können sie auch mit einem Internet-IBAN-Rechner, z.B. www.iban-rechner.de, aus Ihrer Kontonummer und Bankleitzahl errechnen lassen.

Kostenbeiträge für Zeitschrift und allgemeinen Kostenausgleich

Ihren Umlagebeitrag überweisen Sie bitte auf das Treuhandkonto Czesla. Es hat die IBAN-Nr. DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC: SOLA DE ST600). Den Beitrag für die Zeitschrift (neuer Richtsatz 30,- EUR) können Sie entweder dabei mit einkalkulieren oder mit dem gesonderten Überweisungsträger bezahlen. Als Teilnehmer am Kostenausgleichs-

Etat 2019

Kostenblock Einnahmen Ausgaben

Zeitschrift (Sachkosten, Kostenbeiträge)	13.500 EUR.....	13.500 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit	3.000 EUR	
Reise-, Verpflegungs-, Unterbringungs- und Raumkosten	3.000 EUR	
Honorar- und Gehaltsanteile	17.000 EUR	
<i>Zusammen</i>	<i>13.500 EUR</i>	<i>36.500 EUR</i>

Erwartete Unterdeckung **23.000** EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 230 Teilnehmenden am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR über den Kostenbeitrag für die Zeitschrift hinaus bedeuten.

verfahren erhalten Sie 2019 die Abrechnung über die realen Einnahmen und Ausgaben 2018 sowie eine Bescheinigung über den in 2018 übernommenen Kostenanteil. Damit das funktioniert, achten Sie doch bitte bei der Überweisung auf eine deutliche Zuordnung Ihrer Zahlung zu dem Namen bzw. der Institution, für welche die Bescheinigung ausgestellt werden soll. Danke!

SEPA-Basislastschriftmandat

Die Möglichkeit der Einzugsermächtigung bieten wir aus organisatorischen Gründen derzeit nur Bezieher in Deutschland. Diese können den Betrag per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. Seit 2014 haben wir auf das SEPA-Basislastschriftverfahren umgestellt, aus „Einzugsermächtigungen“ wurden SEPA-Basislastschriftmandate, ohne dass Sie dafür selbst etwas unternehmen mussten. Falls Sie

neu am Lastschriftverfahren teilnehmen wollen, muss das Lastschriftmandat den Betrag sowie IBAN und BIC Ihres Kontos enthalten. Sie können dazu das Formular unten auf der Seite verwenden oder die Ermächtigung mit den entsprechenden Daten formlos per E-Mail erteilen.

Auslandsüberweisungen

SEPA-Überweisungen (SEPA = Single Euro Payments Area) sind nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch u.a. im Zahlungsverkehr mit der Schweiz gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen. Wir bitten unsere Schweizer Leser, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Das Schweizer Postfinanzkonto mussten wir schließen, weil den immer weiter gestiegenen Kosten keine Vorteile gegenüberstehen, die sie rechtfertigen könnten.

Steuerliche Behandlung

Der Kostenbeitrag ist keine Spende. Die Kostenbeiträge können bzw. sollten von Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tätigkeit steht, vielmehr als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden. Denn die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine reine „Innengesellschaft“ – so der Fachausdruck –, die nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. ■

Im Umschlag an: Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstraße 3, 70184 Stuttgart

Name, Vorname Straße.....

Ort/PLZ Tel./E-Mail.....

Einzugsermächtigung/SEPA-Basislastschriftmandat: Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf

jährlich EUR

von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

IBAN BIC

Ort/Datum Unterschrift



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Selbstverwaltungs- impuls, Rätegedanke, Mitbestimmung

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart, **21./22. Juni 2019**

Öffentliches Werkstattgespräch

Freitag, 21. Juni 2019, Beginn 19 Uhr

**Die Dreigliederungsbewegung 1917-1922,
der Rätegedanke und sein Zukunftspotenzial.**
Vortrag Prof. Dr. André Bleicher, anschließend
Gespräch im Plenum: Moderation:
Ulrich Morgenthaler.

Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10)

Forschungskolloquium

Samstag, 22. Juni 2019

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Geschichte und aktuelle
Bedeutung des Selbstverwaltungsimpulses.**
Einleitung: Manfred Kannenberg-Rentschler

II. 11.00 – 12.30: **Formen der Selbstverwal-
tung.** Einleitung: Prof. Dr. Christoph Strawe,
Manfred Trautwein

III. 14.00 – 15.30: **Mitbestimmung und
ihre Konsequenzen für die Zusammenarbeit.**
Einleitung: Udo Herrmannstorfer, André Bleicher

IV. 16.00 – 17.00: **Mitbestimmung und
ihre Konsequenzen für die Zusammenarbeit.**
(Fortsetzung)

17.15 – 18.30: **Die Gesellschaft der Zu-
kunft – eine Selbstverwaltungsgesellschaft.**
Gesprächseinleitung: Christoph Strawe

Teilnahmebedingungen

Die Werkstatt am Freitagabend ist öffentlich,
eine besondere Anmeldung ist nicht erforder-
lich. Das Forschungskolloquium ist ein Ge-
spräch zwischen Menschen, die sich bereits
intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt
haben. „Neulinge“ sind als interessierte Gäs-
te und Zuhörer willkommen und herzlich ein-
geladen. Wir erbitten zur Kostendeckung der
Veranstaltung Spenden, die Sie nach eigenem
Vermögen und Ermessen ansetzen können.

Weitere Werkstatt und Kolloquium 2019

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart

18./19. Oktober 2019

Schöne neue Welt. Strategien in der digitalisierten Gesellschaft

Kontakt und Anmeldung

Institut für soziale
Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de